

TREND

MAGAZIN FÜR SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

174 45. JAHRGANG
2/2023

Grüne Industriepolitik: Europa setzt auf Planwirtschaft

TOP-INTERVIEW

**Die Politik darf nicht
mit Verboten agieren**

Christian Dürr MdB

ERNÄHRUNGSSTRATEGIE

Süßigkeiten nur noch im Nachtprogramm

Prof. Dr. Marc Liesching

Christina Stumpp MdB

BAU- UND WOHNUNGSPOLITIK

Dann zieh doch aufs Land ...

Lars von Lackum

Wir fördern Klimalösungen, indem wir in emissionsarme Initiativen investieren.

Seit 2000 investieren wir in die Forschung, die Entwicklung und die Realisierung emissionsarmer Energielösungen. Wir wollen von 2022 bis 2027 etwa 17 Milliarden Dollar in emissionsarme Initiativen investieren und unseren Geschäftsbereich Low Carbon Solutions ausbauen. *Erfahren Sie mehr auf [exxonmobil.com/advancingclimatesolutions](https://www.exxonmobil.com/advancingclimatesolutions)*



Foto: Neill Killius

**Astrid Hamker**

Präsidentin des Wirtschaftsrates der CDU e.V.

hebe diejenigen und Feinde des Wirtschaftswachstums,

Kürzlich habe ich über eine Karikatur geschmunzelt, die zwei Autos mit ihren Fahrern vor Kraftwerksschloten zeigte, einer mit Verbrenner und einer mit E-Auto. Der erste deutete dem zweiten zugewandt auf die dunkel rauchenden Schloten mit den Worten: „Das ist dein Auspuff.“ Alle wissen, das ist derzeit so. Und es wird noch einige Zeit so bleiben. Zudem ist Deutschland ganz aus der Kernenergie ausgestiegen.

Mit dem Abschalten der letzten drei Kernkraftwerke erfüllt sich ein Gründungsraum der Grünen. Wir hätten diese nicht nur für die Stromversorgung, sondern auch für einen

gisch, dass aktuell meist mit fossilem Strom geladene E-Lkw besser gestellt sein sollen, als jene mit einem Verbrennungsmotor und klimaneutralen Kraftstoffen betankte.

Auch beim Koalitionsstreit über den Ersatz von Gas- und Ölheizungen brachen ideologische Gräben auf. Eigenheimbesitzer wie Wohnungsunternehmen sollen ungeachtet der fehlenden Kapazitäten bei Anschlüssen an Strom, Fernwärme oder auch Wasserstoffnetze auf einen Pfad gezwungen werden. Dazu kommt ein Vermögensverlust per Federstrich, weil die eigenen vier Wände und auch die vermietete Wohnung für viele der wichtigste Baustein der privaten Altersvorsorge sind.

Zu all den zusätzlichen Herausforderungen nach der „Zeitenwende“ durch den Krieg in der Ukraine spulen Teile der Ampelkoalition ihr Programm ab, als könnte Deutschland finanziell aus dem Vollen schöpfen und als stünden nicht ganze Branchen kurz vor einer Abrisskante.

Es reicht nicht, nur darauf zu verweisen, dass es ja doch nicht so schlimm gekommen sei, wie vorher befürchtet. Wir brauchen endlich positive Wachstumsimpulse für unser Land. Darüber wollen wir auf unserem Wirtschaftstag 2023 am 22./23. Mai diskutieren.

„Zu all den Herausforderungen nach der ‚Zeitenwende‘ spulen Teile der Ampelkoalition ihr Programm ab, als könnte Deutschland finanziell aus dem Vollen schöpfen.“

Hochlauf der Produktion von Wasserstoff dringend weiter gebrauchen können, der das Erdgas für die Prozesswärme unserer Industrie ersetzen soll. Ungeachtet aller weltpolitischen Veränderungen beschreitet Deutschland damit einen Sonderweg – und bleibt nicht nur für seine Stromversorgung von fossilem Gas abhängig. Jetzt ersetzen wir Erdgas durch teures Flüssiggas.

Ideologie beschränkt unser Land allenthalben. In der Vorlage zur Erhöhung der Lkw-Maut sollen allein Elektroantriebe – egal mit welchem Strom geladen – begünstigt werden. Klimafreundliche Kraftstoffe müssten jedoch genauso behandelt werden wie Elektroantriebe. Es ist völlig unlo-

Herzstück
Ihre Astrid Hamker

Inhalt



Foto: FDP

8 TOP-INTERVIEW

„Die Politik darf nicht mit Verboten agieren“

Der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion Christian Dürr MdB stand TREND Rede und Antwort und zog Bilanz über die ersten eineinhalb Jahre Ampelkoalition. Er kommt zu dem Schluss, dass Deutschland ein Stück weit moderner geworden ist. Weitere Themen waren der Bundeshaushalt, die Verkehrswende, der Wirtschaftsstandort Deutschland und die Soziale Marktwirtschaft.



Foto: European Union, 2018 - Source EC

10 TITEL

Grüne Industriepolitik:

Europa setzt auf Planwirtschaft

Der Europäische Binnenmarkt ist seit drei Jahrzehnten ein Erfolgsmodell. Er sollte zügig vertieft werden, um Europas Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Doch die EU-Kommission verliert ihre Rolle als Hüterin des Wettbewerbs aus den Augen. Eine Renaissance strategischer Industriepolitik im Dienste des Klimaschutzes lässt wenig Platz für Freiheit und marktwirtschaftliche Grundprinzipien. Wohlstand, Arbeitsplätze und Wettbewerbsfähigkeit stehen auf dem Spiel.

START

EDITORIAL

- 3 ▶ Astrid Hamker

AUSSENANSICHT

- 6 Habeck hat einen Plan – Widerspruch zwecklos
▶ Johannes C. Bockenheimer

TITEL

GRÜNE INDUSTRIEPOLITIK

- 10 Europa setzt auf Planwirtschaft
▶ Peter Hahne

AKTUELL

INTERVIEW

- 8 „Die Politik darf nicht mit Verboten agieren“
▶ Christian Dürr MdB

TREND-GRAFIK

- 20 Kritische Abhängigkeit

ERNÄHRUNGSSTRATEGIE

- 22 Süßigkeiten nur noch im Nachtprogramm
▶ Prof. Dr. Marc Liesching
- 25 Das Werbeverbot löst das Problem nicht, Herr Minister!
▶ Christina Stumpp MdB

BAU- UND WOHNUNGSPOLITIK

- 26 Dann zieh doch aufs Land ...
▶ Lars von Lackum

FACHKRÄFTEMANGEL

- 28 Problem mit Ansage
▶ Prof. Dr. Michael Eilfort

NACHHALTIGKEIT

- 30 Die Wende zur grünen Wirtschaft?
▶ Nicolette Behncke

BERGBAU

- 32 Technologieoffenheit in der Abfallwirtschaft ermöglichen
▶ Dr. Peter David

ENERGIE- UND UMWELTPOLITIK

- 34 Herausforderung bewältigen
▶ Steffi Lemke MdB

- 35 Grünes Wollen bringt keinen Fortschritt
▶ Dr. Reiner Haseloff MdB

- 36 Energiepolitik als geopolitischer Faktor
▶ Karoline Edtstadler

- 37 Zeitenwende in der Energieversorgung
▶ Dr. Jochen Eickholt

- 37 Dezentrale Energieversorgung sichern
▶ Hildegard Müller

- 38 Historische Herausforderung
▶ Jennifer Morgan

- 38 Strategie gefragt
▶ Dr. Bettina Hoffmann MdB

- 39 Klimaschutz ohne Bevormundung
▶ Jens Spahn MdB

- 39 Charaktertest bestanden
▶ Dr. Lukas Köhler MdB

- 40 Unrealistische Vorgaben der Ampel
▶ Dr. Jan-Marco Luczak MdB

- 40 Auf Innovationen setzen
▶ Sandra Weeser MdB

- 41 Deutschland muss Industrieland bleiben
▶ Bernd Westphal MdB



Foto: AdobeStock/Natalia Pyzhova

22, 25 ERNÄHRUNGSSTRATEGIE

Süßigkeiten nur noch im Nachtprogramm – Das löst das Problem nicht, Herr Minister!

Das geplante Werbeverbot für stark fett-, zucker- oder salzhaltige Lebensmittel ist für die Wirtschaft sehr weitreichend, greift in die Gesetzgebungskompetenz der Länder ein und schafft einen Wettbewerbsnachteil für deutsche Hersteller und Mediendienste.

41 Stahl ist unverzichtbar
► Dr. Franz Kainersdorfer

42 Keine Dekarbonisierung ohne CCS
► Rüdiger Kuhn

44 Booster für eine sichere
Rohstoffversorgung
► Dr. Sandra Detzer MdB

WIRTSCHAFTSRAT

STANDPUNKT STEIGER

45 Ideologische Träumerei und
Nanny-Vorschriften

INNENANSICHT

46 Neues aus den Kommissionen

KLAUSURTAGUNG

ENERGIE- UND UMWELTPOLITIK

48 Impressionen

ENGAGEMENT

50 Aufstieg und Wohlstand
als Grundpfeiler
unserer Wirtschaft
David Zimmer

SCHLUSS

AUS DEN LÄNDERN

52 Rückblick | Einblick | Ausblick

56 Impressum

FORUM

57 Im Spiegel der Presse

58 Zahlen des Quartals

58 Spindoktor



Foto: AdobeStock/engel.ac

34,48 ENERGIE- UND UMWELTPOLITIK

Energiepolitik im Spannungsfeld multipler Krisen

Spätestens seit dem Ukraine-Krieg steht die Energiepolitik ganz oben auf der politischen Agenda. Der Wirtschaftsrat hat 2022 öffentlich und in Hintergrundgesprächen unermüdlich auf die Bedeutung der Versorgungssicherheit und wettbewerbsfähiger Energiepreise hingewiesen. Die energiewirtschaftliche Transformation, in der sich unser Land befindet, muss endlich mit viel mehr Tempo vorangetrieben werden. Insbesondere die langen Genehmigungsverfahren beim Ausbau Erneuerbarer sowie beim Netzausbau müssen erheblich beschleunigt werden.

19,14 Milliarden*

**Wert der ehrenamtlichen Arbeit in NRW pro Jahr in Euro*

Der Ehrenamtatlas ist die Vermessung der freiwilligen Arbeit in NRW und ein echter Datenschatz.

ehrenamtatlas.de



Habeck hat einen Plan – Widerspruch zwecklos

Deutschland steuert sehenden Auges in eine Rezession. Doch die Bundesregierung tut nichts, um den Wirtschaftsstandort zu beleben und noch weniger, um ihn zukunftsfest aufzustellen. Jetzt sind die Unternehmer gefragt.

Schluss, aus und vorbei: Die Zeit, in denen Deutschland das Zugpferd der europäischen Wirtschaft war, in denen das Ausland voller Bewunderung auf die deutsche Mischung aus Mittelstand und Großkonzerne blickte, gehört der Vergangenheit an. Die Gegenwart hingegen sieht düster aus: Im ersten Quartal reichte es nur noch für ein Miniwachstum, für das Gesamtjahr droht eine Rezession, warnen

zuletzt etwa die Experten vom Internationaler Währungsfonds (IWF). Es gäbe eigentlich also viel zu tun für die deutsche Bundesregierung: Die Energiepreise steigen von Rekord zu Rekord, die Bürokratie lähmt Betriebe wie Konzerne gleichermaßen und Fachkräfte werden schon seit Jahren verzweifelt gesucht. Doch es passiert: nichts.

Schuld daran trägt nicht zuletzt Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck selbst. Zwar mag der Grünen-Politiker einer Behörde vorsitzen, die den Begriff „Wirtschaft“ formal noch im Namen trägt. Tatsächlich aber hat er sich in seiner bisherigen Amtszeit vor allem damit beschäftigt, seine Vision von einem CO₂-freien Land voranzutreiben. Koste es, was es wolle: Wenn die Unternehmen bei dieser Transformation nicht mitspielen wollen, sich sperren, dann sollen sie ihr Glück eben anderswo suchen. Das legte sein Staatssekretär Patrick Graichen den Betrieben in einem Interview bereits im vergangenen

Jahr nahe. Etwas vornehmer drückte es Habeck in seinem ersten Jahreswirtschaftsbericht aus: Nötig sei „eine Neugewichtung der wirtschaftspolitischen Schwerpunkte“, hieß es darin.

So oder so ist aber klar: Die Klimapolitik steht für den Wirtschaftsminister an erster, die Wirtschaftspolitik erst an zweiter Stelle. Einwände hingegen, dass eine Schwächung der Betriebe auch Deutschland beim Erreichen der Klimaziele zurückwerfen könnte, lässt der Minister nicht gelten. Habeck hat einen Plan und will ihn umsetzen – komme was wolle, Widerspruch zwecklos.

Dabei wäre genau das nun wichtig: Wenn die Klimatransformation erfolgreich sein soll, müssen die Betriebe eingebunden, der Wohlstand gewahrt werden. Allein das von Habeck vorangetriebene und von der Ampel beschlossene Verbot für Verbrennermotoren ab 2035 trifft die deutsche Industrie in ihrem Kern. Das Ifo-Institut geht davon aus, dass rund 200.000 Arbeitsplätze dadurch in Gefahr sind, zehntausende Menschen also, die ihren – in aller Regel – gutbezahlten Job und somit ihre Existenzgrundlage verlieren könnten. Sollte dieser Fall eintreten, wäre schnell Schluss mit den ambitionierten Klimazielen der Bundesregierung, denn ein solcher

Johannes C. Bockenheimer
Wirtschaftsredakteur
NZZ Neue Zürcher Zeitung



Foto: privat

„Die Klimapolitik steht für den Wirtschaftsminister an erster, die Wirtschaftspolitik erst an zweiter Stelle.“





Foto: Christian Kruppa

Wohlstandsverlust würde wohl bei der nächsten Bundestagswahl abgestraft werden. Der Kampf gegen den Klimawandel – er ist ein Marathon, kein Sprint. Im Wirtschaftsministerium will man das bislang noch nicht wahrhaben.

Zumindest aus der eigenen Koalition braucht Minister Habeck bislang keinen größeren Widerstand zu fürchten. Kanzler Olaf Scholz lässt ihn bislang gewähren, wie die Abschaltung der Kernkraftwerke inmitten der größten Energiekrise in der Geschichte des Landes beweist. Vorbei sind die Zeiten, in denen sich die Sozialdemokraten als parlamentarische Vertretung von Arbeitern und Angestellten verstanden und für den Wirtschaftsstandort und damit für Arbeitsplätze kämpften.

Die FDP wiederum wagt zwar dann und wann ein Widerwort, belässt es letztlich aber beim symbolischen Protest. Die Liberalen benennen zwar weiterhin die Probleme, an denen der Wirtschaftsstandort krankt. Ihre Erfolgsbilanz fällt seit dem Eintreten in die Ampel-Koalition aber mager aus. Zum Ende der Legislaturperiode könnte die Staatsquote unter FDP-Regierungsbeteiligung jenseits der 50-Prozent-Marke gesprungen sein und die Steuern- und Abgabenquote ein historisch hohes Niveau er-

reicht haben. Ein zweifelhafter Erfolg für eine liberale Partei.

Und auch auf die Opposition braucht man nicht hoffen. Denn das Desinteresse an einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik begann nicht mit dem Einzug Habecks ins Ministerium, sondern lange zuvor. CDU-Minister Peter Altmaiers Büro mag zwar noch ein Portrait von Ludwig Erhard geschmückt haben. Erhards feste Überzeugung aber, dass der Markt Freiheiten genießen muss, wenn die Wirtschaft prosperieren soll, teilte er nicht. Ironischerweise war es zuletzt ein sozialdemokratischer Kanzler, Gerhard Schröder, der in Erhards Fußspuren stieg, der den Staat auf Diät setzte, dem Sozialstaat Grenzen setzte und Unternehmen wie Bürger bei Steuern und Abgaben entlastete. Kurzum: Wirtschaftspolitik ist in Deutschland zum bloßen Beiwerk geworden.

Hier und da wird zwar noch ein milliarden schwerer Fördertopf aufgetan, wenn er denn ins gesamtpolitische Konzept passt. Gedanken darüber aber, wie der Standort wirklich krisenfest und zukunftsfähig gemacht werden kann, werden kaum noch ausbuchstabiert. Nach vielen guten Jahren hat sich im Land das Gefühl breit gemacht, dass es schon laufen wird in den Betrieben, dass es keinen Bedarf für eine neue Standort-Debatte gibt. Doch während man in Deutschland nicht mal mehr über die Wirtschaft reden mag, wird diese Debatte anderswo, in Asien, Amerika und auch im europäischen Ausland, intensiv geführt – und auch entsprechend gehandelt. Der Abstieg Deutschlands als Wirtschaftsmacht ist damit zwar noch nicht beschlossene Sache, doch die Gefahren für den Standort wachsen.

Schuld daran trifft aber auch die Unternehmer selbst. Aus Furcht, bei der nächsten staatlichen Förderrunde leer auszugehen, belassen es viele von ihnen dabei, dem wirtschaftspolitischen Schauspiel aus der Ferne zu folgen. Kritik am Kurs der Bundesregierung hört man von ihnen allenfalls hinter vorgehaltener Hand. Dabei wäre genau jetzt der Moment für laute Widerworte. □



Umweltfreundliche Bergbautechnologie

- ökologischer Bergbau
- Gewinnung und Verarbeitung von Kali-, Magnesium- und Natriumsalzen
- professioneller Bergversatz
- Haldenrekultivierung

Deusa International GmbH

Nordhäuser Str. 2
99752 Bleicherode

T: +49 36338 67-0
F: +49 36338 67-103
E: info@deusa.de
<https://deusa.de>
<https://ndhe.de>



*Der Fraktionsvorsitzende der FDP, **Christian Dürr**, stand TREND Rede und Antwort und zog Bilanz über die ersten eineinhalb Jahre Ampelkoalition und kommt zu dem Schluss, dass Deutschland ein Stück weit moderner geworden ist. Themen waren der Bundeshaushalt, die Verkehrswende, der Wirtschaftsstandort Deutschland, die Soziale Marktwirtschaft.*



Foto: FDP

Das Interview führte **Eric Woydt**.

- **Herr Dürr, die Ampel-Koalition steuert ihrer Halbzeit entgegen. Die bisherige Legislaturperiode war vor allem geprägt von Krisen und Krieg. Wie lautet Ihre Bilanz?**

Trotz des furchtbaren Angriffskrieges auf die Ukraine und seinen Folgen haben wir es geschafft, wichtige Gesetzesvorhaben auf den Weg zu bringen und unser Land ein Stück moderner zu machen. Ich denke etwa an erste Fortschritte im Einwanderungsrecht und bei der Planungsbeschleunigung. Mit dem Bau der LNG-Terminals haben wir gezeigt, dass Deutschland schneller werden kann. Wir haben die Menschen mit dem Inflationsausgleich um 50 Milliarden Euro entlastet. In dieser herausfordernden Zeit haben wir Handlungsfähigkeit bewiesen und gleichzeitig unser Land vorangebracht.

- **Mehr Markt brauchen wir vor allem in der Verkehrswende. Die FDP hat sich zuletzt für einen technologieoffenen Ansatz bei der Defossilisierung des Verkehrssektors ausgesprochen. Was sind die nächsten Schritte, um Investitionen und den Hochlauf synthetischer Kraftstoffe als Ergänzung zur E-Mobilität zu sichern?**

Synthetische Kraftstoffe werden einen wichtigen Beitrag zur Klimaneutralität leisten. Für den Hochlauf braucht die Industrie vor allem Planungssicherheit. Deshalb haben wir den Weg für synthetische Kraftstoffe in Deutschland freigemacht und auf EU-Ebene für den klimaneutralen Verbrenner nach 2035 gekämpft. Zudem müssen wir Energiepartnerschaften mit wind- und sonnenreichen Regionen, etwa in Afrika oder Südamerika ausbauen.

„Die Politik darf nicht mit Verboten agieren“

- **Die FDP versteht sich als Partei des Marktes. Wie kann es gelingen, dass die Politik wieder mehr auf den Markt setzt anstatt durch Vorschriften immer stärker zu lenken?**

Unser Motto lautet: So viel Markt wie möglich, so viel Staat wie nötig. Die Politik darf nicht mit Verboten agieren, weder beim Klimaschutz im Verkehrssektor noch in Fragen der Wärmewende. Unsere Aufgabe ist es, attraktive und bürokratiearme Rahmenbedingungen zu schaffen, um die Soziale Marktwirtschaft zu stärken. Unser Prinzip ist Technologieoffenheit, damit Deutschland bei Innovationen und technologischem Fortschritt wieder zur Spitzenklasse gehört.

Das wäre eine Win-Win-Situation: Unsere Partnerländer profitieren durch Investitionen, gleichzeitig sichern wir die Verfügbarkeit synthetischer Kraftstoffe und leisten einen Beitrag zum Klimaschutz.

- **Sie haben sich für eine Zukunft der Kerntechnologie in Deutschland stark gemacht. Welche Chancen sehen Sie für Investitionen in Forschung und Entwicklung neuer Reaktoren, etwa der vierten Generation mit Kernfusion?**

Ich sehe in der Kernfusion große Chancen. Sie ist klimafreundlich, wetterunabhängig und birgt keine Risiken. Diese Technologie könnte die Stromerzeugung aus Wind

und Sonne sehr gut ergänzen. Es ist richtig, dass Forschungsministerin Bettina Stark-Watzinger die Fusionsforschung fördert und eine Expertengruppe im Bundesministerium für Bildung und Forschung einberufen hat. Als nächstes sollten wir einen gesetzlichen Rahmen für die Nutzung der Kernfusion schaffen, damit Startups und Investoren Planungssicherheit haben.

„Der Inflation Reduction Act der US-Regierung hat die Schwächen des deutschen Wirtschaftsstandorts aufgezeigt.“

– Was sagen Sie Unternehmern, die aus Sorge vor steigenden Steuern, Abgaben und Kosten um ihre Existenz bangen und durchaus über Abwanderung nachdenken? Wie machen Sie ihnen Mut?

Ich nehme die Sorgen der Unternehmen sehr ernst. Der Inflation Reduction Act der US-Regierung hat die Schwächen des deutschen Wirtschaftsstandorts aufgezeigt. Unsere Antwort darauf dürfen aber nicht noch mehr Subventionen sein. Stattdessen müssen wir den Wirtschaftsstandort stärken, indem wir die Bürokratie abbauen, Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen, Menschen und Unternehmen steuerlich entlasten und den Freihandel vorantreiben. Wir brauchen mehr Wettbewerb, mehr Marktwirtschaft statt Protektionismus. Und mit unserem Einwanderungsgesetz packen wir ein weiteres, für unsere Wettbewerbsfähigkeit sehr wichtiges Problem an: den Fachkräftemangel.

– Die FDP positioniert sich klar dafür, die Schuldenbremse einzuhalten. SPD und Grüne würden lieber zusätzliche Schulden aufnehmen. Wie lässt sich die Wirtschaftspolitik langfristig ausgestalten, ohne der nächsten Generation zu viele Altlasten mitzugeben?

Die Schuldenbremse steht im Grundgesetz. Solide Finanzen sind ein wichtiger Standortfaktor und Grundlage unseres Wohlstandes. Ich habe den Eindruck, dass manche in der Politik während der Pandemie vergessen haben, wie wichtig solides Wirtschaften ist. Deutschland liegt bei den Steuern und Abgaben weltweit an der Spitze, dennoch reichen die Einnahmen offenbar nicht aus. Das zeigt: Wir haben kein Einnahme-, sondern ein Ausgabenproblem. Dazu kommt, dass sich die Zinsausgaben des Bundes verzehnfacht haben! Die Schuldenberge der Vergangenheit engen also unseren Handlungsspielraum heute ein. Damit muss Schluss sein. Man kann nur das Geld ausgeben, das man vorher erwirtschaftet hat. Wer glaubt, der Staat könnte die Transformationsausgaben mit immer mehr Klimaschutzmaßnahmen und teuren Förderprogrammen meistern, verkennt die wirtschaftlichen Realitäten. Statt immer neuer Subventionen und Umverteilung brauchen wir mehr Marktwirtschaft und private Investitionen: also eine wirtschaftspolitische Zeitenwende.

– Zum Abschluss noch einen Blick in die Zukunft: Wo glauben Sie, kann die Ampel noch weitere Weichen für Deutschland in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode stellen? Wo stehen wir in zwei Jahren?

Eins der wichtigsten Themen wird die Migrationspolitik sein. Mit einem Punktesystem nach kanadischem Vorbild wollen wir Deutschland zu einem echten Einwanderungsland machen. Das sind wir auch deutschen Unternehmen schuldig, die händierend und oft leider vergeblich nach Mitarbeitern suchen. Das ist mir ein persönliches Anliegen. Wir werden unser Land schneller und digitaler machen. Mit der Aktienrente sorgen wir dafür, dass unser Rentensystem zukunftsfest und generationengerecht wird. Wir wollen die richtigen Weichen stellen und Deutschland nach Jahren des Stillstands wieder wettbewerbsfähig machen. Vor uns liegt viel Arbeit, aber ich bin überzeugt, dass uns das gelingen wird. □



Kennen Sie das Geheimnis des Bitburger Siegelhopfens? Heimischer Hopfen aus Holsthum bei Bitburg!

Bei Bitburger verpflichten wir uns seit über 200 Jahren zu bester Qualität. Das Einlösen dieses Qualitätsversprechens macht unser Bier unverwechselbar und seinen Geschmack einzigartig. Deshalb kaufen wir ausschließlich Rohhopfen aus der Hallertau in Bayern, eines der größten zusammenhängenden Hopfenanbaugebiete der Welt und aus Holsthum bei Bitburg im Naturpark Südeifel. Diese Siegelhopfen wählen wir nach unseren Qualitätsanforderungen aus und unterziehen sie einer anspruchsvollen Güteprüfung vor Ort. Denn für unsere Bitburger verwenden wir nur die für uns besten Hopfensorten. Ganz besonders stolz sind wir auf den Bitburger Siegelhopfen, der nur wenige Kilometer von der Brauerei entfernt von der Hopfenbauernfamilie Dick mit großer Sorgfalt und jahrzehntelanger Erfahrung angepflanzt wird und ausschließlich von uns für unsere Biere verwendet wird. Die besondere Komposition aus Hallertauer und Bitburger Siegelhopfen, unserer Naturhefe und unserem Tiefenwasser verleiht Bitburger seinen feinherben Charakter und seinen einzigartigen Geschmack. Und deshalb: Bitte ein Bit.





Europa setzt auf Planwirtschaft

Der Europäische Binnenmarkt ist seit drei Jahrzehnten ein Erfolgsmodell. Er sollte zügig vertieft werden, um Europas Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Doch die EU-Kommission verliert ihre Rolle als Hüterin des Wettbewerbs aus den Augen. Eine Renaissance strategischer Industriepolitik im Dienste des Klimaschutzes lässt wenig Platz für Freiheit und marktwirtschaftliche Grundprinzipien. Wohlstand, Arbeitsplätze und Wettbewerbsfähigkeit stehen auf dem Spiel.

Text: **Peter Hahne**

Der Europäische Binnenmarkt ist zu Beginn dieses Jahres 30 Jahre alt geworden, und er ist die wohl größte Erfolgsgeschichte der Europäischen Union (EU). Er vertieft die Integration, erleichtert Menschen und Unternehmen das Leben und sorgt für Wachstum und Wohlstand in den Mitgliedsstaaten. „Allerdings hat sich auch gezeigt, dass die Vollendung des Binnenmarktes eine Daueraufgabe ist“, hält Berthold Busch in einem Kurzbericht des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) fest. Noch immer sind viele Märkte nicht vollständig integriert, zahlreiche Hürden behindern weiterhin den grenzüberschreitenden Austausch. Daran lohnt es sich zu erinnern – insbesondere in einer Zeit, in der die EU grüne Industriepolitik ins Zentrum ihrer Wirtschaftspolitik rückt.

Hüterin des Wettbewerbs

Die EU-Kommission konnte man bis vor kurzem durchaus als Bewahrerin des Binnenmarkts verstehen. Sie setzte Wettbewerbsregeln durch, auch weil ihr das Geld für eine eigene Industriepolitik fehlte. Eine Planifikation nach französischem Vorbild hat die EU bislang nicht auf die Beine gestellt. Zum Glück. Von großem Erfolg war diese jedenfalls auch nicht

gekrönt. Während der Industriesektor in Frankreich trotz aktiver Einmischung des Staates heute weniger als zehn Prozent zur Wirtschaftsleistung der Grande Nation beiträgt, sind es in Deutschland immerhin noch 18 Prozent. Der Direktor des Münchener Ifo-Instituts, Clemens Fuest, erinnert in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung an die „strategische Joghurtpolitik“ des früheren Präsidenten Jacques Chirac. Dieser hielt es in den Nullerjahren für dringend geboten, die französischen Fruchtzwerge vor einer Übernahme durch den US-Konzern PepsiCo zu schützen.

Industriepolitik als teurer Flop

Doch die Haltung Brüssels hat sich in den vergangenen Jahren zusehends verändert. 2020 kam der Corona-Wiederaufbaufonds, finanziert mit neuen Schulden. Es folgte der Fonds "Next Generation EU", der die grüne und digitale Wirtschaft mit mehr als 800 Milliarden Euro fördern soll. Im Februar dieses Jahres schließlich präsentierte die Kommission ihren „Green-Deal-Industrieplan“, der im Sommer durch einen „Europäischen Souveränitätsfonds“ mit weiteren – schuldenfinanzierten – Milliarden ergänzt werden könnte. Kurzum: „Europa erlebt derzeit eine Renaissance der Industriepolitik“, bilanziert Ifo-Prä-

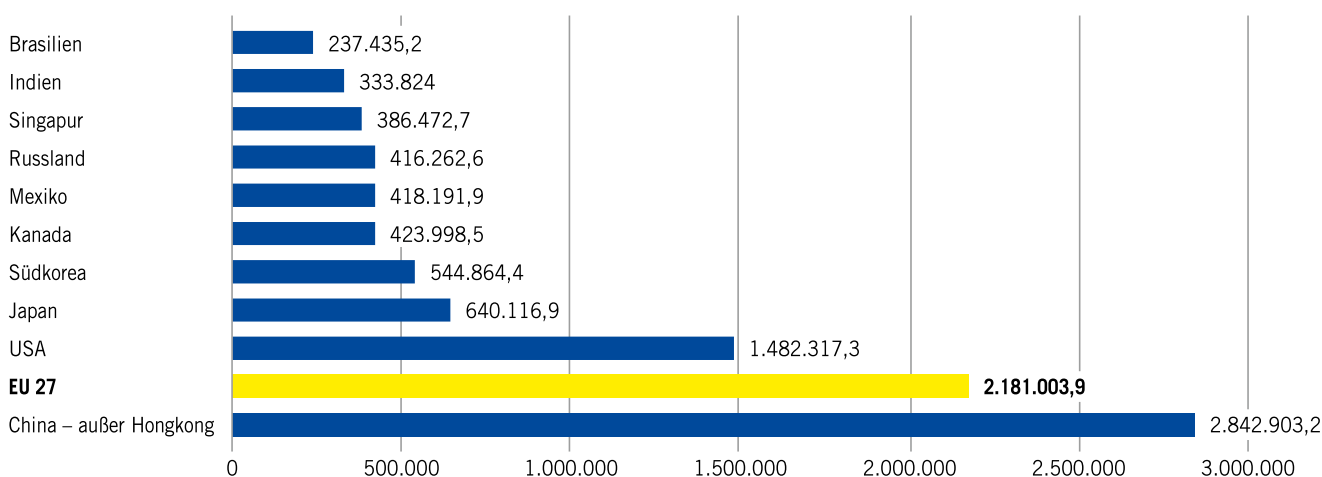
sident Fuest. „Grundsätzlich besteht ein Problem staatlicher Industriepolitik darin, dass komparative Vorteile am Markt entdeckt werden müssen“, betont der Ökonom. „Politische Entscheidungen, bestimmte Sektoren zu fördern, können sich als teurer Flop erweisen.“ Anders ausgedrückt: Der Markt kann sich nicht mehr als Entdeckungsverfahren im Sinne Hayeks bewähren, wenn staatliche Planung den Koordinationsmechanismus Markt ausschaltet. Denn darum geht es: Beim grünen Industrieplan definiert und fördert der Staat die Schlüsselsektoren für eine klimaneutrale Wirtschaft: Etwa Batteriefabriken, Windräder und Wasserstoffanlagen sollen sich in Europa ansiedeln, weil ihnen – angeblich – die Zukunft gehört. Das ist das Gegenteil von Technologieoffenheit.

Sorge vor Abwanderung

Dafür sollen in der EU Beihilferegeln aufgeweicht, Steuernachlässe und Subventionen ausgereicht und bewährte Wettbewerbsregeln außer Kraft gesetzt werden. EU-Länder, die sich die Steuernachlässe nicht leisten können, werden zusätzlich aus diversen EU-Töpfen unterstützt. Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager gesteht zwar zu, dass dem Wettbewerb damit nicht geholfen wird. Sie verweist aber auf die enge zeitliche Be-

Anteil der EU-27 am Welthandel

in Millionen Euro



Quelle: Eurostat

AUS LIEBE ZUR NATUR

**EINE DER ÖKO
LOGISCHSTEN
FLASCHEN***

Die
Kreislauf
flasche
.de

- 100% recyceltes Material
- CO₂ sparsam
- Leichter als Glasflaschen
- Günstig



* Mehr auf DieKreislaufflasche.de

Abb. ähnlich. Für Druckfehler keine Haftung. • **Filial-Angebote:** Lidl Dienstleistung GmbH & Co. KG, Bonfelder Str. 2, 74206 Bad Wimpfen
Namen und Anschrift der regional tätigen Unternehmen unter www.lidl.de/filialsuche oder 0800 4353361.

Eine Initiative von:





Foto: European Union, 2023

fristung der Subventionen bis 2025 und das übergeordnete Ziel Klimaschutz. Marktwirtschaftler überzeugt das nicht. Europa hat den Green-Deal-Industrieplan schließlich dezidiert als Antwort auf den „Inflation Reduction Act“ (IRA) der Amerikaner konzipiert. Die Biden-Regierung stellt für die nächsten zehn Jahre ein Subventionsvolumen von geschätzten 369 Milliarden US-Dollar ins Schau-fenster, um die grüne Wirtschaft zu fördern. Das macht den Europäern

Angst. Viele fürchten, dass Unternehmen wegen der Subventionen ihre Fabriken lieber in den USA ansiedeln. „Aktuell stellen ganz besonders Industrieunternehmen Europa als Wirtschaftsstandort in Frage. Aber nicht nur wegen der Subventionen. Wir ver-salzen uns selbst die Suppe durch sehr hohe Energiepreise sowie Steuern und Abgaben, langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren und einen kaum noch durchschaubaren Büro-kratiedschungel, der auch die Digita-

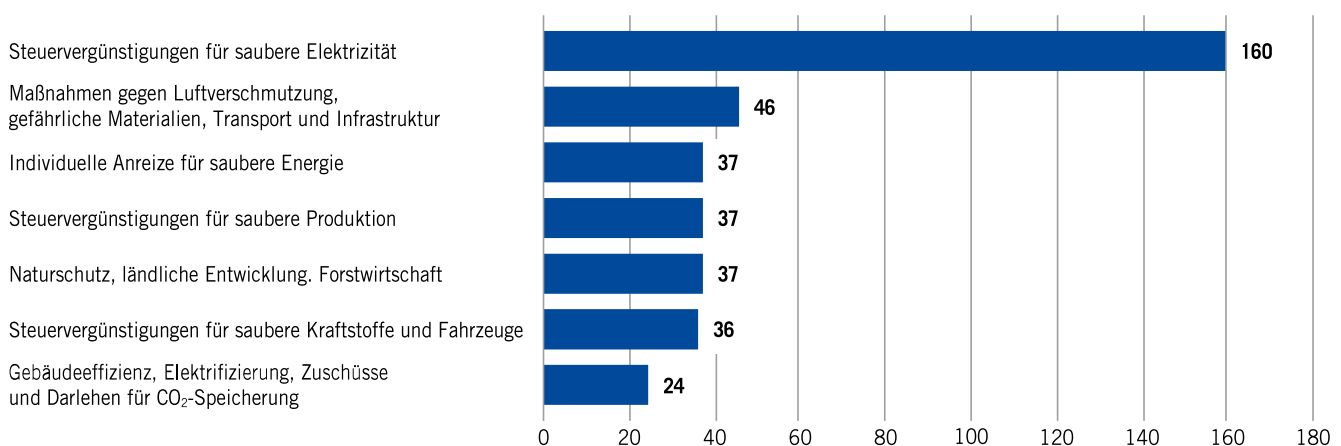
lisierung mindestens behindert“, gibt Astrid Hamker, Präsidentin des Wirtschaftsrates zu Protokoll.

Schlechte Standortbedingungen

Die Sorge der Wirtschaft macht sich deshalb weniger am IRA selbst als an den schlechten Standortbedingungen in Europa fest. Aktuelle Vorteile der Vereinigten Staaten als Investitions-standort haben primär andere Gründe, meint auch Ifo-Präsident Fuest. Insbe-sondere die günstige Energieversor-

Die größten Positonen des US-Subventionspaketes Inflation Reduction Act

in Milliarden Euro



Quelle: DIW Berlin / Daten: USA; US-Government; 2023

AUS LIEBE ZUR NATUR?

**SCHAUEN WIR UNS DAS MAL
GEMEINSAM AN, AUF:**



Abb. ähnlich. Für Druckfehler keine Haftung. • **Filial-Angebote:** Lidl Dienstleistung GmbH & Co. KG, Bonfelder Str. 2, 74206 Bad Wimpfen
Namen und Anschrift der regional tätigen Unternehmen unter www.lidl.de/filialsuche oder 0800 4353361.

Eine Initiative von:





Foto: European Union 2023 - Source: EPRS

gung, niedrigere Steuern und die Nähe zu Absatzmärkten, sieht der Ökonom als wichtiger an für Investitionsentscheidungen. Ähnlich argumentiert IW-Präsident Michael Hüther: „Bei Lichte besehen erscheinen Kritik und Skandalisierung des IRA als selbstgerecht und übertrieben.“ Die Ökonomen verweisen darauf, dass die Amerikaner nur mit anderen Mitteln

– nämlich Steuererleichterungen und Subventionen – nachholen, was die Europäer mit der Einführung eines CO₂-Preises und Regulierungen schon seit vielen Jahren für den Aufbau einer grünen Wirtschaft tun. Aus ihrer Sicht wird der IRA allein in den seltensten Fällen entscheidend für eine Standortverlagerung eines europäischen Unternehmens in die USA sein. Eine zu

harsche Reaktion der EU würde hingegen den Handelspartner verprellen, und sie birgt die Gefahr eines Subventionswettlaufs. Dabei wird es am Ende nur Verlierer geben. IW-Chef Hüther ist überzeugt, dass die Debatte um den IRA Europa nur davon ablenkt, was man handels- und standortpolitisch selbst tun könnte, um seine Position im internationalen Wettbewerb zu verbessern.

Marktbasierte Standortpolitik

Der Wirtschaftsrat hält ebenfalls wenig von den bürokratischen Gegenentwürfen der EU-Kommission zum IRA. „Die sinkende Wettbewerbsfähigkeit Europas ist auf die mangelhafte Standortpolitik der vergangenen Jahre in den einzelnen Mitgliedstaaten wie auch auf europäischer Ebene zurückzuführen“, betont Generalsekretär Wolfgang Steiger. Viele Probleme sind hausgemacht, werden aber immer deutlicher offenbar: Weiter steigende Energiepreise, hohe Bürokratieauflagen, lang andauernde Zulassungsverfahren und komplizierte Anträge für Fördergelder sind nur einige von vielen Beispielen, die den Alltag von Unternehmen unnötig erschweren, kritisiert Wolfgang Steiger. Hinzu kommen vor allem in Deutschland eine schleppende Digitalisierung und hohe Unternehmenssteuern. „Der IRA muss ein Startschuss werden für eine marktbasierte Standortpolitik, nicht für eine zentralistische europäische Industriepolitik“, ist der Generalsekretär des Wirtschaftsrates überzeugt.

Wie jede Krise bietet auch diese die Chance für eine wirtschaftspolitische Neuausrichtung. Es geht in Zeiten des Klimawandels mehr denn je darum, die industrielle Basis Europas zu stärken, damit die krisengeschüttelten Unternehmen wieder Luft unter die Flügel bekommen und die großen Herausforderungen der Gegenwart bewältigen können.

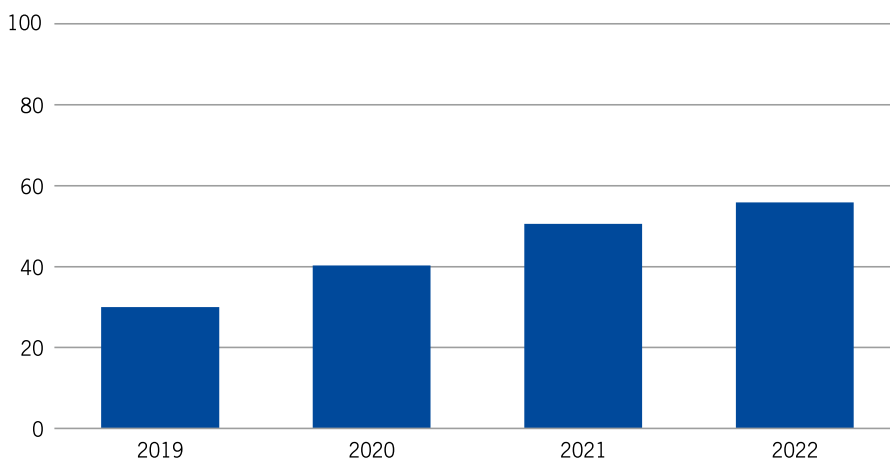
Steuerlast senken

Beispiel Steuerpolitik: Seit Jahren wird in Deutschland über die dringend notwendige Entlastung deutscher Unternehmen debattiert, geschehen ist

Breitbandverfügbarkeit bei Unternehmen

Prozent der Unternehmen

Anteil der Unternehmen mit Breitbandverfügbarkeit mit ≥ 1.000 Mbit/s in Gewerbegebieten



bislang nichts. 15 Jahre liegt die letzte Steuerreform zurück. „Die Industrie braucht Rückenwind durch eine Steuerpolitik, die den Standort Deutschland voranbringt“, mahnt BDI-Hauptgeschäftsführerin Tanja Gönner. Im Mittelpunkt eines wettbewerbsfähigen Steuerrechts müssen nach Einschätzung des Industrieverbands Zukunftsinvestitionen in die digitale Transformation, den Klimaschutz und eine nachhaltige Energiepolitik stehen. Der Wirtschaftsrat setzt sich seit Jahren für international wettbewerbsfähige Steuersätze ein. Deutsche Unternehmen haben einen gravierenden Standortnachteil, der durchschnittliche Steuersatz lag zuletzt laut Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) bei knapp 29 Prozent. Der EU-Durchschnitt liegt indes bei nur 19 Prozent, stattliche zehn Punkte darunter. Nur Japan und Spanien greifen laut ZEW noch tiefer in die Unternehmenskasse. Im Mittelpunkt eines Neustarts in der



WirtschaftsratExklusiv ist mehr als nur ein Mitgliederausweis.

Freuen Sie sich auch in diesem Jahr über vielfältige Angebote unserer langjährigen Kooperationspartner:

- ▶ Mindspace
- ▶ Business-Clubs:
 - Airport Club Frankfurt
 - Industrie-Club Düsseldorf
 - ROTONDA Business Club Köln

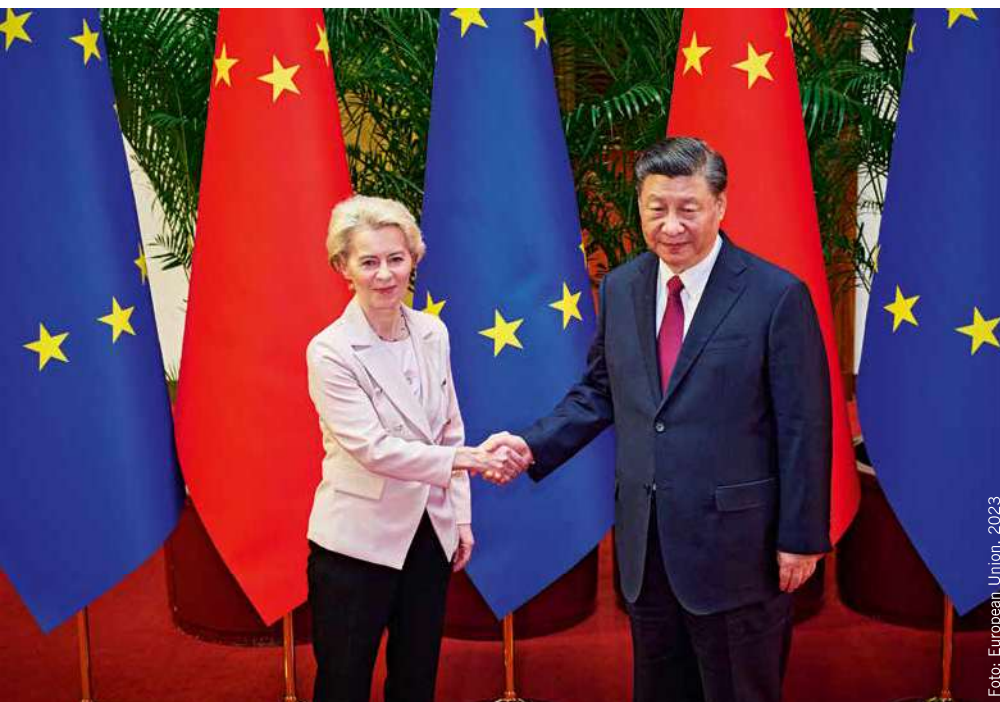
sowie über viele weitere Möglichkeiten, die wir Ihnen im Laufe des Jahres 2023 offerieren werden.



Wir danken der Quirin Privatbank AG und ihrer digitalen Tochter quirion AG für ihre freundliche Unterstützung.



Neugierig geworden? Entdecken Sie alle Informationen auf unserer Website.



Steuerpolitik steht deshalb eine De-ckelung der Steuerlast für Kapitalge-sellschaften auf maximal 25 Prozent. „Damit läge Deutschland internati-

onal zumindest im Mittelfeld – und wäre nicht länger ein Höchststeuer-land für Unternehmen“, konstatiert Tanja Gönner.

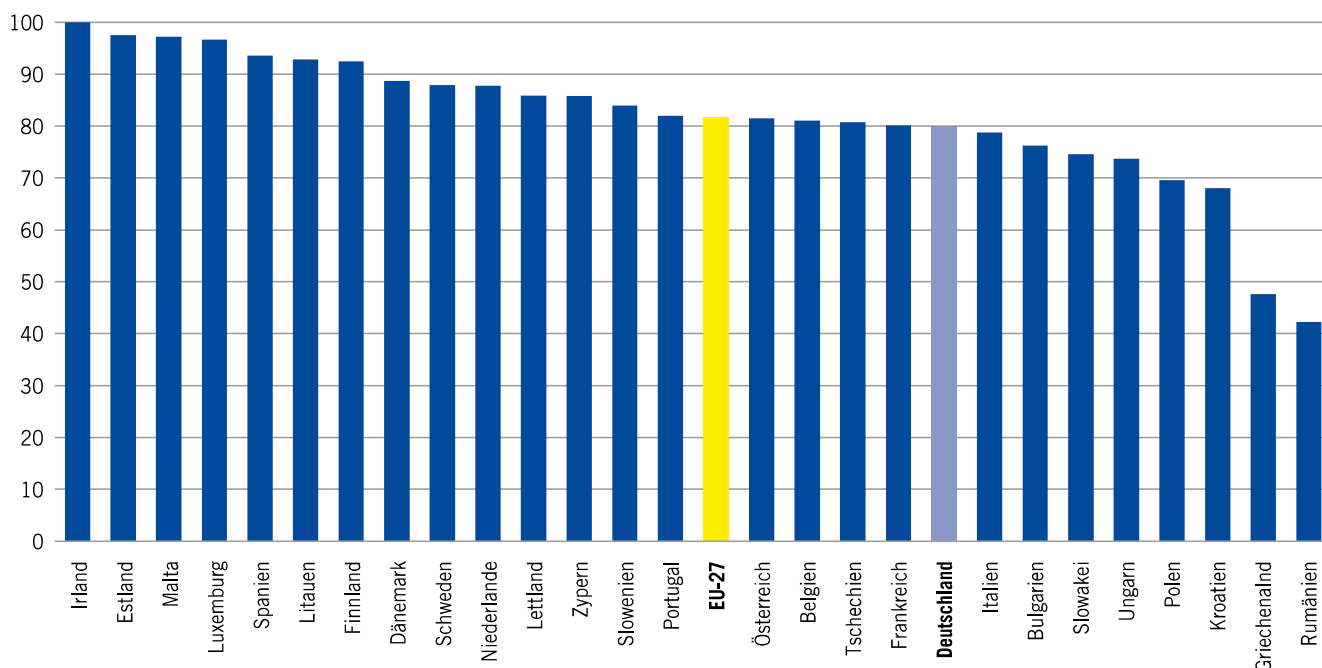
Bürokratie abbauen

Beispiel Bürokratie: Auch hier liegt einiges im Argen. Unternehmen sind oft mit einer Vielzahl von gesetzli-chen Regelungen und Vorschriften konfrontiert, die ihre Geschäftstätig-keit erschweren und zugleich unnötig Kosten verursachen. Insbesondere für kleine und mittelständische Unter-nehmen (KMU) und Startups kann dies zu einer erheblichen Belastung werden. Und zumindest in Deutsch-land ist die Anzahl der Unternehmen im Saldo ohnehin schon seit Jahren rückläufig. 58 Prozent der Unterneh-men gaben in einer BDI-Umfrage im industriellen Mittelstand an, dass der Abbau unnötiger Bürokratie für sie in der Krise zentral sei. Der Wirt-schaftsrat fordert deshalb einen kon-sequenten Bürokratieabbau. Unnötige Regeln und Vorschriften abzuschaffen, reduziert die Kosten in den Unter-nehmen und der öffentlichen Ver-waltung, mehr Ressourcen könnten für Forschung und Produktentwick-lung eingesetzt werden, der Standort Deutschland gewönne an Attraktivität bei Investoren. „Durch Einführung

Digitale Verwaltung für Unternehmen

Skala von 1 bis 100

DESI Indikator Digitale öffentliche Dienste in der EU im Jahr 2021



Quelle: IW Köln / Daten: Europäische Kommission, 2022

einer ‚One in, two out‘-Regel kann die Regulierungsdichte wirksam abgebaut werden“, schlägt Wirtschaftsrats-Generalsekretär Wolfgang Steiger vor. Doch in der Realität hat Deutschland genau die entgegengesetzte Richtung eingeschlagen: Der Nationale Normenkontrollrat (NKR) berichtet, dass sich der Erfüllungsaufwand für bürokratische Regelungen in den Unternehmen im letzten Berichtszeitraum 2021/2022 um 6,7 Milliarden auf 17,4 Milliarden Euro erhöht hat. „Er fällt damit deutlich höher aus als in den vergangenen Jahren“, hält der NKR fest. „Gerade jetzt müssen Unternehmen von nicht notwendiger Bürokratie entlastet werden, um in der Krise bestehen zu können“. Mit Blick auf die Digitalisierung gibt noch ein anderer Befund des Normenkontrollrats zu denken. Nachdem Deutschland anderen Ländern schon jahrelang bei der Digitalisierung hinterher hinkte, sollte das 2017 beschlossene Onlinezu-

gangsgesetz (OZG) endlich die Wende bringen. „Die Hoffnung hat sich nicht erfüllt“, hält der Rat fest. Deutlich weniger als zehn Prozent der geplanten 575 Verwaltungsleistungen waren Ende vergangenen Jahres flächendeckend online verfügbar. Dabei ist gerade für Unternehmen im Hinblick auf die Umstellung von Produktionsverfahren und die Entwicklung innovativer Technologien ein reibungsloser Austausch mit Genehmigungsbehörden wichtig, analysiert das IW in einer Studie. Der Blick auf die digitalen öffentlichen Dienste (DESI 2021) fällt für Deutschlands Unternehmen ernüchternd aus: Platz 19 in der EU.

Binnenmarkt wird vernachlässigt

Schon diese wenigen Beispiele zeigen, dass Deutschland und Europa dringend ihre Hausaufgaben machen sollten, um den Standort zu stärken. Ein Verbot von Öl- und Gasheizungen und eine Sanierungspflicht für

Altbauten, die viele Menschen und auch Unternehmen überfordern, sind da wenig hilfreich. Stattdessen sollte die europäische Wettbewerbsfähigkeit im Mittelpunkt der Politik stehen, um den Klimaschutz und die Industrie zu stärken. Berlin und Brüssel wären gut beraten, sich stärker der kleinteiligen und vielleicht weniger prestigeträchtigen Integration des Binnenmarktes zu widmen, anstatt teure Industrieprogramme aufs Gleis zu setzen. Viele Probleme, weshalb es bei der weiteren Marktintegration stockt, sind lange bekannt und sollten endlich überwunden werden. Hier hätte die EU die Chance echte Wachstumspotentiale zu heben, beispielsweise durch die Schaffung eines integrierten Kapital- und Finanzmarktes und für andere Dienstleistungen. „Das wichtigste Versäumnis liegt darin, dass die EU ihre große Stärke, den europäischen Binnenmarkt, zu zögerlich weiterentwickelt“, bilanziert Ifo-Chef Fuest. □

Gemeinsam für eine starke Zukunft – Sei dabei und gestalte sie mit



DIE WAHREN **HELDEN** DER STRASSE



Kritische Abhängigkeit



Grafikelemente: AdobeStock©coffeee_in

Text und Grafiken: **Jan Strache**

Mit einem Handelsvolumen von knapp 300 Milliarden Euro ist China bei weitem Deutschlands wichtigster Handelspartner. Doch in Zeiten zunehmender geopolitischer Spannungen werden die Rufe nach einer Entkopplung der deutschen Wirtschaft vom Reich der Mitte immer lauter. Ein Blick auf die Handelsbilanz Deutschlands mit China offenbart, dass der Handel zwischen den beiden Ländern ein noch nie dagewesenes Ungleichgewicht erreicht hat. Exportierte Deutschland 2022 Waren im Wert von fast 107 Milliarden Euro ins Reich der Mitte, konnte China im selben Zeitraum Exporte im Wert von über 191 Milliarden Euro in Deutschland absetzen. Zugleich ist die Investitionstätigkeit deutscher Unternehmen in China seit 2021 so stark gestiegen wie nie und lag 2022 auf dem Rekordwert von 11,53 Milliarden Euro.

Obwohl die meisten der bisher aus China bezogenen Waren durch Importe aus anderen Staaten kompensiert werden könnten, würde Deutschland bei einem Rückzug aus China massive Wohlstandsverluste erleiden. Bei einigen Gütern wäre ein Verzicht auf chinesische Importe derzeit allerdings gar nicht möglich, beispielsweise bei den für die Herstellung von Hochtechnologieprodukten wichtigen Seltenen Erden. Der Anteil chinesischer Importe lag hier laut dem Statistischen Bundesamt im vergangenen Jahr bei 65,9 Prozent. Die ambitionierten Ziele bei der Energiewende und der E-Mobilität dürften damit bei einem Handelskonflikt in weite Ferne rücken. Die Politik ist daher gefordert, die Voraussetzungen für eine Diversifizierung der Beschaffungsmärkte zu schaffen, beispielsweise durch den Abschluss neuer Freihandelsabkommen und die Unterstützung der heimischen Rohstoffförderung.

Direktinvestitionen in China sind drastisch gestiegen

Deutsche Direktinvestitionen in China in Milliarden Euro

Während Vertreter aus Politik und Wirtschaft immer wieder eine Verringerung der Abhängigkeit Deutschlands von China fordern, scheint für viele Unternehmen die Aussicht auf kurzfristige Gewinne attraktiver zu sein. In den letzten zwei Jahren sind die Direktinvestitionen deutscher Unternehmen in China regelrecht explodiert und erreichten 2022 einen Rekordwert von 11,53 Milliarden Euro.

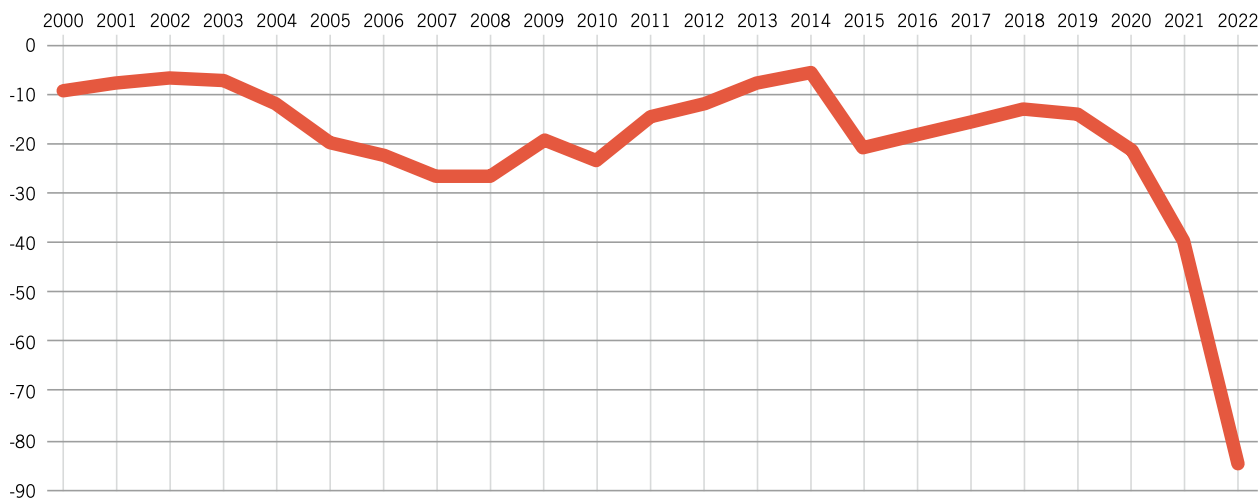


Quelle: Deutsche Bundesbank

Das Handelsdefizit ist auf dem Höchststand

Handelsbilanz mit China in Milliarden Euro

China war zwar im Jahr 2022 zum siebten Mal in Folge Deutschlands wichtigster Handelspartner, doch die Handelsbilanz zwischen Deutschland und China gerät immer weiter aus dem Gleichgewicht. Die Importe aus China sind seit 2020 stark gestiegen, während der Anstieg der deutschen Exporte unterdurchschnittlich ausfiel. Mit fast 85 Milliarden Euro hat das Handelsbilanzdefizit Deutschlands 2022 einen Rekordwert erreicht.

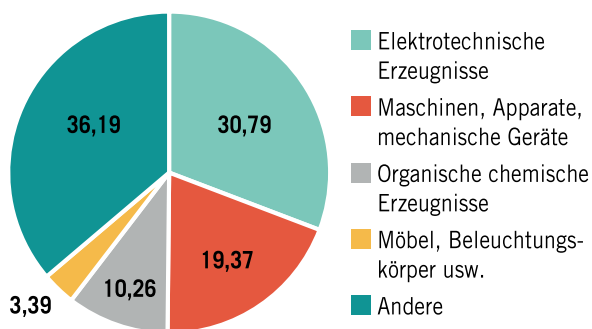


Quelle: Destatis

Was China nach Deutschland liefert

in Prozent

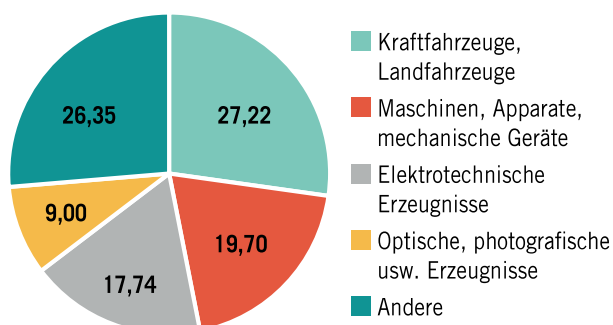
Anteil einzelner Erzeugnisse an den Importen aus China im Jahr 2022



Was Deutschland nach China liefert

in Prozent

Anteil einzelner Erzeugnisse an den Exporten nach China im Jahr 2022

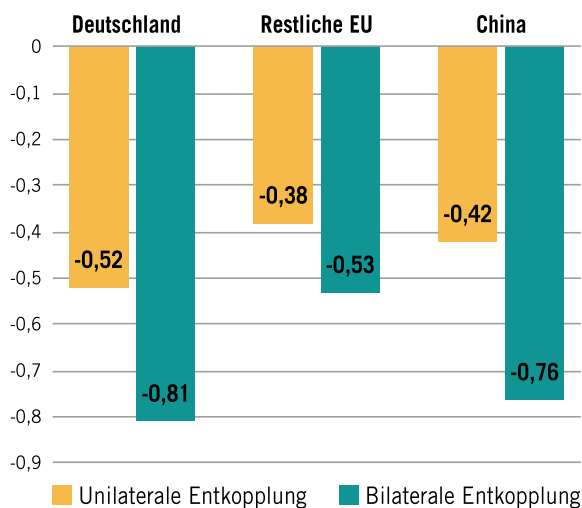


Quelle: Destatis

Diese Wohlstandsverluste drohen

in Prozent

Modellierter langfristiger Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) durch eine unilaterale und bilaterale Entkopplung der EU von China



Im Falle eines Rückzugs aus China drohen starke Wohlstandsverluste: Durch eine einseitige Entkopplung der EU von China würde das BIP langfristig um 0,52 Prozent sinken. Zum Vergleich: Die Kosten des Brexit werden mit einem BIP-Rückgang von 0,14 Prozent beziffert. Chinesische Vergeltungsmaßnahmen, die einer bilateralen Entkopplung gleichkämen, würden zu noch höheren Wohlstandsverlusten führen. Das Modell bildet allerdings nur das finale Gleichgewicht ab. Kurzfristige, durch Zuliefererwechsel entstehende Kosten bleiben unberücksichtigt.

Quelle: Destatis



Foto: AdobeStock©Natalia Pyzhova

Süßigkeiten nur noch im Nachtprogramm

Das geplante Werbeverbot für stark fett-, zucker- oder salzhaltige Lebensmittel ist für die Wirtschaft sehr weitreichend, greift in die Gesetzgebungskompetenz der Länder ein und schafft einen massiven Wettbewerbsnachteil für deutsche Hersteller und Mediendienste.

Sie kennen mich! Ich bin alles andere als ein Verbotsfanatiker!“, beteuerte der Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft Cem Özdemir auf einer Pressekonferenz zum Werbeverbot für Lebensmittel mit hohem Zucker-, Salz- oder Fettgehalt. Sein erst danach veröffentlichter Referentenentwurf (BMEL-RE) sieht Verbote vor, die sich nicht nur an werbende Lebensmittelunternehmen richten, sondern an „jede

natürliche oder juristische Person, die Werbung oder Sponsoring“ betreibt. Normadressaten sind neben Presseverlegern Rundfunksender und Anbieter von Telemedien einschließlich sozialer Netzwerke sowie Video-Sharing-Plattformen.

Produkte, die unter das Werbeverbot fallen, sind Schokolade, Müsliriegel, süße Aufstriche und Desserts, Energy-Drinks, Kuchen, süße Backwaren und Speiseeis. Weitere Lebensmittel sollen unter das

für ungezuckerte Säfte und Milch leicht modifizierte Nährstoffprofil-Modell nach Mengengrenzwerten der Weltgesundheitsorganisation WHO fallen. Dazu zählen Buttermilch, Frühstückscerealien, Käse, Quark, Fertiggerichte, Teigwaren, Reis und Getreide. Nach einer wissenschaftlichen Studie könnte das Werbeverbot aufgrund der WHO-Grenzwerte durchschnittlich etwa 70 Prozent aller Produkte dieser Lebensmittelkategorien betreffen¹.

Hinsichtlich der medieninhaltlichen Ausrichtung enthält der BMEL-RE zwei kumulativ anzuwendende Werbetatbestände:

► Nach § 4 Abs. 1 BMEL-RE soll ein absolutes Verbot gelten für Sponsoring und für Werbung, die „ihrer Art nach besonders dazu geeignet ist, Kinder zum Konsum zu veranlassen oder darin zu bestärken“, was nach der Entwurfsbegründung entsprechende Werbegestaltungen „im weitesten Sinne“ umfasse – „Haribo macht Kinder froh“ etwa wäre komplett verboten.

► Zusätzlich gelten – unabhängig von der Werbegestaltung – nach § 4 Abs. 2 BMEL-RE weitere Werberestriktionen. Diese sehen in Satz 2 Nr. 1 für den Rundfunk sowie sonstige audiovisuelle Medien ein generelles Verbreitungsverbot in der Zeit zwischen 6 und 23 Uhr vor. Das Totalverbot für das Tages-, Haupt-

abend- und Spätabendprogramm soll auch für an Erwachsene gerichtete Werbeeinhalte gelten – „Haribo macht nur Erwachsene froh“ wäre nur im Nachtprogramm noch zulässig.

Verstöße würden über Bußgeldvorschriften² sowie Aufsichtsmaßnahmen einer „Marktüberwachungsbehörde“ nach Landesrecht geahndet, die sich auch an die Rundfunksender und Medienanbieter richten können³.

Die Verbotsreichweite der in § 4 BMEL-RE vorgeschlagenen Tatbestände ist restriktiver als die bisher im gesetzlichen Jugendmedienschutz etablierten Werbe- und Verbreitungsbeschränkungen. Zwar dürfen Softpornos und FSK-18-Filme auch nur im Nachtprogramm verbreitet werden. Bei Nutzung alternativer technischer Mittel, etwa Taggings für anerkannte Jugendschutzprogramme wie Jus-ProG, sind solche Angebote aber jederzeit frei zu empfangen.⁴ Eine sol-

che Möglichkeit sieht der BMEL-RE nicht vor. Ebenfalls weniger restriktiv ist die gesetzliche Beschränkung der Werbung für virtuelle Automaten-spiele, Online-Poker und Casinospiele⁵. Werbung für Glücksspiel kann der Fernsehzuschauer ab 21.00 Uhr sehen, für Käse muss er künftig wohl zwei Stunden länger wach bleiben.

Das Verbotsvorhaben des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) könnte einer Prüfung der verfassungsrechtlichen Grundlagen zur Gesetzgebungskompetenz möglicherweise nicht standhalten. Denn angebotsinhaltliche Jugendschutzregulierung in Rundfunk und Telemedien ist Sache der Bundesländer. Diese haben schon seit 2020 eine Regelung für einschlägige Lebensmittel in § 6 Abs. 7 JMStV normiert und damit die unionsrechtlichen Vorgaben der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (AVMD-RL) kongruent umgesetzt – mit bun-

LOTTO hilft Hessen

Mit mehr als **33** Mio. €
pro Jahr für die Kultur.



lotto-hessen.de  

deseinheitlicher Geltung. Darauf geht der BMEL-RE nicht ein, sondern proklamiert gegenteilig die Erforderlichkeit einer „bundeseinheitlichen Regelung“. Diese ist nach Art. 72 Abs. 2 GG Voraussetzung dafür, dass der Bund einen Regulierungsbereich im Rahmen der konkurrierenden Gesetzgebung⁶ überhaupt an sich ziehen kann.

Zwar berief sich Bundesminister Özdemir darauf, dass die Verbraucherschutzminister der Länder den Bund um eine Regulierung gebeten hätten – dies allerdings nur „im Rahmen seiner Regelungszuständigkeit“. Entsprechend wurde die Pressekonferenz „länderseitig mit Irritation zur Kenntnis genommen“, wie es in einem Brief

E-Commerce-RL⁷. Werbung in den sozialen Netzwerken wie Facebook, YouTube, Twitter, Instagram und TikTok ist vom BMEL-RE-Werbeverbot grundsätzlich nicht betroffen, da die Plattformbetreiber ihren Sitz in Irland haben. Für audiovisuelle Mediendienste und Videosharing-Plattformen können EU-Länder wie Deutschland zwar strengere Bestimmungen als die auf Selbstregulierung bezogene AVMD-RL für Lebensmittelwerbung umsetzen – aber eben nur für „Mediendienstanbieter, die ihrer Rechtshoheit unterworfen sind“.⁸ Die reichweitenstärksten und bei Kindern beliebten Angebote von im EU-Ausland ansässigen Diensteanbietern dürften jedoch weiter werben – deutsche Medienunternehmen nicht.

Weitere unionsrechtliche Fragen ergeben sich aus der Überantwortung der Überwachung der Werbeverbote auf „Behörden“ nach § 8 Abs. 1 BMEL-RE. Denn in Bezug auf audiovisuelle Mediendienste und Videosharing-Plattformen gilt der Grundsatz der rechtlichen und funktionellen Unabhängigkeit der Medienaufsicht⁹. Die verwaltungsgerichtliche Rechtsprechung hat dessen Bedeutung schon in Bezug auf das Bundesamt für Justiz und die Überwachung sozialer Netzwerke nach dem NetzDG deutlich hervorgehoben¹⁰. Eine nachträgliche landesgesetzliche Aufsichtsinvestitur der Landesmedienanstalten würde eine Doppelzuständigkeit nach JMStV und BMEL-Gesetz begründen, die die Ungleichbehandlung im gesetzlichen Jugendmedienschutz wie die fehlende Gesetzgebungskompetenz des Bundes noch augenfälliger machen könnte.

Übergewicht und die Gefahr von Folgeerkrankungen aufgrund von Fehlernährung bei Kindern und Jugendlichen können grundsätzlich wichtige Sachgründe darstellen, womit gesetzliche Regeln und damit verbundene Eingriffe in verfassungsrechtliche Grundfreiheiten zu rechtfertigen sind. Für eine Legitimation sehr weitreichender Werbeverbote wie im BMEL-RE vorgesehen, ist eine wissenschaftliche Fundierung des Ursachenzusammenhangs zwischen der Bewerbung einschlägiger Lebens-

mittel und einem gerade hierdurch bedingten Mehrkonsum der beworbenen Produkte durch Kinder und Jugendliche notwendig, da bei intensiven Grundrechtseingriffen verbleibende Unklarheiten in der Bewertung von Tatsachen nicht nur zulasten der Grundrechtsträger gehen dürfen.¹¹ Andere Ursachen wie familiäre Faktoren, die Adaption von Verhaltensweisen im engen sozialen Umfeld, Bewegungsmangel, sozialökonomischer Status, Bildungsgrad oder medizinische Prädispositionen könnten die im BMEL-RE mitschwingenden Hoffnungen auf eine Gewichtsabnahme bei Kindern nach dem Bann von Werbung in der Realität unterminieren. Feststellen ließe sich dies nur durch wissenschaftliche Studien. Im BMEL-RE steht hierzu unter Punkt VII. „Evaluierung“ – nichts.

Sollte das Werbeverbot nach Abstimmung mit den Koalitionspartnern noch eine politische Zukunft haben, könnte das Gesetzgebungsverfahren durch den Eingriff in die Regelungskompetenz der Länder turbulent werden. Wie ein diesen Herausforderungen trotzendes Bundesgesetz aussehen könnte, ist kaum vorhersehbar. Sollten die hier kursorisch skizzierten, verfassungs- und unionsrechtlichen Fragen offenbleiben, wäre eine alsbald nach Inkrafttreten folgende Prüfung durch das Bundesverfassungsgericht – etwa durch stark von Werbeeinnahmen abhängigen privaten Rundfunksendern – nicht unwahrscheinlich. Facebook, Google und Co. könnten nach geübter Praxis¹² schon zuvor durch Verwaltungsgerichte feststellen lassen, dass das deutsche Werbeverbot für sie nicht gilt. □



Prof. Dr. Marc Liesching

Professor für Medienrecht und Medientheorie, Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur in Leipzig

„Entscheidender als die mentale Resilienz von Bundesminister Özdemir könnte sein, dass das Verbotsvorhaben einer Prüfung verfassungsrechtlicher Grundlagen zur Gesetzgebungskompetenz möglicherweise nicht standhält.“

der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz an die zuständige Staatssekretärin heißt, der „sicherlich bekannt“ sei, dass „Fragen der Medienregulierung in der Zuständigkeit der Länder liegen“. Prompt wies auch die Rundfunkkommission der Länder auf die „bereits existierenden Regelungen auf nationaler und europäischer Ebene“ hin.

Dessen ungeachtet könnte sich das vom BMEL gewünschte Bundeswerbeverbotsgesetz aufgrund von Unionsrecht als löchriger erweisen als mancher Käse, dessen Bewerbung es zu untersagen trachtet. Denn für Internet-Diensteanbieter mit Sitz in anderen EU-Staaten gilt das Herkunftslandprinzip nach Art. 3 Abs. 2

1 vgl. Storcksdieck/Robinson/Wollgast/Caldeira, The ineligibility of food products from across the EU for marketing to children according to two EU-level nutrient profile models

2 § 9 BMEL-RE

3 § 8 BMEL-RE

4 vgl. §§ 5 Abs. 3, 11 JMStV

5 vgl. § 5 Abs. 3 S. 1 GlÜStV 2021

6 Art. 74 Abs. 1 Nr. 20 GG

7 s.a. § 3 TMG

8 vgl. Art. 4 Abs. 1, 9 Abs. 4 AVMD-RL

9 vgl. Art. 30 Abs. 1 AVMD-RL, auch i.V.m. § 28b Abs. 5 AVMD-RL

10 VG Köln MMR 2022, 330

11 vgl. BVerfG NJW 2022, 139, 149 Rn. 171

12 vgl. VG Köln MMR 2022, 330

Foto: AdobeStock©bernardbodo



Das Werbeverbot löst das Problem nicht, Herr Minister!

Eine Kausalität zwischen Werbekonsum und Gewichtsveränderung ist nicht belegt.

Ein Schelm, der mutmaßt, der Entwurf des Kinder-Lebensmittelwerbe-Gesetzes stamme aus fremder Feder. Die Drecksdichte mit den Forderungen eines Verbände-Bündnisses ist aber mindestens kritisch zu hinterfragen. Oder geht der Bundeslandwirtschaftsminister mit maximalem Regelungsumfang in die Ressortabstimmung, um einen Minimalkonsens zu erreichen, der dem im Koalitionsvertrag vereinbarten Ziel, an Kinder gerichtete Werbung zu verbieten, nahekommen könnte? So oder so scheint dem Minister die Tragweite seines Vorhabens nicht klar zu sein.

Unbestritten hat der Schutz unserer Kinder höchste Priorität. Ob Eltern sich derart in ihre Erziehungshoheit hineinregieren lassen wollen, ist jedoch fraglich. Der Minister behauptet: Die Eltern wünschen sich Hilfe. Ist das so? Einig sind sich fast alle Eltern, dass die beste Erziehung darin besteht, den Kindern durch das eigene Verhalten ein Vorbild zu geben.

Eine Kausalität zwischen Werbekonsum und Gewichtsveränderung ist nicht belegt. Auch die Bundesregierung musste einräumen, dass es bislang keine wissenschaftliche Evidenz zur Wirksamkeit von Werbeverböten auf die Adipositasprävalenz gibt. Na-

türlich hat Werbung Einfluss. Aber in einem gesättigten Markt bewirkt sie keine Zusatzkäufe. Nach dem Tabakwerbeverbot haben wir diesen Effekt gesehen: Marlboro zementierte seinen Marktanteil. Die Zahl der Raucher sank nicht. Bekannten Marken spielt das in die Hände, junge Unternehmen und Produktneuheiten kommen nicht in den Wettbewerb.

Zudem sind es die Eltern, die entscheiden, was in den Einkaufswagen kommt. Hier liegt der richtige Hebel. Soziale Herkunft und Bildungsgrad spielen bei der Ernährung eine große Rolle. Daran ändert ein Werbeverbot nichts.

Wenn wir wirklich etwas bewirken wollen, müssen wir Kindern erklären, maßvoll mit Süßigkeiten umzugehen, ihnen bewusst machen, dass Essen und Trinken schmecken und gesund sein sollte. Wie sollen sie Kompetenz erwerben, wenn ihnen das Lernobjekt vorenthalten wird? Auch wird die Quengelware an den Kassen durch das Werbeverbot nicht unsichtbar. Schokolade schmeckt auch ohne Werbung.

Wir müssen die Kinder animieren, nicht nur das Handy, sondern sich selbst wieder zu bewegen. Das Verbot von Sportsponsoring wäre kontraproduktiv, denn gerade Vereine mit

Kinder- und Jugendmannschaften sind darauf angewiesen.

Gesetzliche Maßnahmen sind das letzte Mittel der Wahl. Bevor man einen solchen „Wumms“ auf den Markt bringt, wäre es klug, Zielerreichungsgrad und Verhältnismäßigkeit zu prüfen, denn die Konsequenzen und Kollateralschäden für die Wirtschaft sind gravierend.

Christina Stumpp MdB

Mitglied im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft des Deutschen Bundestages, Stellv. Generalsekretärin der CDU Deutschlands



Foto: DOGMA 360° Communications

„Wie sollen Kinder Kompetenz erwerben, wenn ihnen das Lernobjekt vorenthalten wird?“

Auch im Rahmen der Reduktionsstrategie ist das Vorgehen nicht konsistent. Wer Unternehmen neue Rezepturen mit weniger Süßgeschmack nahelegt, aber zugleich Süßstoffe von der Bewerbung ausschließt, will Geschmacksdiktat statt Genuss. Das wird einer kleinen grünen Klientel gefallen, bei der Mehrheit wird sich der Bundesminister jedoch die Zähne ausbeißen. □

Dann zieh doch aufs Land ...

Der Bau der versprochenen, viel beschworenen neuen 400.000 Wohnungen pro Jahr rückt in immer weitere Ferne. Statt den Menschen den Umzug aufs Land zu empfehlen, sollte die Politik endlich an den richtigen Stellschrauben drehen.



Foto: Jens Schicke

Es gibt ihn noch – den Bau-boom, und zwar bei Regierungsbauten. 4,8 Milliarden Euro an Baukosten plant die Bundesregierung allein in diesem Jahr insgesamt für sich und nachgeordnete Behörden. Beim Wohnungsneubau droht dagegen Stillstand. Dabei steigt die Wohnraumnachfrage, verstärkt durch den notwendigen Zuzug von Facharbeitern und die Aufnahme geflüchteter Menschen, deutlich. Studien gehen davon aus, dass in Deutschland rund 700.000 Wohnungen jährlich neu erstellt werden müssten. Stattdessen werden deutlich

weniger Wohnungen neu errichtet als ursprünglich geplant. Die Bundesregierung verfehlt nicht nur ihr Ziel von 400.000 fertiggestellten Einheiten pro Jahr; die Zahlen bleiben auch hinter den 280.000 bis 300.000 Neubauwohnungen der Vorjahre zurück. Dabei ist der Tiefpunkt der Entwicklung noch gar nicht erreicht. Bereits begonnene Bauvorhaben werden momentan noch abgeschlossen. Die Anzahl der Baugenehmigungen und Baustarts sinkt jedoch dramatisch. Die Schere zwischen Bedarf und Angebot wird also immer weiter auseinandergehen. Kurzum: Wer eine neue Wohnung sucht, hat schlechte Karten. Der Mangel an Wohnraum trifft längst nicht nur Geringverdiener. Die Mittelschicht drängt ebenfalls in das Segment „bezahlbares Wohnen“, sofern es überhaupt irgendein Angebot an Mietwohnungen gibt. Damit hilft auch mehr Wohn- oder Fördergeld für Menschen mit kleinen Einkommen nicht weiter.

Den Umzug aufs Land zu bewerben, wie jüngst Bundesbauministerin Clara Geywitz, wird da wohl keine Lösung darstellen.

Wesentliche Treiber für die Krise am Bau sind Inflation und Zinsanstieg. Die Gründe für die Misere liegen aber tiefer. Denn während Mietpreise reguliert und gedeckelt werden, treiben Baulandmangel und steigende, insbesondere energetische Anforderungen die Preise für Neubauten schon seit langem nach oben. Die Niedrigzinsen haben diese Probleme überdeckt und es ist ein „Gewöhnungseffekt“ für stetige Zusatzforderungen eingetreten. So liegen die Forderungen einiger Städte bei Geschosswohnungsbauprojekten inzwischen bei einem Anteil von 50 Prozent geförderter Wohnungen. Hinzu kommt, dass das Vertrauen der Branche in die Halbwertzeit politischer Entscheidungen spätestens seit dem Neubau-Förderchaos Anfang 2022 zutiefst erschüttert ist. Und das in einem Sektor, der mit seinen Investitionen Werte für Generationen schafft und dringend Planungs-



Lars von Lackum

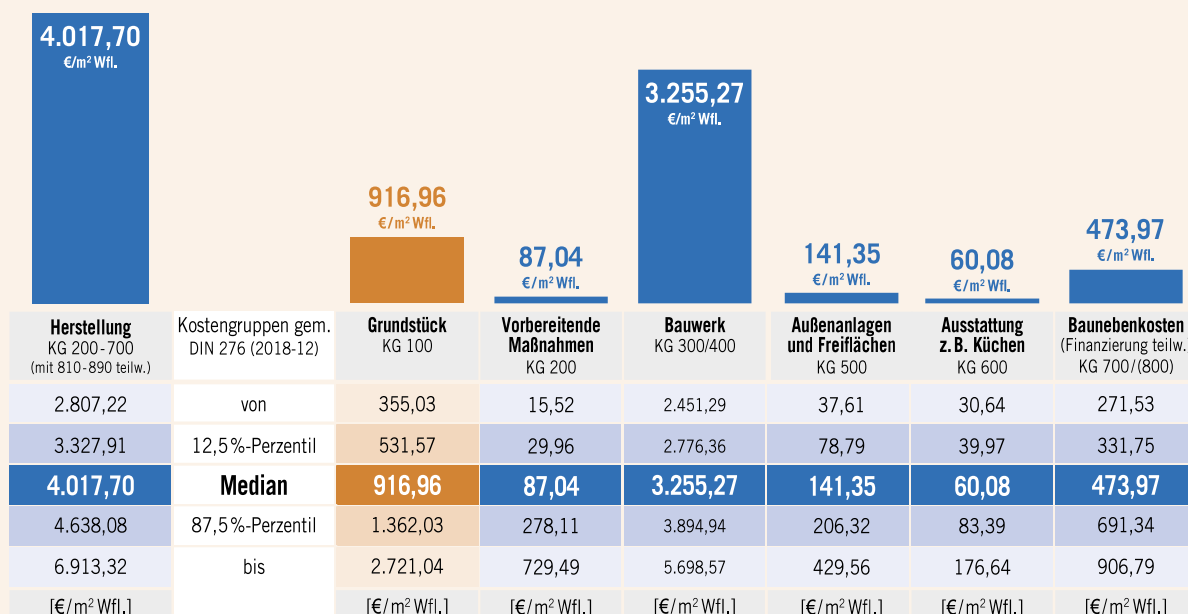
CEO
LEG Immobilien SE

Foto: LEG

„Gegenmaßnahmen zur Stabilisierung des Marktes sind möglich – und sie laufen längst nicht alle auf mehr Fördergelder hinaus.“

Baukostenentwicklung 2022 in Großstädten am Beispiel HamburgAngaben in Euro je m² Wohnfläche inkl. Mehrwertsteuer

Das musste in der Hansestadt an Herstellungs- und Grundstückskosten für neue Wohnungen investiert werden.*



* Auswertung Bruttokosten fertiggestellter und abgerechneter Bauvorhaben mit Kostenstand 2. Quartal 2022

Quelle: Hamburger Baukosten 2022, Bauforschungsbericht Nr. 85, Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen; Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen e.V.

sicherheit braucht. Auch im Wohnungsbau bedarf es dringend eines Zeitenwechsels.

Gegenmaßnahmen zur Stabilisierung des Marktes sind möglich – und sie laufen längst nicht alle auf mehr Fördergelder hinaus. Leicht wird die Übergangsphase, bis ein neues Marktgleichgewicht gefunden wird, jedoch nicht. Es müssen sowohl die Kosten als auch die Ertragsseite in den Fokus genommen werden. Wichtige Stellrauben sind:

► Mehr Bauland zu fairen Preisen

Vor allem in den Metropolregionen braucht es mehr Bauland – und das zu deutlich geringeren Preisen. Allein mit Nachverdichtungen, Aufstockungen oder Umwidmungen von Gewerbeflächen wird die hohe Nachfrage nicht zu stillen sein – zumal der Großteil dieser Maßnahmen prohibitiv teuer ist.

► Weniger Vorschriften und einheitliche Bauordnungen

Ständig neue Vorschriften und verschärfte Auflagen haben den Neubau in Deutschland fast unbezahlbar ge-

macht. Zudem ist der Wust an Gesetzen, Verordnungen und Normen, die sich von Bundesland zu Bundesland und sogar von Kommune zu Kommune unterscheiden, kaum noch überschaubar. Effizientes und optimiertes Bauen wird damit systematisch behindert und dies treibt die Baukosten in die Höhe.

► Technologieoffenheit und Augenmaß beim Klimaschutz

Eine Mischung aus Maximalanforderungen und Mikromanagement beim Klimaschutz gibt vielen Bauvorhaben den Rest – beim Neubau und in der Modernisierung. Statt hier starke Wege für Technologien, Baustoffe oder Einzelmaßnahmen vorzugeben, sollten Zielvorgaben gesetzt und den Unternehmen die Wahl des wirtschaftlichsten Weges zur Zielerreichung überlassen werden. Gleiches gilt auch für den Bestand, in dem die aktuell angedachten Regelungen zum Gebäudeenergiegesetz zum Heizungs-austausch zu einer finanziellen Überforderung weiterer Eigentümerkreise führen werden.

► Weniger Mietenregulierung

Zur Wahrheit gehört auch, dass die Mieten aufgrund des marktwirtschaftlichen Prinzips zum Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage zunächst einmal steigen müssen, wenn es wieder mehr Geschosswohnungsbau geben soll. Das gilt nicht zuletzt für die Bestandsmieten, damit Vermieter die notwendigen Investitionen auch in der aktuellen Zinsphase stemmen können. Härtefälle müssen dabei natürlich – ganz im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft – abgefedert werden.

► Echte Fördermaßnahmen

Ab 2025 werden nur noch Neubauten mit Effizienzhaus 40-Standard plus Nachhaltigkeitszertifikat gefördert, obwohl der Klimanutzen von immer mehr Dämmung umstritten ist. Das läuft perspektivisch auf reine Baukosten pro Quadratmeter von über 5.000 Euro hinaus. Die Errichtung bezahlbarer Mietwohnungen ist damit unmöglich. Es braucht dringend eine zielgerichtete, verlässliche und undogmatische Förderkulisse. □



Problem mit Ansage

*Der Fachkräftemangel ist hausgemacht und seit 50 Jahren absehbar.
Die Politik muss jetzt dringend umsteuern.*

Der Fachkräftemangel auf dem deutschen Arbeitsmarkt ist offensichtlich und soll hier weder branchenspezifisch ausgeleuchtet noch mit Zahlen kurzer Haltbarkeit unterstrichen werden. Eindeutig sind Trend und sein Ergebnis: Das Problem wächst und ist ein weiterer Hemmschuh für die Wirtschaft.

Dieser besonders bei industrieller Entwicklung und Fertigung gravierende Mangel an qualifizierten und zugleich einsatzfreudigen Arbeitskräften ist auch ein hausgemachtes Problem. Vor allem kam es mit Ansage, die demografische Entwicklung war seit bald 50 Jahren absehbar. Die Große Koalition in den Jahren 2013 bis 2021 hat dann nicht nur im Rahmen eines „Demografiepfahls“ viel geredet, sondern gehandelt – leider problemverschärfend mit ihren Rentenpaketen, insbesondere der überaus gern in Anspruch genommenen Rente mit 63, ein wesentlicher „Beitrag“ zum aktuellen Facharbeitermangel. Dass die Zahl der Beschäftigten bis zuletzt noch anstieg, ist nicht ganz falsch, aber nur die halbe Wahrheit: Die geleistete Arbeit(szeit) stieg selbst mit gut vier Millionen mehr Beschäftigten in den zehn Jahren

von 2012 bis 2022 eher bescheiden. Noch mehr Eltern-, Pflegezeit oder die Vier-Tage-Woche mit, natürlich, vollem Lohnausgleich würden dies nicht besser machen. Schlechter machen es, zum nun einsetzenden demografischen „Sturm“, politische Fehlanreize, die bis hin zu den mittleren Einkommensgruppen dazu beitragen, dass sich Nichtarbeit oft mehr auszuzahlen scheint als sich Arbeit lohnt. Oder die bei der Abwägung zwischen zusätzlicher Anstrengung und Leistung oder mehr „Work-Life-Balance“ den Ausschlag für die Pflege Letzterer geben: Steuer-Progressionskurve, Sozialabgaben, Transferentzug. Das „Bürgergeld“ mit weniger Fordern und mehr „Fördern“ und das grundsätzlich immer noch sinnvolle, aber inzwischen und mit der während Corona eingeführten Formel „kurze Arbeit, fast volles Netto“ durchaus auch missbrauchte Instrument des Kurzarbeitergelds – zum Beispiel VW bei Rekordgewinnen im Jahr 2022 – sind nur zwei Beispiele.

In vier Problemfeldern könnte Abhilfe erfolgen – vorausgesetzt, Politik findet in der Zeit wachsender Bedrängung in den öffentlichen Haushalten, den Sozialsystemen und des gesell-

schaftlichen Zusammenhalts mehr Mut dazu, wieder häufiger auf die der Sozialen Marktwirtschaft innewohnenden Kräfte zu bauen.

► Ungesteuerte Zuwanderung bringt keine ökonomische und fiskalische Rendite. Sie ist erfahrungsgemäß weitgehend eine Zuwanderung in die soziale Sicherung. Vor dem Hintergrund neuer Rekordzahlen an Flüchtlingen gilt es, den „Wir-schaffen-das-Voluntarismus“ des guten Herzens auch mit Verstand und den Erfahrungen von 2015 zu begleiten. Deutschland ist immer noch ein wohlhabendes Land und humanitären Werten verpflichtet, die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine so richtig wie 2015 diejenige syrischer Flüchtlinge. Wenn aber wie 2023 wieder über Erleichterung von „Zuwanderung“ diskutiert wird, sollte es primär um gesteuerte und an den Anforderungen des Arbeitsmarkts ausgerichtete Einwanderung gehen.

► Endlich regierungsamtlich angehen sollte man noch vor neuer Zuwanderung die Verhinderung von Abwanderung. Seit 2014, dem Jahr des ersten Rentenpakets der Groko,

das alle unter 45 zu Verlierern machte, verlassen Jahr für Jahr mehrere Zehntausend junge Menschen zwischen 20 und 35 das Land – Zufall? Es geht dabei nicht um Studien- oder befristete Arbeitsaufenthalte, sondern eine Lebensperspektive – und handelt sich nach allen Indizien um eher Hochqualifizierte. Aus Sicht einer an Mangel an Fachkräften, Steuer- und Beitragszahlern leidenden Volkswirtschaft ist das verheerend, aus Sicht der Betroffenen nicht unklug: Wenn jüngere Menschen zu dem Schluss kommen, die Regierungen hätten nurmehr die Wählermehrheit über 55 im Auge, wenn Wohlstandszuwächse schon seit 1991 weit überwiegend bei Älteren ankommen, wenn im alternden Deutschland jede Bewegung erschwert wird, wie die Gründung von Familien und Unternehmen, Wohnungssuche oder Innovation – ist „Exit“ ein nachvollziehbarer Schluss. Vielleicht mag eine deutsche Regie-

rung einmal wieder Jüngeren eine Zukunftsperspektive anbieten.

► Schlimm genug, wie viele qualifizierte Jüngere gehen. Noch schlimmer, bei wie vielen es hingenommen wird, dass sie sich gar nicht erst zu qualifizieren vermögen: Ebenfalls Jahr für Jahr verlassen mehrere Zehntausend jüngere Menschen – 2021 knapp 50.000 – ohne Abschluss die Schule – mit entsprechend schlechten Perspektiven für Ausbildungs- und Arbeitsplatz. Diese Fehlleistung unseres Bildungssystems ist ebenso wenig akzeptabel wie der Mangel an Chancengerechtigkeit. Wenn die Herkunft in so starkem Maß die persönliche Zukunft determiniert, wie das gegenwärtig der Fall ist, bleiben gesellschaftliche Durchlässigkeit, damit auch Aufstiegswille und Fortschrittsoptimismus auf der Strecke.

► Arbeit und Leistung müssen sich wieder lohnen. Politik, die diejenigen

Prof. Dr. Michael Eilfort

Vorstand
Stiftung Marktwirtschaft



Foto: Kay Herschelmann

*„Ungesteuerte
Zuwanderung bringt
keine ökonomische
und fiskalische Rendite.“*

zu Dummen macht, die noch arbeiten oder sich selbst vorsorgen, führt ins Elend. Faktisch sind Steuern erhöht worden, haben Sozialbeiträge und Lohnzusatzkosten ein Rekordniveau erreicht und droht zudem eine auch systematische Umverteilung bei durch Leistung erworbenen Ansprüchen in der Altersvorsorge. Es wäre ein weiteres Signal, die Arbeit einzustellen und sich vom BAföG bis zur Rente ganz auf den Staat zu verlassen. □



MAX AICHER

KEEP THE TRADITION AND GO FORWARD.

Ein Blick in die Vergangenheit und auch in die Zukunft. Wir feiern 60 Jahre Wirtschaftsrat und erreichen bald 100 Jahre Max Aicher.

Die Formel für ewige Schönheit und Jugend ist sie nicht – doch jene unserer fast 100-jährigen Erfolgsgeschichte: Durch die geschlossene, unternehmensinterne Produktionskette ist es möglich, die Energieversorgung unserer Stahlwerke mit Schrott zu sichern.



Von der Stahlproduktion über die Baufirma bis hin zu unserer Immobilienabteilung, wuchsen unsere geschäftlichen Aktivitäten über die Jahre immer weiter und wurden stets nach positiven Synergieeffekten ausgerichtet.

Ein Wert, der währt – ein Jahrhundert lang.



Wir denken weiter und übernehmen Verantwortung für die Zukunft.

Mehr Information zu unseren Leistungen und Bemühungen finden Sie unter www.max-aicher.de

*Ein Teil der mittelständischen Unternehmen ist künftig zum Nachhaltigkeitsreporting verpflichtet.
Eine PwC-Studie zeigt auf, wie die Unternehmen dazu stehen und wie sie sich vorbereiten.*

Die Wende zur grünen Wirtschaft?



Von einer Bürde, bloßer Pflichterfüllung und Regulierungswut ist bereits die Rede – aber auch von gesellschaftlicher Verantwortung, unternehmerischer Notwendigkeit und einer großen Chance. Die Reaktionen auf die neue EU-Richtlinie über die Nachhaltigkeitsberichterstattung, die Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD), gehen weit auseinander. Fakt ist: Die neue Richtlinie kommt auf rund 15.000 Unternehmen in Deutschland künftig zu, sie lässt die Anforderungen an das Reporting stark steigen. Auch kleine und mittelgroße Unternehmen fallen ab der Berichtsperiode 2026 unter die Richtlinie, sofern sie kapitalmarktorientiert sind.

Wie stehen mittelständische Unternehmen zum verpflichtenden Nachhaltigkeits-Reporting? Wie gut sind sie bereits darauf vorbereitet? Und welche eigenen Ziele verbinden sie mit der CSRD? Antworten gibt die Studie „ESG-Strategie und -Berichterstattung: Chance und Herausforderung für den deutschen Mittelstand“. Für die Analyse hat PwC gemeinsam mit dem Institut für Management und Innovation (IMI) der Hochschule für Wirtschaft und Gesellschaft Ludwigs-hafen rund 160 mittelständische Unternehmen aus dem verarbeitenden Gewerbe gefragt, wie sie mit dem Thema ESG – Environmental Social Governance – umgehen, von der strategischen Ausrichtung bis zur konkreten Umsetzung.

Top-3-Herausforderungen: Energie, Fachkräfte und Rohstoffe

Immerhin haben bereits 60 Prozent der Unternehmen erkannt, dass sie sich der Wende zur grünen Wirtschaft stellen müssen. Allerdings fehlt vielen Mittelständlern dazu die ganzheitliche Strategie. Vielmehr lassen sie sich von den gesetzlichen Pflichten leiten, die sie stark unter Druck setzen, wie 62 Prozent der Befragten bestätigen.

Wichtige Treiber sind – neben der Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen – die Energie- und Ressourceneffizienz (76 Prozent), die Erfüllung von Markt- und Kundenanforderungen (69 Prozent) und die Steigerung der Arbeitgeberattraktivität (64 Prozent).

Denn derzeit sind die Unternehmen durch zahlreiche Krisen herausgefordert: Vor allem die stark gestiegenen Energiekosten im Zuge des Ukraine-Krieges machen den Unternehmen zu schaffen, wie 70 Prozent angeben. Eine weitere große Herausforderung ist der Fachkräftemangel (66 Prozent), gefolgt von den hohen Rohstoffpreisen und der -knappheit (63 Prozent). Die Transformation zu einem nachhaltigen Unternehmen landet mit 60 Prozent erst auf dem fünften Platz. Dabei könnte gerade eine nachhaltige Unternehmensführung dazu beitragen, die derzeitigen Herausforderungen zu meistern, wie auch mein Kollege Uwe Rittmann, der bei uns, PwC Deutschland, den Bereich Familienunternehmen und Mittelstand leitet, betont: „Nachhaltige Unternehmen sind energieeffizient und begegnen so dem Problem der Energieknappheit. Sie gehen sparsam und nachhaltig mit Rohstoffen um und haben daher weniger



Nicolette Behncke

Partnerin
PwC Deutschland
Bereich Sustainability Services
und Experte für ESG-Reporting

„Vielen Mittelständlern fehlt eine ganzheitliche Strategie.“



Foto: AdobeStock©2ragon

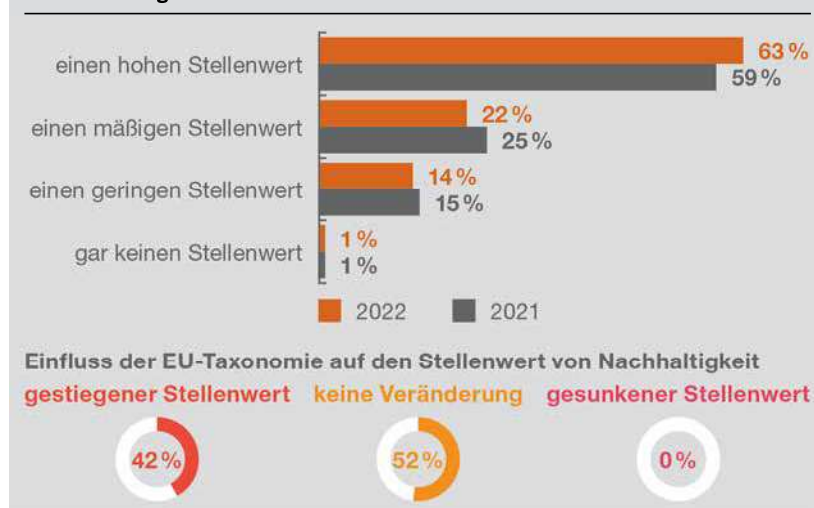
Probleme bei der Beschaffung. Und sie sind attraktiver für junge Menschen, was der Suche nach Fachkräften zugutekommt.“

Nur ein Drittel handelt aus eigenem Selbstverständnis

Wenn Unternehmen nur reagieren statt agieren, ist damit die Gefahr verbunden, dass es zum Greenwashing kommt. Dieses Risiko ist den Unter-

nehmen bewusst: 54 Prozent fürchten eine halbherzige Umsetzung. Insgesamt ist die Sorge groß, dass eine Ausrichtung an den ESG-Berichtsanforderungen die Organisation überfordern könnte und mit großem bürokratischen Aufwand verbunden ist, wie 76 Prozent bestätigen. Ebenso glauben 62 Prozent, dass die Umsetzung personelle Ressourcen bindet, die dann an anderer Stelle fehlen.

Welchen Stellenwert hat das Thema Nachhaltigkeit derzeit im Allgemeinen in Ihrem Unternehmen?



Einfluss der EU-Taxonomie auf den Stellenwert von Nachhaltigkeit



Status quo: Mehrheit bei der Umsetzung noch in den Anfängen

Daher ist es kaum verwunderlich, dass die Umsetzung bei den meisten Unternehmen noch in den Kinderschuhen steckt. Die Mehrheit hat mit 63 Prozent zwar erste Analysen zu den Anforderungen für das eigene Unternehmen durchgeführt, aber lediglich sechs Prozent haben diese bereits abgeschlossen. Viele wichtige ESG-Kennzahlen wie der Schutz der Biodiversität oder Emissionen in Wasser und Böden werden derzeit nur von einer Minderheit erfasst. Auch bei der Erfassung von ESG-Maßnahmen gibt es noch großen Nachholbedarf – nur ein Viertel misst die Fortschritte von Nachhaltigkeitsinitiativen systematisch. Eine wesentliche Hürde bei der Umsetzung der CSRD-Anforderungen ist der Mangel an belastbaren Daten, wie 73 Prozent bestätigen. Was können Unternehmen nun also tun, um bei der Vorbereitung auf die CSRD-Anforderungen weiterzukommen?

Fünf Empfehlungen für die nächsten Schritte:

- ▶ 1. Erklären Sie Nachhaltigkeit zur Chefsache. Ein Nachhaltigkeitsteam kann Sie bei der Umsetzung unterstützen.
- ▶ 2. Etablieren Sie eine Governance-Struktur mit klaren Rollen und Verantwortlichkeiten – das ist eine der Voraussetzungen, um auf die künftigen Reporting-Anforderungen vorbereitet zu sein.
- ▶ 3. Ein wesentlicher Faktor wird künftig die Datenbeschaffung und -architektur sein. Verschaffen Sie sich daher einen Überblick und decken Sie mögliche Lücken auf. Beginnen Sie jetzt schon mit der Datenkonzeption und -beschaffung.
- ▶ 4. Nutzen Sie die Vorbereitungszeit, weil die CSRD ab der Erstanwendung mit Prüfungspflichten einhergeht.
- ▶ 5. Bauen Sie die Ressourcen und Kompetenzen auf und treiben Sie das Upskilling in der Belegschaft voran. □



Foto: AdobeStock©Scarabea

variieren. Weiterhin sind Entwicklung und Einsatz innovativer Lösungen für die Herausforderungen der Abfallwirtschaft dazu geeignet, Transparenz und Rechenschaft zu verbessern sowie die Akzeptanz innerhalb involvierter Interessengruppen zu fördern.

Technologieoffenheit bringt jedoch auch einige nicht zu vernachlässigende Herausforderungen mit sich. Geistige Eigentumsrechte können eine Hürde für die Nutzung von Technologien ins-

Technologieoffenheit in der Abfallwirtschaft ermöglichen

Die Politik darf Innovationen nicht behindern durch die Vorgabe von Methoden.

Die Abfallwirtschaft ist ein systemrelevanter Aspekt der Gesellschaft, da die Abfallerzeugung mit Bevölkerungswachstum, Urbanisierung und Industrialisierung tendenziell weiter zunimmt. Eine effektive Abfallbewirtschaftung ist nicht nur essenziell für den Umweltschutz, sondern sie bietet auch Chancen für Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Die angewandte Technologie spielt eine entscheidende Rolle bei der Ent-

wicklung von Abfallmanagementlösungen nach der Hierarchie gemäß Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG): Erstens Vermeidung, zweitens Vorbereitung zur Wiederverwendung, drittens Recycling, viertens sonstige Verwertung, insbesondere energetische Verwertung und Verfüllung und fünftens Beseitigung (Deponierung). Effektivität und Effizienz dieser Lösungen sind jedoch stark von der Wahl der eingesetzten Technologie abhängig, um letztlich zu maßgeschneiderten Lösungen unter Beachtung lokaler Gegebenheiten zu kommen.

Offenheit in der Abfallwirtschaftstechnologie bedingt zudem die Fähigkeit der Abfallerzeuger und -entsorger, auf jegliche erprobte Technologie zuzugreifen, diese zu nutzen und für spezifische Bedürfnisse zu modifizieren, was zu effektiven und effizienten Entsorgungslösungen führt. Die Herausforderungen der Abfallbewirtschaftung können nach Faktoren wie Abfallzusammensetzung, Bevölkerungsdichte und sozioökonomischem Status von Region zu Region erheblich

besondere in Fällen darstellen, in welchen proprietäre Technologien angewandt und modifiziert werden sollen. Darüber hinaus können grundsätzlich Haftungsfragen entstehen, wenn für bestehende Technologien vorhandene Schutzrechte verletzt werden.

Um Technologieoffenheit im Abfallmanagement zu ermöglichen, ist es zu vermeiden, dass Politik und Regulatorik bestimmte Methoden a priori festlegen und dadurch innovative Ansätze behindern. Vielmehr sollte eine maximal breite Palette an Ansätzen und Technologien ermöglicht und gefördert werden. Nur so lassen sich sowohl ökologische als auch ökonomische Vorteile generieren.

Als traditionsreiches mittelständisches Kaliunternehmen mit Sitz in Bleicherode in Thüringen erzeugt die DEUSA International GmbH im soltechnischen Gewinnungsverfahren Salzprodukte und beschäftigt sich mit der Sicherung des Kali-Altbergwerkes durch Bergversatz sowie der Rekultivierung und Begrünung der ehemaligen Kali-Abraumhalde. □



Dr. Peter Davids

Vorsitzender der
Geschäftsführung
DEUSA International GmbH
Bleicherode

„Wir sollten die maximal breite Palette an Ansätzen und Technologien ermöglichen und fördern.“

Höhere GKV-Beiträge: Jobkiller für Fachkräfte

Die gesetzlichen Kranken- und Pflegekassen kämpfen mit Milliardendefiziten. SPD und Grüne wollen die Löcher mit höheren Beiträgen stopfen – mit gravierenden Folgen für hochqualifizierte Fachkräfte und Arbeitgeber. | Ein Advertorial des PKV-Verbands

Arbeitnehmern droht ein massiver Beitragsanstieg um mehr als 2.600 Euro im Jahr und viele Unternehmen stehen vor einer Explosion der Lohnzusatzkosten – wenn sich Forderungen aus den Reihen von SPD und Grünen durchsetzen. Abgeordnete aus beiden Parteien wollen eine deutlich höhere Beitragsbemessungsgrenze in der Kranken- und Pflegeversicherung. Denn beide Sozialversicherungen haben hohe Defizite, die infolge der demografischen Entwicklung weiter steigen dürften. Die Löcher stopfen sollen Beitragszahler mit Einkünften über der Bemessungsgrenze von 59.850 Euro. Dafür soll die Grenze auf das Niveau der Rentenversicherung von derzeit 87.600 Euro steigen, so die Idee bei SPD und Grünen.

Lohnzusatzkosten würden um bis zu 46,4 Prozent explodieren

Eine höhere Bemessungsgrenze hätte jedoch erhebliche Folgen für

den Wirtschaftsstandort. Denn die Sozialbeiträge tragen Arbeitnehmer und Arbeitgeber gemeinsam. Eine aktuelle Analyse zeigt: Mit der neuen Bemessungsgrenze von 87.600 Euro würden die Lohnzusatzkosten explosionsartig um bis zu 46,4 Prozent steigen. Insgesamt entstünden den Arbeitgebern zusätzliche Lohnzusatzkosten von mehr als 7,1 Mrd. Euro.

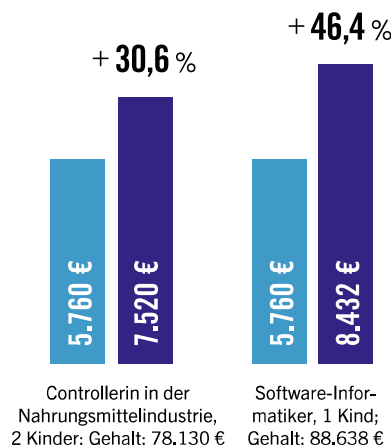
Höhere Bemessungsgrenze ist „Gift für die wirtschaftliche Erholung“

In dem ohnehin angespannten konjunkturellen Umfeld mit anhaltend hoher Inflation wäre ein solcher Schritt Gift für die wirtschaftliche Erholung. Besonders belastet wären Wirtschaftszweige, die viele hochqualifizierte Fachkräfte beschäftigen. Dort wirkt die höhere Bemessungsgrenze wie eine Zusatzsteuer auf Arbeit.

Die fatale Wirkung zeigen konkrete Beispiele aus der Realwirtschaft: So stiegen für ein Hightech-Automotive-Unternehmen mit knapp 7.000 Be-

Sozialabgaben werden zur Zusatzsteuer für Fachkräfte

Mehrbelastung der Arbeitgeber*



* Bei Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze auf das Niveau der Rentenversicherung (West); Legende siehe untere Grafik

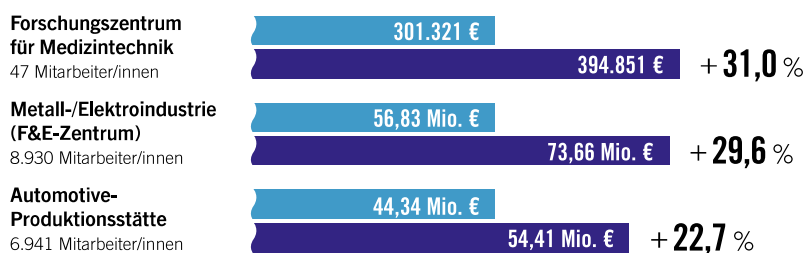
schäftigten die Lohnzusatzkosten schlagartig von 44,3 auf 54,4 Mio. €. Für einen Software-Informatiker mit gut 88.000 Euro Jahreseinkommen würden die Beiträge von 5.760 auf 8.432 Euro im Jahr steigen – und für den Arbeitgeber käme derselbe Betrag als Lohnzusatzkosten nochmal obendrauf.

SPD und Grüne wollen mit der Bemessungsgrenze stets auch die Versicherungspflichtgrenze auf das Niveau der Rentenversicherung erhöhen. So möchten sie eine Abwanderung der betroffenen Arbeitnehmer in die Private Krankenversicherung verhindern. Das Ergebnis einer derart hohen Entgeltgrenze von 87.600 Euro wäre faktisch das Ende der Wahlfreiheit, sich zwischen GKV und PKV entscheiden zu können – also eine Einheitsversicherung für Arbeitnehmer. □

Lohnzusatzkosten gefährden Wettbewerbsfähigkeit

Mehrbelastung der Arbeitgeber durch die Erhöhung der BBG in der Kranken- und Pflegeversicherung*

■ Lohnzusatzkosten 2023
■ Lohnzusatzkosten gem. Vorschlag Rot-Grün



* Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze auf das Niveau der Rentenversicherung (West)



Foto: AdobeStock@engel.ac

Herausforderung bewältigen

Die deutsche Wirtschaft sorgt trotz widriger Umstände für Stabilität.

Der Veranstaltungstitel „Energie- und Umweltpolitik im Spannungsfeld multipler Krisen“ verweist darauf, dass wir vor vielfältigen Herausforderungen stehen. Das gilt auch im Rückblick. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine bringt unermessliches Leid über die Menschen. Deshalb ist unsere Solidarität sowohl im zivilen als auch im militärischen Bereich weiterhin notwendig. Russlands militärische Aggression gefährdet jedoch auch die weltweite Nahrungsmittelversorgung. Und erstmals sind Atomkraftwerke Bestandteil einer kriegerischen Aus-

einandersetzung. Die nukleare Sicherheit in der Ukraine und damit auch in weiten Teilen Europas ist nicht mehr gewährleistet.

Wir haben die Auswirkungen des Krieges hier in Deutschland – sowohl in unserer Gesellschaft als auch der Wirtschaft – sehr deutlich zu spüren bekommen. Aber auch vor Beginn dieser Stufe des Krieges haben wir die Auswirkungen der globalen Inflation bereits stark zu spüren bekommen. Und wir haben gemerkt, wohin uns die einseitige Abhängigkeit von Russland geführt hat. Davor hatten uns Freunde und Partner zuvor gewarnt. Die Bundesregierung sowie viele Akteure in Wirtschaft und Gesellschaft haben darauf reagiert.

Ich würde sagen, dass wir die Herausforderungen im letzten Jahr, das auch noch von der Corona-Pandemie beeinflusst war, gut bewältigt haben. Deutschland ist stark. Die deutsche Wirtschaft – und zwar nicht nur die Industrie, sondern auch der Mittelstand und das Handwerk – sorgt trotz dieser widrigen Umstände für Stabilität. Sie hat Arbeitsplätze, Standards, Standorte und Lieferketten ge-

sichert. Und sie hat junge Menschen ausgebildet; auch das ist eine Leistung, die in Zeiten wie diesen nicht hoch genug geschätzt werden kann.

Im Mittelpunkt der aktuellen multiplen Krisen steht aber auch die Umwelt. Für mich steht außer Frage, dass sie im Mittelpunkt der Lösung stehen muss. Man kann nicht oft genug betonen, dass die ökologischen Krisen bereits heute weltweit Flucht und Vertreibung auslösen – und damit weitere Krisen nach sich ziehen. Sie sind die Ursache von Verteilungskämpfen und Kriegen rund um den Globus. Alles deutet darauf hin, dass diese Verteilungskämpfe und Kriege um Ressourcen weiter zunehmen werden. Das bedeutet, dass wir die ökologischen Krisen unbedingt in den Griff bekommen müssen. Wir dürfen nicht zulassen, dass sie sich weiter verschärfen. Deshalb ist es sehr erfreulich, dass die Bundesregierung es trotz einer massiven Verschlechterung des geopolitischen Klimas geschafft hat, beim Klimaschutz voranzugehen. Denn Klimaschutz sichert Freiheit, Gerechtigkeit und nachhaltigen Wohlstand. □

Foto: Bündnis90 – Die Grünen



Steffi Lemke MdB

Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz

„Wir müssen die ökologischen Krisen unbedingt in den Griff bekommen.“

Grünes Wollen bringt keinen Fortschritt

Wasserstoff ist der Hoffnungsträger der Zukunft.

Wir müssen die Energie- wende bewältigen. Wasserstoff ist dabei das große Thema. Wasserstoff war aber auch schon bei den Beratungen der Kohle-Kommission das große Thema. Durch das Abschalten der Atomkraftwerke und die fehlenden Gaslieferungen verkürzt sich die Überbrückungszeit hin zu einer Wasserstoffwirtschaft derzeit jedoch drastisch. Egal, was Deutschland jetzt macht: Diese Stromlücke werden wir im Sinne einer nationalen Autarkie nicht schließen können. Auch nicht mit allen Beschleunigungsverfahren, die wir aufs Gleis gesetzt haben. Das geht einfach in einem Rechtsstaat nicht schneller.

Es sei denn, man setzt auf einen Ausbau der Kuppelstellen zu den europäischen Nachbarn und nutzt möglicherweise noch zwei bis drei Jahrzehnte lang Kernkraft aus Frankreich, Tschechien, Ungarn oder Kohlestrom aus Polen. Alle denken derzeit aus strategischen Gründen wieder über die Kernkraft nach. Das Thema Atomkraft ist in Deutschland für diese Generation jedoch erledigt. Da helfen auch keine Laufzeitverlängerungen für ein paar Monate. Das Problem bleibt die Stromlücke, wenn wir die anderen Ziele erreichen wollen. Und dazu zählt eben auch, dass wir die Elektrifizierung der gesamten Mobilität sehr stark nach vorne treiben und durch entsprechende Beschlusslagen befördern. Die Frage ist, was wir mit der energieintensiven Industrie machen, insofern sich die Investoren nicht ohnehin aus dem Kernbereich in Mitteleuropa zurückziehen.



Trotzdem bin ich optimistisch, dass Deutschland langfristig in eine Wasserstoffwirtschaft einmünden wird. Nur muss man eben wissen, dass der elektrische Strom nur rund 20 Prozent vom gesamten Energieverbrauch ausmacht. 80 Prozent sind etwas anderes, nämlich Mobilität, Heizung, Industrie und anderes mehr. 80 Prozent vom Gesamtkuchen werden ohnehin importiert. Wenn wir jetzt noch Wasserstoff berücksichtigen, dann sehen wir, dass wir nur einen kleinen Teil davon in Deutschland realisieren können. Egal, wie viele Windräder Baden-Württemberg im Nacheifern von Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein nachrüstet. Wir können die gar nicht alle unterbringen. Wir sehen ja die Probleme beim Zubau. Ohne CDU-Regierung kommt man da ohnehin nicht weiter. Zumindest müssen wir mitregieren. Allein das grüne Wollen bringt keine Fortschritte. Wir müssen offen und

ehrlich diskutieren, damit wir in der Lage sind, die größte und stärkste Volkswirtschaft Europas am Netz zu halten; weil wir sonst unsere Solidarleistung – auch im Sinne von Wiederaufbau – nicht werden leisten können.

Dr. Reiner Haseloff Mdl

Ministerpräsident
des Landes Sachsen-Anhalt



Foto: Steffen Boettcher

„Die Stromlücke werden wir im Sinne einer nationalen Autarkie nicht schließen können.“

Die größten Volksparteien müssen einen kühlen Kopf bewahren und die Ökonomie ernst nehmen, damit wir nicht destabilisierend auf die Demokratie wirken. □

Energiepolitik als geostrategischer Faktor

Foto: AdobeStock©Sawapanf Photo

Europa wird in Krisen geschmiedet.

Österreich und Deutschland verbindet nicht nur Geschichte, Kultur und Tradition; wir sind auch ein eng verbundener Wirtschaftsraum. Was wir ebenfalls gemeinsam haben, sind die vielen Herausforderungen, vor denen wir stehen. Da wären die Klimakrise, der Krieg auf europäischem Boden, die Teuerung und die hohen Energie-

len, dass wir noch lange mit Konflikten in Europa beschäftigt sein werden.

Österreich ist vor gut einem Jahr aus einem Dornröschenschlaf erwacht, als wir festgestellt haben, dass uns unsere guten wirtschaftlichen Beziehungen in den Osten abhängig gemacht haben – abhängig zu 80 Prozent von russischem Gas. Seitdem kämpfen wir täglich darum, diese Abhängigkeit zu verringern und Energiediversität herzustellen.

Wir sind auch aus einem Dornröschenschlaf erwacht, als wir festgestellt haben, dass unsere Sicherheits- und Verteidigungsarchitektur nicht mehr auf der Höhe der Zeit ist. Als österreichische Verfassungsministerin stehe ich dazu, dass die Neutralität in Österreich einen hohen Stellenwert hat. Aber wird uns diese in Zukunft schützen? Wohl eher nicht. Vielmehr dürfte der Umstand zählen, dass wir von Nato-Staaten umgeben sind. Einen dritten Punkt möchte ich hinzufügen, der uns nicht erst letztes Jahr aufgeweckt hat, sondern schon 2015: Das Thema der Migrationsproblematik.

Wir müssen unsere geopolitischen Interessen wieder in den Vordergrund stellen. Es geht um eine interessengeleitete Außenpolitik. Es geht aber

auch darum, die Macht Europas in die Nachbarstaaten zu projizieren. Und zwar dorthin, wo andere längst sind. Hier spreche ich vor allem vom Westbalkan und von Ländern wie Russland und China, die dort seit vielen Jahren Einfluss ausüben. Und wir brauchen eine Änderung und einen Ausbau der europäischen Verteidigungsstrukturen.

Eines eint uns: Die Erkenntnis aller EU-Staaten, diese Probleme nur gemeinsam lösen können. Doch um auf die Lösungsebene zu kommen, braucht es ein großes Umdenken in der EU. Wir müssen uns auf unsere europäische Stärke besinnen. Und was ist unsere Stärke? Es ist unsere Gemeinschaft. Sie ist das Einzige, was wir einsetzen können, um die Stabilität, den Wohlstand, den Frieden und auch die höchste Lebensqualität hier in Europa aufrechtzuerhalten. Ich möchte mit einem Zitat schließen: „Europa wird in Krisen geschmiedet und wird die Summe der Lösungen sein, die in diesen Krisen gefunden wurden.“ Es stammt von Jean Monnet, dem Wegbereiter der europäischen Einheit. Nutzen wir dieses Momentum, um gestärkt aus der Krise hervorzugehen! □

Foto: BKA Dragan Tatic



Karoline Edtstadler

Bundesministerin für EU und Verfassung im Bundeskanzleramt der Republik Österreich

„Österreich ist aus einem Dornröschenschlaf erwacht.“

und Strompreise, um nur einige der Herausforderungen zu nennen, die das europäische Lebensmodell bedrohen. Wir müssen uns darauf einstel-

Zeitenwende in der Energieversorgung

Foto: AdobeStock©PeterWalter

Kaum eine andere Branche hat mit den Themen Krisenmanagement und Transformationsbewältigung so viel zu tun wie die Windenergiebranche. Das hat zum Beispiel damit zu tun, dass der Markt seit 2017 relativ stark eingebrochen ist. Das mag überraschend klingen. Doch die Ausbauzahlen an Land und auf See sind in den letzten Jahren stark zurückgegangen. Für das so genannte Offshore-Geschäft haben wir in Deutschland zwar eine Reihe von Optionen. Aber auch diese sind weniger geworden.

Der Bundeskanzler hat im Februar 2022 im Deutschen Bundestag von der Zeitenwende gesprochen; das bezieht sich natürlich in erster Linie auf die Außen- und Sicherheitspolitik. Aber

auch in der Energiepolitik stecken wir inmitten einer Zeitenwende. Nichts wird in Zukunft noch so sein, wie es bisher war. Bereits 2023 ist die Energiewelt eine andere als 2022. Zwischen unabhängiger Energieversorgung von Russland einerseits und echter Unabhängigkeit andererseits besteht jedoch ein Unterschied. Wenn wir es ernst meinen mit der Energiewende, dann müssen wir natürlich weg von den fossilen Energieträgern und hin zu den Erneuerbaren.

Zeitenwende bedeutet auch Energiesouveränität. Eine Politik, die Energiesouveränität und Klimaschutz priorisiert, sollte deshalb eher früher als später saubere Energie ermöglichen – und diese vor allem bezahlbar halten oder machen.

Dr. Jochen Eickholt

CEO Siemens Gamesa
Renewable Energy



Foto: Siemens Gamesa Renewable Energy

„Zeitenwende bedeutet auch Energiesouveränität.“

Nach über einem Jahr Zeitenwende können wir also feststellen, dass sich einiges bewegt hat. Die Notwendigkeit zu Veränderungen ist erkannt worden. Wir brauchen jetzt mehr Mut zum Wandel, damit wir die Energiewende möglichst schnell implementieren können. □

Dezentrale Energieversorgung sichern

Neun von zehn Unternehmen erklären, dass der Standort nicht mehr wettbewerbsfähig sei. Selbst wenn wir als Autoindustrie nicht sehr energieintensiv

produzieren, so sind doch unsere Einsatzprodukte wie etwa Halbleiter sehr energieintensiv in der Produktion. Die Kostenfaktoren für uns sind dort derzeit fast toxisch.

Und auf der anderen Seite ist ein Elektroauto natürlich nur dann ein Beitrag zum Klimaschutz, wenn wir am Ende mit CO₂-neutralem Strom fahren können. Mir macht die Frage Sorge, ob unsere Energienetze auf eine dezentrale Energieerzeugung eingestellt sind.

Mit dem rasanten Hochlauf der E-Mobilität wird sich diese Frage auch in vielen Städten stellen. Dennoch sind die Ziele politisch klar: Bis 2030 sollen 15 Millionen Elektroautos auf den Straßen sein. Aber die werden die Menschen nur dann kaufen, wenn sie das Gefühl haben, sie können sie auch aufladen. Ab sofort müsste jetzt jedes zweite verkaufte Auto ein rein elektrisches Fahrzeug sein, wenn das 15-Millionen-Ziel erreicht werden soll. □

Hildegard Müller

Präsidentin
Verband der
Automobilindustrie e.V.



Foto: BKA Dragan Tatic

Historische Herausforderung

Foto: Jens Schicke

Ein Jahr nach der Zeitenwende ist klar: Unsere Versorgungssicherheit, unsere Autonomie und unsere Wettbewerbsfähigkeit hängen von der Energiewende ab. Die Transformation ist in vollem Gange. Unsere Herausforderung besteht darin, sie schnell genug voranzutreiben, um der Klimakatastrophe zuvorzukommen und dabei unseren Energiebedarf zu decken. Unsere Verantwortung besteht darin, die Energiewende so zu gestalten, dass sie nicht zu neuen machtpolitischen Verwerfungen führt, sondern neue Entwicklungschancen für alle bereithält.

Es liegt in unserem deutschen und europäischen Interesse, die wirtschaft-

lichen Chancen der Energiewende bestmöglich zu nutzen. Der Synthesebericht des Weltklimarats hat kürzlich sehr klar zum Ausdruck gebracht, dass die Entscheidungen, die wir heute treffen, Auswirkungen für tausende Jahre haben werden. Das hat mich sehr beeindruckt. Zugleich schließt sich das Zeitfenster für eine Trendwende rasend schnell. Auf diese Dekade kommt es an. Das ist eine historische Herausforderung, aber auch eine historische Chance. Dabei steht sehr viel auf dem Spiel. Wenn wir die Trendwende schaffen wollen, müssen wir die globalen CO₂-Emissionen bis 2030 um 50 Prozent reduzieren. Dafür brauchen wir die richtigen politischen Rahmen-

bedingungen und ausreichende Finanzierungen. Es ist richtig und wichtig, dass Europa voranschreitet. Aber wir werden das 1,5-Grad-Ziel ohne China nicht erreichen. Deshalb ist der Dialog mit Peking sehr wichtig. □

Jennifer Morgan

Staatssekretärin und Sonderbeauftragte für internationale Klimapolitik im Auswärtigen Amt



Foto: Thomas Trutschel

„Wir werden das 1,5-Grad-Ziel ohne China nicht erreichen.“

Strategie gefragt

Ohne einen Einstieg in eine echte Kreislaufwirtschaft werden wir unsere Klimaziele nicht erreichen. Gleich-

zeitig bietet die Kreislaufwirtschaft große Potenziale für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Das verdeutlicht auch eine gemeinsame Studie von BDI und Deloitte zu den Potenzialen und Herausforderungen einer zirkulären Wirtschaft. Durch zirkuläres Wirtschaften können demnach erhebliche Mengen an Primärrohstoffen und rund 5,5 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr eingespart werden. Die Studie verdeutlicht auch die wirtschaftlichen Effekte einer Kreislaufwirtschaft.

Bis zu 180.000 neue Arbeitsplätze netto bis 2030 und ein Anstieg der Bruttowertschöpfung um zwölf Milliarden Euro pro Jahr sind möglich. Mit anderen Worten: Die Kreislauf-

wirtschaft hat das Potenzial für eine echte Win-Win-Lösung, bei der Wirtschaft und Umweltschutz gleichermaßen profitieren.

Dieses Potenzial wollen und müssen wir heben. Die Bundesregierung wird dieses Jahr unter Federführung des Bundesumweltministeriums eine nationale Kreislaufwirtschaft-Strategie erarbeiten. Damit wollen wir einen entscheidenden Beitrag leisten, Umweltbelastungen zu reduzieren, den Schutz der biologischen Vielfalt zu stärken und Klimaneutralität zu erreichen. □

Foto: Jesco Denzel



Dr. Bettina Hoffmann MdB

Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz

„Die Bundesregierung wird 2023 eine nationale Kreislaufwirtschaft-Strategie erarbeiten.“

Klimaschutz ohne Bevormundung

Foto: AdobeStock©J.M. Image Factory

Gehen Klimaschutz und Versorgungssicherheit zusammen? Wenn man es richtig macht, sehe ich da keinen Widerspruch. Klimaschutz kann man nicht mit radikaler Bevormundung erreichen. Man schadet dem Anliegen nur. Die Letzte Generation, ein Verbot von Öl- und Gasheizungen in wenigen Monaten – eine solche Klimaschutzpolitik kostet viel Akzeptanz und wird den Klimaschutz am Ende eher bremsen als befördern. Hinzu kommt, dass man sich realistische Ziele setzen muss. Manche Kollegen im Bundestag glauben ja, wenn man ein Ziel in ein

Gesetz schreibt, sei das quasi schon erreicht.

15 Millionen Elektroautos bis 2030? Das ist unrealistisch. Zwei von drei zugelassenen Autos müssten dann ab sofort elektrisch sein. Wir sollten also endlich anfangen, Klimapolitik mit realistischen Zielen zu machen. Der einzig vernünftige Weg, die Ziele zu erreichen, besteht darin, zu zeigen, dass es ohne Verzicht geht. Es geht doch nicht um die Frage, ob man noch nach Sylt fliegen kann – sondern ob man klimaneutral nach Sylt fliegen kann. Dann sollen die Leute fliegen, wohin sie wollen. □

Jens Spahn MdB

Stellvertretender Vorsitzender
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Foto: Anne Hufnagl

„Es geht nicht um die Frage, ob man noch nach Sylt fliegen kann – sondern ob man klimaneutral nach Sylt fliegen kann.“

Charaktertest bestanden

Im vergangenen Jahr musste sich Deutschland einem Charaktertest stellen. Der Angriff Russlands auf die Ukraine bedroht unsere Energieversorgung und die Stabilität unseres Sicherheitssystems. Den

Charaktertest musste Deutschland als Gesellschaft, Wirtschaft und Politik bestehen. Wir mussten uns der Versuchung durch Putin widersetzen, uns mit der Gasversorgung erpressen zu lassen. Wir mussten darauf achten, dass das größte Land Europas nicht durch den Abbruch der Gasversorgung destabilisiert wird. Diesen Charaktertest haben wir bestanden. Das ist gut. Deutschland hat nicht gewackelt.

An dieser Stelle ist auch die gute Zusammenarbeit mit der größten Oppositionspartei im Bundestag hervorzuheben. Auch deshalb hat das alles gut funktioniert, dafür muss ich mich bedanken. So einen Charaktertest bestehen wir nur gemeinsam. Nicht im Streit. Aber die

Energiekrise hat uns wie keine zweite Krise vor Herausforderungen gestellt und uns die Probleme des Systems aufgezeigt. Die Merit-Order auf dem Energiemarkt sollte nicht abgeschafft werden, aber man sollte sie ergänzen.

Ein Teil der Antwort ist auch die CO₂-Bepreisung. Es kann nicht sein, dass wir in einem Land leben, in dem Dinge so lange dauern. Um das zu ändern, sind viele kleine Dinge nötig. Planungsbeschleunigung, Bürokratieabbau – all diese Dinge gehen nicht mit einem großen Wurf. Das würde nicht funktionieren. Das wird auch im Strommarkt-Design nicht so sein.

Das Wesentliche ist, die vielen kleinen Schritte, die wir jetzt gehen müssen, konsequent anzugehen. □



Dr. Lukas Köhler MdB

Stellvertretender
Vorsitzender
FDP-Bundestagsfraktion

Foto: FDP

„Es kann nicht sein, dass wir in einem Land leben, in dem Dinge so lange dauern.“



Foto: AdobeStock© Mr. Twister

Laut aktuellem Referentenentwurf zur Änderung des Gebäudeenergiegesetzes sollen Anfang 2024 alle neuen Heizungen mit mindestens 65 Prozent

erneuerbaren Energien betrieben werden. Technologieoffenheit wird nicht gefordert, auch bei weiteren Punkten vermisste ich klare Festlegungen. Wenn man mit Menschen und Unternehmen spricht, die jetzt in die Planung gehen, wird deutlich, dass Klarheit fehlt. Wie schafft also der Wärmemarkt die Wende? Das wissen wir nicht – vielleicht schafft die Wende ja auch den Wärmemarkt.

Unsere Position als CDU/CSU-Fraktion: Wir stehen ganz klar zu den Klimazielen. Die sind ehrgeizig, aber die müssen wir einhalten. Da müssen wir uns alle anstrengen. Die Potenziale im Gebäudesektor sind groß. Das Gebäudeenergiegesetz kann und muss ein wichtiger Baustein sein, um

die Potenziale zu heben. Ich glaube nur, wie das jetzt auf den Weg gebracht wurde, wird das am Ende nicht gelingen, weil die Vorgaben völlig unrealistisch sind. Auf Wärmepumpen wartet man gegenwärtig mindestens zehn Monate, Fachleute zum Einbau fehlen.

Auch das Stromnetz ist nicht darauf ausgelegt, dass plötzlich alle Haushalte mit elektrischer Energie heizen. Da muss noch erheblich in den Ausbau der Netze und in die Leitungsstabilität investiert werden, damit das funktionieren kann. Hinzu kommt: Auch Strom ist noch lange keine rein grüne Energie. □

Foto: Yves Sucksdorff



Dr. Jan-Marco Luczak MdB

Mitglied im Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen des Deutschen Bundestages

„Das Stromnetz ist nicht darauf ausgelegt, dass plötzlich alle Haushalte elektrisch heizen.“

Auf Innovationen setzen

Wir stehen auch bei der Wärmewende vor einem Zielkonflikt zwischen Ökologie und Ökonomie. Der Klimaschutz ist eine der größten Aufgaben unserer Zeit. Wir wollen bis 2045 Klimaneutralität in Deutschland erreichen. Das ist eine Riesenaufgabe. Dafür müssen wir in Innovationen investieren. Das wird eine Menge Geld kosten. Aber diese Anstrengungen werden sich künftig auch bezahlt machen. Die starke Abhängigkeit von russischem Gas hat uns nochmal vor Augen geführt, dass nur eine Energiequelle nicht ausreicht. Wir müssen die Energiequellen diversifi-

zieren. Energie wird von vielen Ländern auch als geopolitisches Machtinstrument genutzt. Davon müssen wir uns lösen und auf zuverlässige, langfristige und nachhaltige Partnerschaften setzen.

Der Wärmemarkt ist sehr wichtig, denn hier werden 30 Prozent der Energie verbraucht. Die Herausforderungen sind immens. Die Wirtschaft muss einen Technologiewechsel bewältigen, das geschieht nicht von heute auf morgen. Bei der Klimawende spielen die Unternehmen und das Fachhandwerk eine entscheidende Rolle. Deshalb müssen wir die Wirtschaft bei allen Schritten noch besser

Sandra Weeser MdB

Vorsitzende des Ausschusses für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen des Deutschen Bundestages



Foto: Hoffotografen

„Der Klimaschutz ist eine der größten Aufgaben unserer Zeit.“

mitnehmen. Der FPD ist klar, dass wir die Gesetze nicht zum Selbstzweck machen. Wir müssen sie so ausgestalten, dass sie praxistauglich für die Wirtschaft sind. □

Die Politik muss schneller gute Rahmenbedingungen organisieren.

Wasserstoff kann zum Gamechanger werden. Mit erneuerbaren Energien und Wasserstoff als Speicher und Prozessenergie können wir unsere Industriestandorte in eine sichere Zukunft führen. Wasserstoff kann auch dazu beitragen, in der Zukunft bezahlbare Energie zur Verfügung zu stellen. Ja, wir brauchen erneuerbare Energien, die diesen Wasserstoff erzeugen können. Und wir brauchen Infrastruktur. Strategiepläne

Deutschland muss Industrieland bleiben

gibt es genügend, wir müssen jetzt nur in die Umsetzung kommen.

Diese Koalition hat sich eine Menge vorgenommen, im Koalitionsvertrag stehen jede Menge vernünftige Dinge drin. Aber wir haben seit dem Krieg ja nun eine besondere Situation. Wir können in Berlin im Übrigen so viel beschließen, wie wir wollen, das muss vor Ort auch umgesetzt werden. Da haben auch die Länder und die Kommunen eine Verantwortung, sich gegenseitig zu unterstützen. Viele Verfahren dauern zu lange. Die Unternehmen brauchen Sicherheit für ihre

Investitionsentscheidungen – und es ist Aufgabe der Politik, dass wir diese Sicherheit durch Wandel organisieren.

Ich bin zuversichtlich, dass sich die Unternehmen auf den Weg machen. Aufgabe der Politik wird es sein, künftig schneller zu werden und den Unternehmen mit guten Rahmenbedingungen zu helfen. Wir haben ein großes Interesse daran, dass Deutschland Industrieland bleibt und wir den Beginn der Wertschöpfungskette im Land halten. Wir haben die Chance, der modernste Industriestaat der Welt zu werden. □

Foto: SPD-Bundestagsfraktion



Bernd Westphal MdB

Wirtschafts- und energiepolitischer Sprecher, SPD-Bundestagsfraktion

„Strategiepläne gibt es genügend, wir müssen jetzt nur in die Umsetzung kommen.“

Stahl ist unverzichtbar

Unser Unternehmen ist für 15 Prozent der CO₂-Emissionen Österreichs verantwortlich. Ab 2027 werden wir 30 Prozent weniger emittieren. Stahl ist, anders als bisweilen dargestellt, unverzichtbar: Hochindustrialisierte Volkswirtschaften werden doch nicht auf ihren zweitwichtigsten Bau- und Werkstoff verzichten und ihn dann aus Schwellenländern beziehen. Wir haben ausreichend Fähigkeiten, Möglichkeiten und Kapital, um das selbst zu regeln.

Jetzt geht's darum, dass wir das smart hinkommen. Aufgabe der Stahlindustrie ist es, rasch zu definie-

ren, wie wir das machen können, etwa in den Produktionsprozessen. Wie wir mit einem Minimalaufwand an Energie und erneuerbaren Energien Stahl produzieren können. Getrieben werden wir dabei erstens von unseren Kunden, zum Beispiel von den Automobilherstellern. Zweitens ist das natürlich ein finanzielles Thema, weil die CO₂-Emissionen im europäischen Emissionshandel immer teurer werden. Wenn sie zehn Millionen Tonnen produzieren, müssen sie ab 2034 rund zwei Milliarden Euro allein für Zertifikate in die Hand nehmen. Für die 100 Millionen Tonnen, die in Europa noch auf integrierter Basis

Dr. Franz Kainersdorfer

Mitglied des Vorstandes voestalpine AG



Foto: Voestalpine

„Wenn sie zehn Millionen Tonnen Stahl produzieren, müssen sie ab 2034 rund zwei Milliarden Euro für Zertifikate in die Hand nehmen.“

hergestellt werden, sind das 20 Milliarden Euro. Das wird zwangsläufig zu Anpassungen führen. □

Bei der Herstellung von Zement entstehen zwangsläufig CO₂-Emissionen, unvermeidbar sind Prozess-emissionen – jene Emissionen, die bei der Erhitzung und Entsäuerung von Kalkstein entstehen. Dabei handelt es sich um eine chemische Reaktion bei der Brennung von Kalkstein zu Zementklinker. Solange Zement hergestellt wird, wird CO₂ anfallen.

Als entscheidender Ausgangsstoff von Beton ist Zement aus der Bauwirt-

und Ausbau der erneuerbaren Energien. Dafür wird auch in Zukunft, unabhängig von allen anderen qualifizierten Baustoffen, weiterhin Beton benötigt und verwendet. Beispielsweise beim Bau von Brücken, Wasserspeichern, U-Bahnen oder Windrädern lassen sich andere Materialien wie Holz oder Lehm nicht nachhaltig einsetzen.

Es muss aber nicht nur gebaut werden. Spätestens 2045 muss klimaneutral gebaut werden. In diesem Zusam-

hang. Die Abscheidung und Speicherung von CO₂ (CCS) betrachten wir dabei als letztes geeignetes Mittel für unsere unvermeidbaren Emissionen, sofern sich diese nicht vorher einer anderen nachhaltigen Weiterverarbeitung zuführen lassen (CCU).

Cemex hat 2021 die „Carbon Neutral Alliance“ ins Leben gerufen, den Masterplan zur Dekarbonisierung unseres Zementwerkes in Rüdersdorf bis 2030. Darunter bündeln sich alle Maßnahmen, die zur Dekarbonisierung

Keine Dekarbonisierung ohne CCS

Die Vermeidung von CO₂-Emissionen sollte immer das Mittel der Wahl sein. Für Zementhersteller ist die unterirdische Speicherung von unvermeidbaren Emissionen aber unabdingbar.

schaft nicht wegzudenken. Obwohl es sich derzeit nicht in den Aufträgen der Bauwirtschaft widerspiegelt, ist der Bedarf an Bauleistungen in Deutschland riesig: Schaffung von Wohnraum, Erneuerung der Transportinfrastruktur, Anpassung an den Klimawandel

menhang fällt zunehmend der Begriff der „grauen Emissionen“. Das sind CO₂-Emissionen, die durch den Bau, die Reparatur und den Rückbau von Bauwerken anfallen – einschließlich der Emissionen, die durch die Herstellung von Baustoffen entstehen. Diese Emissionen müssen eliminiert werden, um von einem klimaneutralen Bausektor sprechen zu können.

Die Herausforderung besteht darin, den Baubedarf schnellstmöglich auf klimafreundliche Art und Weise zu erfüllen. Dafür kommen nur Lösungen infrage, die im industriellen Maßstab existieren und sich innerhalb der nächsten Jahre klimafreundlich gestalten lassen. Daher sind wir als Zement- und Betonhersteller von der notwendigen Anwendung unserer Produkte ebenso überzeugt wie von der Möglichkeit, diese CO₂-neutral herstellen zu können, und wir arbeiten entsprechend an deren Dekarbonisie-

der Zementherstellung beitragen. Diese werden zusammen mit strategischen Partnern entwickelt, im industriellen Maßstab umgesetzt und sollen Erkenntnisse generieren, die dazu dienen, auch die Dekarbonisierung der globalen Unternehmensgruppe voranzutreiben. Damit hat der mexikanische Mutterkonzern ein klares Bekenntnis zu Deutschland als führendem Industriestandort abgegeben.

Die Dekarbonisierungsstrategie für das Zementwerk beruht auf zwei Säulen: Auf der einen Seite soll mit Vermeidungstechnologien der CO₂-Ausstoß so weit wie technisch möglich verringert werden. Darunter fallen die Erhöhung des Einsatzes alternativer Brennstoffe, der vermehrte

Rüdiger Kuhn

Vorstandsvorsitzender
CEMEX Deutschland AG



Foto: CEMEX

„Investitionsentscheidungen in dieser Größenordnung können nur getroffen werden, sofern nachhaltige Investitionssicherheit besteht.“



Einsatz CO₂-armer Rohmaterialien, die Reduzierung des Klinkergehaltes im Zement und die Senkung des Energieverbrauches.

Daneben sollen sowohl CCS als auch CCU zum Einsatz kommen. In dem Verbundprojekt „Concrete Chemicals“ soll biogenes CO₂, das aus der Verbrennung alternativer Brennstoffe entsteht, abgeschieden und zu Flugtreibstoff verarbeitet werden. Übrig bleiben unvermeidbare Emissionen. Letztere sollen separat ab-

als Produkt von seiner CO₂-Last zu befreien.

Wir sind der Auffassung, dass auch über unseren Sektor hinaus CCS jederzeit als ultima ratio für unvermeidbare Emissionen der Industrie als Möglichkeit in Betracht gezogen werden sollte. In keinem Fall darf dieser Weg aber dazu dienen, beispielsweise den Ausstieg aus fossilen Energien zu verlangsamen. Die Vermeidung von CO₂-Emissionen sollte immer das Mittel der Wahl sein.

die Entwicklung geeigneter CO₂-Infrastruktur. Allein die Erkundung möglicher Speicherstätten nimmt bis zu fünf Jahre in Anspruch.

Investitionsentscheidungen in der vorliegenden Größenordnung können nur getroffen werden, sofern nachhaltige Investitionssicherheit besteht. Verfolgt man die Debatte rund um die Themen CO₂-Transport, CO₂-Infrastruktur und CCS in Deutschland, sind wir davon heute noch zu weit entfernt. Tatsächlich müssen bereits



Foto: AdobeStock©Dnpixel

geschieden, per Bahn transportiert und unterirdisch gespeichert werden. CCS ist höchst aufwendig und teuer. Für uns als Zementhersteller ist die unterirdische Speicherung von diesen prozessbedingten Emissionen aber unabdingbar, da andere Wege der Verarbeitung dieser Emissionen von der heutigen Gesetzeslage nicht als CO₂-mindernd anerkannt werden. Die langfristige Speicherung bietet daher die einzige Möglichkeit, Zement

Es ist essenziell, zu verstehen, dass wir als Zementhersteller beide Wege gleichzeitig vorantreiben müssen. Das gilt insbesondere für die Cemex in Deutschland, sofern wir unser Ziel der Klimaneutralität bis 2030 erreichen wollen. Die Dekarbonisierung von Zement ist kein Prozess von wenigen Monaten, sondern dahinter verbergen sich teils langwierige Verfahren wie Genehmigungsverfahren oder der Bau der neuen Anlagen selbst. Gleiches gilt für

in den nächsten ein bis zwei Jahren Richtungsentscheidungen getroffen werden, nicht nur in Hinblick auf erhebliche Investitionen, sondern auch in Hinblick auf die auszuwählenden Technologien, um den Pfad zur Klimaneutralität zu ebnen. Es ist wichtig, dass die Bundesregierung mittlerweile an einer Carbon Management Strategie arbeitet und diese Strategie dann gemeinsam mit den Betroffenen zügig umsetzt. □

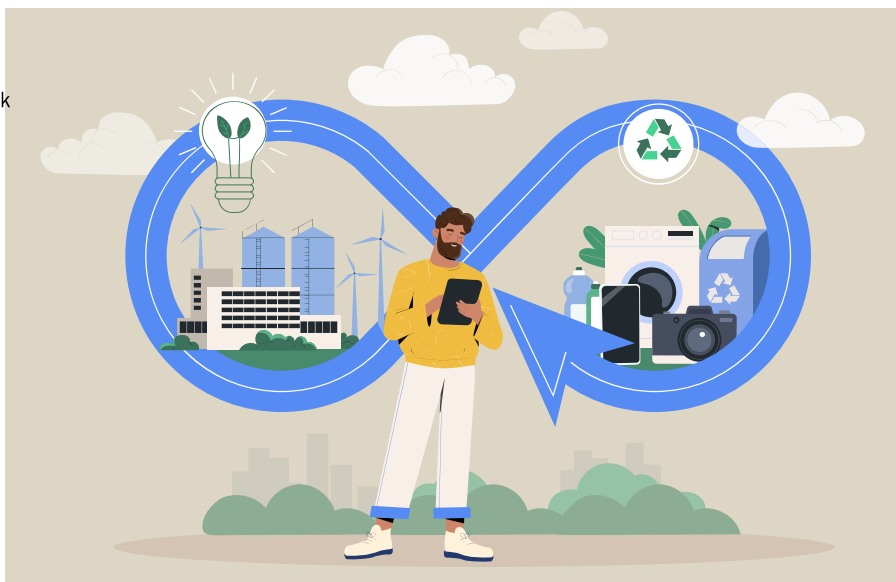


Illustration: AdobeStock©Rudzhn

Kreislaufwirtschaft: Booster für eine sichere Rohstoffversorgung

Deutschland muss seine Abhängigkeit von kritischen Rohstoffen reduzieren.

Das letzte Jahr hat deutlich gemacht, was eine einseitige Abhängigkeit mit einer Volkswirtschaft machen kann, die nicht auf ein vernünftiges Risikomanagement geachtet hat. Mit viel Mühe haben wir es inzwischen gemeinsam geschafft, die fossile Abhängigkeit von russischem Gas auf null herunterzufahren. Was uns jedoch weiter beschäftigt sind mittel- und langfristige Lösungen für saubere und bezahlbare Energie. Denn wir alle wissen, dass die Zeit des billigen russischen Pipeline-gases nicht wiederkommt.

Umgekehrt gilt aber auch, dass wir zu den momentanen Strom- und Energiepreisen nicht global wettbewerbsfähig sind. Und genau deshalb passiert momentan so viel im Bereich der Energiewende. Es ist gleichzeitig höchste Zeit, den Elefanten im Raum nicht länger zu ignorieren: unsere Abhängigkeit von kritischen Rohstoffen. Der Blick Richtung Energiewende macht deutlich, dass sich beispielsweise Windräder ohne kritische Rohstoffe nicht drehen können. Wie ich aus Gesprächen mit der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) weiß, hat sich China auf genau diese Situation seit langem strategisch vorbereitet und global investiert. Als es vor einigen Jahren zum Inselstreit im Ostchinesischen Meer zwischen China und Japan kam, hat China als Reaktion darauf die Einfuhr von Seltenen Erden nach Japan gestoppt. Japan machte damals bereits im Kern die Erfahrung, die wir heute mit Russland machen: Rohstoffe werden als strategische Waffe eingesetzt. Das zeigt, dass wir uns besser um unsere Rohstoffsouveränität kümmern

müssen. Die Kreislaufwirtschaft ist hier eine wichtige Säule.

Wir müssen die Kreislaufwirtschaft vor allem als industriepolitisches Projekt begreifen. Es wäre doch großartig, wenn viele Unternehmen in Deutschland und Europa damit in Zukunft richtig Geld verdienen. Und ich finde es spannend, dass die USA mit dem Inflation Reduction Act (IRA) gerade in diese Richtung gehen und die Kreislaufwirtschaft ganz klar als Industriepolitik begreifen. Hierzulande lauten die großen Fragen: Welche Stellschrauben brauchen deutsche Unternehmen dafür und welche Rahmenbedingungen brauchen sie von wirtschaftspolitischer Seite? Bisher wird Kreislaufwirtschaft häufig als reines Abfallthema behandelt. Doch das ist zu kurz gedacht: Kreislaufwirtschaft ist viel facettenreicher. In Deutschland existiert das technische Know-how, um in den kompletten Prozess der Wertschöpfungskette einsteigen zu können. So tun wir etwas für unsere strategische Rohstoffversorgung – aber auch für unsere Industrie und unsere Wettbewerbsfähigkeit. □



Dr. Sandra Detzer MdB

Wirtschaftspolitische
Sprecherin
Bündnis 90/Die Grünen

„Zu den zu momentanen Strom- und Energiepreisen sind wir nicht global wettbewerbsfähig.“

„Sowohl bei Deutschen als auch bei Migranten, die länger in Deutschland leben, sinkt die Kinderarmut beständig.“

Wolfgang Steiger

Generalsekretär des
Wirtschaftsrates der CDU e.V.



Foto: Jens Schicke

Ideologische Träumerei und Nanny-Vorschriften

Die Grünen wollen Deutschland nach ihren eigenen Vorstellungen komplett umbauen. Doch viele ihrer Vorhaben sind unrealistisch und schädlich – für die Wirtschaft und die Bürger. Die Partei hat sich komplett in ihren ideologischen Echokammern verfangen und verliert zusehends den Bezug zur Realität.

Bestes Beispiel dafür ist die von Robert Habeck eingebrachte Novelle des Gebäudeenergiegesetzes, die den Einbau von Öl- und Gasheizungen ab 2024 verbieten und den Austausch von alten Heizungen mit Wärmepumpen erzwingen soll. Das klingt nach einem Beitrag zum Klimaschutz, ist aber in Wahrheit eine Kostenfalle für Millionen von Eigenheimbesitzern, die sich eine neue Heizung nicht leisten können.

Viele Häuser müssten für die vom Wirtschaftsminister als Allheilmittel angepriesene Wärmepumpe erst aufwendig saniert oder sogar abgerissen und neu gebaut werden. Das kostet viel Geld. Wer das nicht hat, muss mit hohen Strafzahlungen rechnen, wenn er seine Immobilie nicht verkauft. Das bedeutet einen massiven Wertverlust der Immobilien und eine Gefahr für die Altersvorsorge vieler Menschen. Die Bundesregierung treibt die Bürger so die Altersarmut.

Ein weiteres Beispiel für den grünen Realitätsverlust ist die geplante Kindergrundsicherung, die das bisherige Kindergeld ersetzen soll. Die Grünen wollen damit Kinderarmut bekämpfen und Familien entlasten. Doch mehr als unnütze Umverteilung ist nicht zu erwarten. Anders als von linken Kräften im Land behauptet, ist die Kinderarmut mitnichten ein wachsendes Problem. Sowohl bei Deutschen als auch bei Migranten, die länger hier leben, sinkt die Kinderarmut beständig – was bedeutet, dass die aktuellen Programme greifen. Die Anzahl armer

Kinder in Deutschland nimmt absolut zwar zu, aber nur deshalb, weil durch stetige Einwanderung in das Sozialsystem die Erfolge der Integration statistisch verschwinden. Das Kindergeld soll also ein Problem kaschieren, das nur ein statistischer Effekt der falschen Romantisierung von Migration und entsprechend weltfremder Politik ist.

Das geplante Werbeverbot für zucker- und fett-haltige Lebensmittel zeigt ebenfalls eindrucksvoll, dass die Grünen den Bezug zur Lebensrealität der Bundesbürger verloren haben. Damit wollen sie Übergewicht und Fehlernährung bei Kindern verhindern. Doch hier sitzt Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir einem Irrtum auf, denn Werbeverbote sind keine wirksamen Instrumente zur Gesundheitsförderung. Sie schränken die Wahlfreiheit der Verbraucher ein und schaden der Wettbewerbsfähigkeit unserer Lebensmittelindustrie. Zumal es bisher keinen nachgewiesenen Zusammenhang von Werbung und dadurch Mehrverkäufe an gefährdete Kinder gibt. Viel wichtiger wäre es, den Schulsport auszubauen sowie ein Schulfach Ernährung und Kochen in allen Schulen anzubieten, in dem Kindern und Jugendlichen praktisch der Weg zu einer gesunden Ernährung gezeigt wird.

Die Grünen zeigen sich benommen von der eigenen Machtfülle und blind für die Lebensrealitäten von Menschen, die nicht zu ihrer wohlhabenden, moralisch vermeintlich überlegenen Kernklientel gehören. Wenn sich die Partei nicht grundlegend erdet und einen Zugang zu den alltäglichen Sorgen und Nöten des Mittelstands, der Menschen im ländlichen Raum und in strukturschwachen Regionen findet, droht die Bundesregierung unter der Mitwirkung der grünen Minister jegliches Vertrauen zu verlieren. □

STANDPUNKT STEIGER

■■■ NEUES AUS DEN KOMMISSIONEN ■■■

HIGHLIGHT-TALK

Jens Spahn MdB zu Steuerkonzept

Vor gut zwei Wochen sind Überlegungen der Fachkommission „Wohlstand“ der CDU-Programmkommission bekannt geworden, die auf zwei der 18 Seiten des Papiers mit steuerpolitischen Vorschlägen die Gemüter erregt haben. Dabei beinhaltet das Papier eine Menge richtiger Aussagen und Forderungen. Auch in den steuerpolitischen Vorschlägen stecken eine Reihe guter Punkte, mit denen die Zielrichtung des Entwurfs richtig ist, dass sich das Steuersystem Deutschlands wieder stärker an den Leistungsprinzipien orientiert. Grund genug mit dem Vorsitzenden der Fachkommission, Jens Spahn MdB, einen Highlight-Talk vor allem auch zur Einkommen- und Erbschaftsteuer zu vereinbaren, um aus erster Hand zu erfahren, was die größte Opposition im Deutschen Bundestag plant. Die Präsidentin des Wirtschaftsra-

tes, Astrid Hamker, führte durch den Talk und machte deutlich, dass in der Steuerpolitik immer die Zusammenhänge der verschiedenen Steuern zueinander im Blick behalten werden müssten. Auch dürften bei der vorgeschlagenen Erhöhung des Spitzensteuersatzes in der Einkommensteuer die inhabergeführten Unternehmen nicht vergessen werden. Der stellvertretende

Vorsitzende der Bundesfachkommission Steuern des Wirtschaftsrates, Dr. Achim Dannecker, gab zur Erbschaftsteuer eine verfassungsrechtliche Einordnung. Er machte deutlich, dass überhaupt kein rechtlicher Bedarf bestehe, die Erbschaftsteuer nach der letzten Reform anzufassen.

Jens Spahn MdB betonte, dass eine rechtsformneutrale Steuergerechtigkeit einerseits und das Abflachen des sogenannten Mittelstandsbauchs andererseits die Leitgedanken der Fachkommission seien. Er betonte, dass nach seiner Auffassung Familienunternehmen auch in Zukunft ohne Substanzverzehr vererben können müssen. Die Vertreter des Wirtschaftsrates hielten das Ziel für richtig, mittlere Einkommen, die Leistungsträger unserer Wirtschaft, steuerlich dringend zu entlasten, um den Wohlstand und Aufstieg jedes Einzelnen aus eigener Kraft zu erleichtern. Gleichzeitig fanden sie es unterstützenswert, dass die Fachkommission die Gewerbesteuer neu denken möchte. Zugleich treiben die Unternehmer nicht nur Fragen rund um die Erbschaftssteuer um, sondern vor allem um die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Steuersystems – und damit der deutschen Wirtschaft. Und bisher ist die Einkommensteuer für personengeführte Unternehmen auch gleichzeitig die Unternehmenssteuer in Deutschland. □



Foto: Jens Schicke

STAATSFINANZEN

Verstärkt gegen neue Schulden

Solide Staatsfinanzen und die Einhaltung der Schuldenbremse sind dem Wirtschaftsrat ein Kernanliegen. Aus diesem Grund hat die Bundesarbeitsgruppe Staatsfinanzen sich jetzt Verstärkung geholt und zusätzlich zur Vorsitzenden Patricia Lips MdB, stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestags-

fraktion, Dr. Carsten Lehr, in Zeiten der Euro-Krise Geschäftsführer der Finanzagentur des Bundes und heute Vorstandsvorsitzender des Zahlungsverkehrsdienstleisters EFIS AG, zur Verstärkung ins Boot geholt. Denn niemals zuvor wurden höhere Bundeshaushalte verabschiedet und niemals so hohe Schulden ausgenommen.

Zum Auftakt der Sitzung der Bundesarbeitsgruppe haben zwei fachliche Vorträge einen politischen Rahmen gesteckt. Prof. Dr. Helge Braun MdB, seit 2021 Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages, gab einen Überblick über die Lage der öffentlichen Finanzen in Bund und Ländern und machte deutlich, dass mangels ausreichendem Wirtschaftswachstums einerseits und steigenden Zinslasten andererseits die Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte gefährdet sei. In Bundesländern und Kommunen kämen als zusätzliche Herausforderungen die Personalkosten und Pensionsrückstellungen hinzu. Die Rückkehr zur fiskalischen Normalität und zur Schuldenbremse seien dringend geboten; künftige Tilgungsleistungen aus schuldenfinanzierten Fördermaßnahmen engten die haushalterischen, und damit politischen Gestaltungsspielräume zum Ende dieser Dekade stark ein.

Ein ähnliches Bild zeichnete auch der Vizepräsident und Generalsekretär der Asiatischen Entwicklungsbank AIIB, Ludger Schuknecht, für die internationale Dimension dar. Als langjähriger Chefvolkswirt des Bundesfinanzministeriums unter Dr. Wolfgang Schäuble war er verantwortlich für die Haushaltskonsolidierung des Bundeshaushaltes in den letzten Jahren. Ludger Schuknecht zeigte drei wesentliche Wirkkanäle für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen in den Industriestaaten auf: Belastungen aus steigenden Zinsen, schrumpfender Bevölkerung und zunehmender Unsicherheiten aus Staatskrisen. Ludger Schuknecht befürchtet, dass in der EU darauf weder mit der Geld- noch über die Fiskalpolitik adäquat reagiert werde. Daher müsse als Negativszenario ein zunehmender Vertrauensverlust in die Schuldentragfähigkeit der Eurozone und in den Euro einkalkuliert werden. □



Foto: Jens Schicke

ENERGIEEFFIZIENZ

Heizungsverbot ist ein weiterer Baustein im Neubauverhinderungsmosaik

Der Wirtschaftsrat kritisiert das von Bundesminister Robert Habeck angestrebte Einbauverbot neuer Öl- und Gasheizungen. Das Millionen von Eigenheimbesitzern, vor allem aber auch Wohnungswirtschaft wie Kommunen überfordernde Verbot ist letztlich für Mieter ein extrem teures Prestigeprojekt der Bundesregierung. Zwar hat sich die Koalition mit einem Formelkompromiss auf „ausreichende Übergangszeiträume“ und „Härtefallregelungen“ verständigt, doch ändert dies am grundsätzlichen Fakt der finanziellen Überlastung der Betroffenen nichts.

Gerade für die Wohnungsgesellschaften stellt das Heizungsverbot einen weiteren Baustein im Neubauverhinderungsmosaik dar. Die Unternehmen – egal ob kommunal, genossenschaftlich oder börsennotiert – werden sich in den kommenden 20 Jahren nur noch darum kümmern können, die Gebäudehülle und die

Heizung ihrer Bestände zu erneuern. Mittel für den Neubau werden gänzlich nicht mehr zur Verfügung stehen. Dies wird kommunale

Gesellschaften in den Klein- und Mittelstädten aufgrund der in der Regel niedrigeren Nettomieten stärker treffen als börsennotierte Unternehmen mit Beständen in Metropolen. Auch die Investitionskosten für den Einbau einer Wärmepumpe im Bestand sollen nur dann im Rahmen der Modernisierungsumlage umlagefähig sein, wenn die

Wärmepumpe einen Wirkungsgrad von mindestens 2,5 erreicht, was für Altbauten massive energetische Investitionen bedeutet. Anderenfalls können nur 50 Prozent der Investitionskosten umgelegt werden. Das wird die Gesamtinvestitionskraft der Wohnungswirtschaft weiter mindern. Die Neubaupläne der Bundesregierung sind damit Makulatur. □

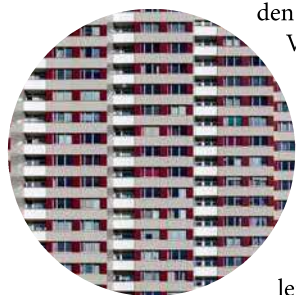


Foto: AdobeStock@pixelklex

ARBEITSMARKT – UND ALTERSSICHERUNG

Überbietungsspirale beim gesetzlichen Mindestlohn stoppen

Der Mindestlohn darf nicht erneut willkürlich von der Politik festgesetzt werden. Bereits die von der Ampelkoalition zum Oktober durchgesetzte politische Festsetzung des gesetzlichen Mindestlohns auf zwölf Euro pro Stunde war ein starker Eingriff in die Tarifautonomie und die Beschäftigungschancen Geringqualifizierter. Eine weitere Verschärfung darf es nicht geben. Der Wirtschaftsrat hat bereits vor Einführung des gesetzlichen Mindestlohns 2015 gewarnt: Die staatliche Lohnuntergrenze wird zum Spielball eines politischen Überbietungswettbewerbs. Der Bundesarbeitsminister stellt sich nun an die Spitze dieses Überbietungswettbewerbs und fordert die Mindestlohnkommission auf, im Juni eine deutliche Anhebung zu beschließen. Damit drückt er sein Misstrauen gegenüber Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden aus, in der Mindestlohnkommission die staatliche Lohnuntergrenze angemessen festzulegen und hebt die Tarifautonomie aus. Dabei hat sich diese als Grundpfeiler der Sozialen Marktwirtschaft bewährt, und der

UMWELT- UND KLIMAPOLITIK

CO₂-Grenzausgleich – Fluch und Segen für Unternehmen?

Mit einem Anteil von 3,3 Prozent am globalen Bruttoinlandsprodukt verursacht Deutschland trotz des hohen Lebensstandards seiner Einwohner nur rund 1,82 Prozent der globalen Emissionen. China, Indien und die USA stehen bei diesem Quotienten weit schlechter da, ein Faktor, der bei der Ausgestaltung der Klima- und Energiepolitik zentral zu beachten ist. Es wäre wenig gewonnen, wenn Deutschland und Europa unter Verlust heimischer Produktionszweige CO₂-neutral würden, während in anderen Weltregionen der Ausstoß bei der Herstellung der weggefallenen Produkte ungleich stärker ansteigt.

Vertreter der Europäischen Union haben Ende letzten Jahres beschlossen, in den Bereichen des EU-Emissionshandelssystems eine Begrenzung der Emissionen von 61 Prozent bis 2030 im Vergleich zu 2005 zu erreichen. Heimische Unternehmen sollen geschützt, Einfuhren nach den CO₂-Emissionen bei ihrer Herstellung dem Emissionshandel deckungsgleich unterworfen werden. Dazu soll die Vergabe kostenloser Zertifikate an energieintensive Branchen zurückgefahren werden. Als ein Instrument soll mit dem CO₂-Grenzausgleich oder Carbon Border Adjustment Mechanism, ein Schutz für heimische Produktionen geschaffen werden. Importe sollen entsprechend der Emissionen ihrer Herstellung dem Emissionshandel deckungsgleich unterworfen werden. Ab dem 1. Oktober 2023 werden dazu die ersten Berichtspflichten für den Import von Zement, Eisen und Stahl, Aluminium, Düngemittel sowie für Strom und Wasserstoff gelten. Ab 2026 oder 2027 sollen die ersten CO₂-Kosten beim Import dieser Güter anfallen und bis 2030 der Import aller Produkte, die in Europa in den ETS fallen, bepreist werden. Ein Ausgleich für exportierende europäische Unternehmen ist bisher nur sehr rudimentär angedacht, obwohl diese höhere Abgaben durch den ETS tragen müssen und damit im globalen Wettbewerb oft benachteiligt sind. □



Foto: Jens Schicke

gesetzliche Mindestlohn wurde bis 2021 aus gutem Grund von einer Kommission mit maßgeblicher Beteiligung der Tarifpartner ohne Einmischung der Politik festgelegt. Diese hatte stets auch die jeweilige wirtschaftliche Situation der einzelnen Branchen im Blick.

Bereits die von der Ampelkoalition durchgesetzte Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf zwölf Euro pro Stunde ist für viele kleine und mittelgroße Unternehmen, die von Corona-Krise und Energiepreisexplosion schwer getroffen wurden, ein fataler politisch verordneter Lohnkostenschok. Entweder müssen sie nun Personal entlassen, um wettbewerbsfähig zu bleiben oder sie geben die Preiserhöhungen an die Kunden weitergeben, was die ohnehin schon viel zu hohe Inflation weiter anheizt. □



Foto: AdobeStock@Robert Kneschke

Impressionen

21. Energieklausur: Energ im Spannungsfeld multipl

Spätestens seit dem Ukraine-Krieg steht die Energiepolitik ganz oben auf der politischen Agenda. Der Wirtschaftsrat hat 2022 öffentlich und in Hintergrundgesprächen unermüdlich auf die Bedeutung der Versorgungssicherheit und wettbewerbsfähiger Energiepreise hingewiesen. Die energiewirtschaftliche Transformation, in der sich unser Land befindet, muss endlich mit viel mehr Tempo vorangetrieben werden. Insbesondere die langen Genehmigungsverfahren beim Ausbau Erneuerbarer sowie beim Netzausbau müssen erheblich beschleunigt werden.

Unter dem Motto „Energie- und Umweltpolitik im Spannungsfeld multipler Krisen“ kamen Unternehmer aus ganz Deutschland zusammen, um mit Regierungsvertretern, Bundestagsabgeordneten, Ministerpräsidenten zu diskutieren. Die Präsidentin des Wirtschaftsrates, Astrid Hamker, eröffnete die Tagung: „Wir hatten uns in Deutschland daran gewöhnt, dass Versorgungssicherheit gegeben ist, dass Strom zwar teuer ist, aber aufgrund der hohen Produktivität und des hohen Lohnniveaus trotzdem bezahlbar. Und wir dachten, dass wir beim Klimaschutz nicht unbedingt auf Kosteneffizienz achten müssen, weil wir finanziell aus dem Vollen schöpfen können. Aus diesem schönen Traum sind wir unsanft geweckt worden.“

„Als Bundesumweltministerin gefällt mir Ihre Tagesordnung. Politik und Wirtschaft können nur gemeinsam die Nachhaltigkeitsziele erreichen.“ (s. S. 34)

Steffi Lemke **MdB**

Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz

„Die Inflation betrifft auch den Ausbau der erneuerbaren Energien. Bei uns ist der Preis für Windräder aufgrund der gestiegenen Kosten um 30 Prozent gestiegen.“ (s. S. 37)

Dr. Jochen Eickholt

CEO von Siemens Gamesa Renewable Energy

„Was machen wir mit der Stromlücke, die wir durch Atomkraft und jetzt möglicherweise noch eher als 2038 die Kohle wenn wir alle Ziele erreichen wollen?“ (s. S. 35)

Dr. Reiner Haseloff **MdL**

Ministerpräsident des Landes Sachsens-Anhalt



Fotos: Jens Schicke

ie- und Umweltpolitik er Krisen



„Die Energiewende und der Klimaschutz sind die wichtigsten Probleme unserer Zeit. Doch wir müssen dies mit Technologieoffenheit und Marktwirtschaft erreichen. Nicht mit Verboten und Planwirtschaft.“ (s. S. 36)

Karoline Edtstadler

Bundesministerin für EU und Verfassung
im Bundeskanzleramt der Republik Österreich

„Richtig gemacht sind Versorgungssicherheit und Klimaschutz kein Widerspruch. Man tut dem Klimaschutz keinen Gefallen, wenn man ihn mit Radikalität und Bevormundung umsetzen will. Klimaschutz heißt Kernkraftwerke länger laufen zu lassen, und nicht Kohlekraftwerke aus DDR-Zeiten wieder ans Netz zu nehmen.“ (s. S. 39)

Jens Spahn MdB

Stellvertretender Vorsitzender CDU/CSU-Bundestagsfraktion

„Technologieoffenheit heißt, dass sich am Ende das durchsetzt, was den größten Erfolg verspricht.“ (s. S. 38)

Dr. Bettina Hoffmann MdB

Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz

„Sich nur auf einen Energieträger zu verlassen ist gefährlich. Wir müssen Energiequellen diversifizieren.“ (s. S. 40)

Sandra Weeser MdB

Vorsitzende des Ausschusses für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen, FDP-Bundestagsfraktion

„Die Ampelkoalition hat in Energiefragen nur einen brüchigen Burgfrieden. So wie das EEG gestrickt ist, regt es zu massiven Fehlanreizen an. Regulation ist nicht der richtige Weg – wir benötigen die Kräfte des Marktes, um die Wärmewende zum Erfolg zu führen.“ (s. S. 40)

Dr. Jan-Marco Luczak MdB

Mitglied im Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen, CDU/CSU-Bundestagsfraktion

„Ziel ist es, das Gebäudeenergiegesetz zu novellieren und dies technologieoffen zu tun. Zu glauben, dass wir Energie ausschließlich aus Wind und Photovoltaik herstellen, ließe unsere Industriestrompreise krass in die Höhe gehen.“ (s. S. 8)

Christian Dürr MdB

Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion

Text: Jan-Ulrik G. Heydorn

David Zimmers Lebensweg ist ungewöhnlich und führte ihn vom Schulabbrecher zum Gründer eines Startups mit Milliardenbewertung. Nur konsequent ist daher sein politischer Fokus auf Voraussetzungen für den Erfolg und das Aufstiegsversprechen der Sozialen Marktwirtschaft.

Der Selfmademan kritisiert, dass „das Leistungsversprechen der Sozialen Marktwirtschaft ganz grundsätzlich in Schieflage gerät“. Festzumachen sei dies, so Zimmer, vor allem an den steigenden Immobilien- und Baupreisen im Land. „Es haben schon Paare mit zwei akademischen Abschlüssen Probleme bei der Wohnungssuche, wenn sie nicht solide geerbt haben.

Wie soll in so einem Umfeld der Facharbeiter eine realistische Chance auf ein wenig Wohlstand haben und motiviert genug sein, jeden Tag sein Bestes zu geben?“ Diesem Thema hat sich der Landesvorsitzende verschrieben.

David Zimmer treibt um, dass die arbeitende Mittelschicht aufgrund von hoher Steuerbelastung, überzogener Bürokratie und falschen politischen Weichenstellungen auf dem Wohnungsmarkt um ihre Chance auf selbsterarbeiteten Wohlstand gebracht wird. „Wenn ein Viertel der Kosten für selbst gebauten Wohnraum an den Fiskus gehen, ist das schon schlimm genug. Doch wenn man zusätzlich noch Jahre auf Baugenehmigungen warten muss und mit einer Vielzahl von Vorgaben gegängelt wird, bleibt zu viel auf der Strecke. Wenn wir das

Wohlstands- und Aufstiegsversprechen der Sozialen Marktwirtschaft nicht mehr einlösen, verlieren wir eine ganze Generation leistungswilliger Menschen“, befürchtet David Zimmer. Für den Bau der eigenen vier Wände hat er eine klare politische Lösung: „19 Prozent auf Materialien und Dienstleistungen der Handwerker ergeben mit der Grunderwerbssteuer schon ein Viertel der Kosten für die eigenen vier Wände. Wenn der Staat sich hier zurücknimmt, wäre ein großer Teil der Entlastung vollbracht.“

Darüber hinaus beklagt der Landesvorsitzende die Regulierungswut in Deutschland: „Die meisten wirtschaftlichen Probleme lassen sich auf den Regulierungswahn zurückführen. Die Politik in Deutschland erstickt die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft

Aufstieg und Wohlstand als Grundpfeiler unserer Wirtschaft



Foto: Jens Schicke

Foto: Jens Schicke



David Zimmer

ist erfahrener Unternehmer mit dem Fokus auf Telekommunikation, Internet und IT sowie Seed- und Early-Stage-Investor. Er sitzt als Gründer und Gesellschafter im Aufsichtsrat der Deutschen Glasfaser und ist CEO der Discovery GmbH. Im Oktober 2021 ist er zum Landesvorsitzenden des Wirtschaftsrates im Saarland gewählt worden.

in einem ausufernden Natur-, Denkmal- und auch Brandschutz mit einer nicht enden wollenden Flut an Vorgaben und Pflichten für Unternehmen. Selbstverständlich sind das alles berechnete und hehre Ziele, doch übertreiben wir es derzeit.“ Die Politik muss sich nach Ansicht von David Zimmer wieder auf die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft zurückbesinnen und sollte nur da eingreifen, wo es dringend notwendig ist, ohne wirtschaftlichem Erfolg im Weg zu stehen. „Die fleißigen Menschen, die jeden Tag ihr Bestes geben, müssen wieder im Mittelpunkt der Politik stehen.“

Auch in seiner saarländischen Heimat gibt es viel zu tun. Zwei große Baustellen macht David Zimmer aus: Eine mangelhafte Infrastruktur und zu wenig Diversifizierung beim Gründungs- und Ansiedlungsgeschehen. „Meine Heimat ist das Herz von Europa. Aber die Region ist schlecht erreichbar. Das kann nicht sein.“ Vom Saarbrücker Flughafen gehen täglich gerade zwei Verbindungen nach Berlin und eine nach Hamburg. „Da brauchen wir mehr Optionen“, sagt David Zimmer. „Außerdem ist das Saarland zwar nah an Luxemburg, doch gibt es keine direkte Zugverbindung in den boomenden Nachbarstaat. Entweder man muss in Trier umsteigen oder in Metz. Es gibt nicht einmal einen Plan für einen dahingehenden Streckenausbau. Dazu kommt die mangelhafte Autobahnverbindung ins Ruhrgebiet.“

Schwerer noch wiegt die starke Fokussierung der Wirtschaftspolitik auf nur einen Industriezweig. Das Saarland hatte historisch bedingt immer zwei große Arbeitgeber: Kohle und Stahl. „In den Siebzigern änderten sich die Voraussetzungen und es gab stattdessen nur noch einen Wirtschaftszweig: die Autoindustrie. Das führte dazu, dass das Saarland einen größeren Teil seiner Wertschöpfung aus dem Automobilsektor erwirtschaftete als das ‚Autoland‘ Baden-Württemberg. Die größten Arbeitgeber im Saarland sind heute der Automobilzulieferer ZF und Ford. Ford wird jetzt das Werk in Saarlouis schließen, da-

durch fallen 6.000 Arbeitsplätze weg. Das führt uns zu der wichtigen Frage: Was kommt danach?“

Aktuell redet die Landesregierung vom Wasserstoff und will eine Industrie in diesem Bereich ansiedeln. „Das ist keine schlechte Idee, doch sollte die Politik nicht wieder alle Eier in einen Korb legen und nur auf diesen

*„Wir müssen
mehr für die fleißigen
Leute machen.“*

Wirtschaftszweig setzen. Auch wenn es für die Landesregierung attraktiv sein mag, nur einen Ansprechpartner auf Seite der Wirtschaft zu haben. In meinem Unternehmen achte ich darauf, nicht mehr als ein Prozent des Umsatzes mit einem Kunden zu machen“, sagt David Zimmer. „Viel vernünftiger wäre es, durch eine bessere Standortpolitik die Ansiedelung vieler verschiedener Industriebereiche zu fördern. Dann steht bei der nächsten Transformation der Wirtschaft nicht wieder der gesamte Standort vor substantziellen Herausforderungen.“ Ein

gutes Beispiel wie es gehen kann, ist die Ansiedelung von WolfSpeed, einem Chiphersteller aus den USA. „Auch wenn das Subventionspaket, mit dem das Unternehmen gelockt wurde, nicht zur Regel werden darf. Der Vorgang zeigt, dass es dort Wege gibt, wo ein Wille ist“, sagt der Landesvorsitzende.

Der größte Vorteil des Saarlandes ist, dass es klein ist. Der Rest der Bundesrepublik spottet gern über vermeintlich enge Verwandtschaftsverhältnisse im kleinsten Flächenland. Wie jedes Klischee hat auch dieses einen wahren Kern: „Man hat kurze Wege und kennt sich“, sagt Zimmer. „Das sind die idealen Voraussetzungen für eine schlanke und effiziente Verwaltung ohne viel Bürokratie. Aus diesen Bedingungen kann man Exzellenz schaffen.“ Praktisch gesprochen ist es für das Saarland realistisch, alle Genehmigungsverfahren doppelt so schnell zu vollbringen wie der Rest der Republik. „Unternehmen brauchen Flächen und schnelle Verfahren. Beides haben wir im Saarland“, wirbt David Zimmer für den Wirtschaftsstandort und schreibt der Politik diesen Punkt ins Stammbuch. □

Rückblick Einblick Ausblick



Brüssel

Wahl des neuen Landesvorstandes

Volles Haus bei der Mitgliederversammlung des Brüsseler Wirtschaftsrates: Rund 35 Mitglieder trafen sich im „De Warande“ in Brüssel. Als Ehrengast wurde die Präsidentin des Wirtschaftsrates Astrid Hamker begrüßt. Sie dankte dem Landesvorstand für die Arbeit in den vergangenen zwei Jahren und fand in ihrer Rede deutliche Worte zum Wirtschaftsstandort Europa und seiner Wettbewerbsfähigkeit in der Welt.

Neben vielen bekannten Gesichtern gibt es mit neuen Mitgliedern jetzt auch frischen Wind im Vorstandsteam. Die Vorsitzende Corinna Grajetzky (RWE), die beiden Stellvertreter André Brose (PwC) und Dr. Benedikt Kutenkeuler (Siemens), sowie die weiteren Mitglieder Vera Brenzel (TenneT), Christof-Sebastian Klitz (Volkswagen), Holger Krahmer (Mercedes-Benz), Dr. Andreas Tegge (SAP), Thomas Richter (LANXESS) und Malte Kilian (Deutsche Bank) wurden einstimmig im Amt bestätigt.



Foto: Wirtschaftsrat

v.l.n.r.: André Brose, Malte Kilian, Corinna Grajetzky, Vera Brenzel, Astrid Hamker, Christof-Sebastian Klitz, Dr. Benedikt Kutenkeuler, Thomas Richter, Holger Krahmer

Hessen

Wiesbadener Hauptstadtspräch



„Es müssen die richtigen Weichen gestellt werden“, befand der hessische Finanzminister Michael Boddenberg MdL beim Wiesbadener Hauptstadtspräch. Deutschland befinde sich seit einem Jahr im Krisenmodus, denn der Krieg in der Ukraine habe spürbare Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft. Auch mit Blick auf den Klimaschutz seien nun private Investitionen vonnöten, denn dieser sei nur durch Wohlstand und keineswegs durch Verzicht zu erreichen. Protestbewegungen wie die „Letzte Generation“ oder „Fridays for Future“ verfolgten daher einen völlig falschen Ansatz. Abschließend ging der Finanzminister auch auf die mögliche Ansiedlung der Antigeldwäschebehörde (AMLA) in Frankfurt ein. Er stehe im täglichen Kontakt mit Bundesfinanzminister Christian Lindner MdB, um die Ansiedlung am Finanzplatz Frankfurt zu ermöglichen. „Trotz der großen Herausforderungen möchte ich Ihnen ein gutes Gefühl mitgeben“, schloss Michael Boddenberg seinen Vortrag.



Foto: Konstantin Eckert

Michael Boddenberg MdL,
Minister der Finanzen des Landes Hessen

Frühjahrsempfang mit Prof. Dr. Helge Braun MdB

Einen Blick in den Maschinenraum des Deutschen Bundestages gewährte der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Prof. Dr. Helge Braun MdB. Dabei warf er der Bundesregierung vor, kein klares Zukunftskonzept bei der Energiewende und anderen Themen zu verfolgen: „Klar ist: Es darf keine Operation ohne Diagnose geben. Änderungen, ob wirtschaftlicher oder politischer Art, dürfen erst erfolgen, wenn feststeht, wo das Problem liegt und vor allem, wo die Reise hingehen soll“. Die Ampelregierung müsse klar sagen, mit welchen Strompreisen Unternehmen und Verbraucher zu rechnen hätten.



Foto: Lennart Hanika, CDU-Kreisgeschäftsstelle Gießen

Prof. Dr. Helge Braun MdB



Thüringen Studienabsolventen im Land halten

„Ab Tag 1 an der Hochschule muss die Wirtschaft Studierende mit Berufsperspektiven umwerben!“, appellierte Prof. Dr. Frank Setzer, Präsident der Fachhochschule Erfurt. Gemeinsam mit der Fachhochschule diskutierte die Landesfachkommission (LFK) „Arbeitsmarkt und Bildungspolitik“, da weniger als die Hälfte der Studierenden an Thüringer Universitäten, Hoch- und Fachschulen nach dem Abschluss im Freistaat bleibt, Wege dem entgegenzuwirken. Mihajlo Kolakovic, Vorsitzender des Thüringer Wirtschaftsrates und der LFK, betonte, dass dies neben dem Wettbewerbsnachteil für den Wirtschaftsstandort auch eine maßgebliche Kostenbelastung für den Landeshaushalt darstelle. Hier sei mehr Kreativität gefordert, um die späteren Absolventen frühzeitig an Unternehmen zu binden, etwa durch Praktika, Themen für Facharbeiten und einer engen Begleitung während des Studiums. Ministerpräsident Ramelow riet, die akademischen Bildungseinrichtungen „als praktische Chance zur Fachkräftegewinnung besser zu nutzen“. Viele Studierende suchten den Kontakt zur Thüringer Wirtschaft.

Begründet werde dies mit der Gefährdung der Fischbestände, obwohl bereits entsprechende Schutzanlagen vorhanden seien. Um die Energiesicherheit zukünftig gewährleisten zu können, sei auch ein vermehrtes europäisches Denken notwendig. So solle es eine ausgeweitete Forschung zu grünem Wasserstoff geben und eine europäische Wasserstoffproduktion forciert werden.



Foto: Wirtschaftsrat

Steffen Bilger MdB, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Foto: TSK



v.l. Mihajlo Kolakovic, Prof. Dr. Frank Setzer, Bodo Ramelow



Baden-Württemberg Neue Technologie gefragt

Wie kann eine sichere und bezahlbare Energieversorgung für unsere Unternehmen gewährleistet werden? Droht die viel zitierte Deindustrialisierung Deutschlands? Diese Fragen stellte Steffen Bilger MdB, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. In seinem Impulsvortrag prangerte er die Energiepolitik der Bundesregierung an. Zur Erreichung der Klimaziele müsse über neue Verfahren nachgedacht werden, wie zum Beispiel „Carbon Capture and Storage“, bei dem abgeschiedenes CO₂ mit verschiedenen technischen Methoden unterirdisch gespeichert wird. Zwar werde in Deutschland an Methoden zur Speicherung und Wandlung von CO₂ geforscht, jedoch erschwere der rechtliche Rahmen durch das CO₂-Speichergesetz eine Zulassung auf Bundesebene. Kritikwürdig sei auch das Vorhaben der Bundesregierung, die Förderung vieler Wasserkraftwerke zu streichen.

Hamburg Politisches Lunch mit Michael Grosse-Brömer MdB

„Quo vadis Industriestandort Deutschland?“ lautete die zentrale Frage beim Politischen Lunch des Wirtschaftsrates Hamburg. Michael Grosse-Brömer MdB, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestages, konnte den versammelten Mitgliedern mit seinen Antworten wenig Hoffnung auf eine positive Entwicklung in der deutschen Wirtschaft machen.

Als zentrales Problem machte er die aktuelle Klima- und Energiepolitik der Bundesregierung aus: „Frankreich hat einen Industriestrompreis von rund fünf Cent und Bundesminister Habeck sagt mir auf Nachfrage, dass er zuversichtlich sei, dass man hier bei zehn oder elf Cent landen werde, da es ja Probleme in Europa gebe.“

„Wenn die aktuelle Klimapolitik zum Ergebnis haben sollte, dass eine Dekarbonisierung möglicherweise zu einer Deindustrialisierung führt, dann werden wir in Deutschland Schwierigkeiten haben die Menschen auf diesem Weg mitzunehmen“, zeigte sich Michael Grosse-Brömer MdB überzeugt. Deutschland müsse in der Lage sein, den Klimawandel zu gestalten, ohne seinen Wohlstand, seine industrielle und wirtschaftliche Entwicklung völlig außer Acht zu lassen. „Ich bekomme Alarmzeichen von Unternehmen und Verbänden, dass es klare Überlegungen von größeren Unternehmen gibt, Deutschland zu verlassen, weil die Rahmenbedingungen nicht mehr stimmen“, warnte der Bundestagsabgeordnete.



Foto: Tobias Koch

Michael Grosse-Brömer MdB, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestags



Nordrhein-Westfalen Regionaltagung Münsterland mit Innenminister Herbert Reul MdL

Mit Blick auf den Flughafen Münster/Osnabrück begrüßte Gastgeber Felix Fiege Innenminister Herbert Reul MdL sowie die über 100 Gäste aus Wirtschaft und Politik zur Regionaltagung des Wirtschaftsrates. Der Innenminister nahm die Teilnehmer mit auf eine Tour d'Horizon durch die Sicherheits- und Innenpolitik des Landes. Direkt an die Unternehmer gewandt, stellte er fest, dass diese ihre Mitarbeiter nicht so schlecht ausgestattet hätten, wie es bei der Polizei lange Zeit die Regel war.

Nunmehr hätten sich die Rahmenbedingungen in Bezug auf technische Ausrüstung, Personalausstattung aber auch Akzeptanz bei der Bevölkerung massiv verbessert, aber, so schränkte er ein, man sei noch nicht so weit, wie er es sich wünsche. Zufrieden zeigte sich Reul, dass das



V.l.n.r. Lars Fiele, Mitglied des Landesvorstandes, Gastgeber Felix Fiege, Joachim Rumstadt, Mitglied des Bundes- und Landesvorstandes, Andreas Breckweg, Sprecher der Sektion Steinfurt, Janine Jaensch, Landesvorsitzende des Jungen Wirtschaftsrates NRW, Innenminister Herbert Reul MdL, Robert Wenking, Bürgermeister der Stadt Horstmar, Jörg Tomse, Sprecher der Sektion Borken, Dr. Friedrich Helmert, Sprecher der Sektion Münster, sowie Heinz Fiege.

Bild eines Verbrechers mit dem modernsten Handy gegen einen mit einem analogen Funksprechgerät ausgerüsteten Polizisten der Vergangenheit angehöre. Man begegne sich nunmehr auf Augenhöhe. Dies gelte im Bereich der Cyberkriminalität, bei der Nordrhein-Westfalen eine Vorreiterrolle einnehme, genauso wie bei seiner Strategie der Nadelstiche gegen die Clankriminalität. Lange Zeit sei die Gefahr der Clankriminalität von der Politik ignoriert worden. Dies sei nun anders. „Vertrauen in den Rechtsstaat ist die Grundlage unseres Staatswesens“, erklärte der Minister. Gastgeber Fiege griff dieses Thema bei der anschließenden Diskussion auf. Er unterstrich, dass nur ein Rechtsstaat, der Demokratie, Freiheit und Eigentum garantiere, die Voraussetzung für die Soziale Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards biete, wofür sich der Wirtschaftsrat seit 60 Jahren einsetze.

Staatssekretärin Türkeli-Dehnert im Dialog

„Ohne Migranten keine Fachkräfte“, konstatierte Gonca Türkeli-Dehnert, Staatssekretärin im Ministerium für Kultur und Wissenschaft, bei der Landesfachkommission



v.l.n.r. Prof. Dr. Ottmar Schneck, Janine Jaensch, Gonca Türkeli-Dehnert, Stefanie Ott

Foto: Wirtschaftsrat

Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik. Die Aktivierung des inländischen Potenzials werde den Fachkräftebedarf der deutschen Wirtschaft in den nächsten zehn Jahren nicht decken. Erfolgversprechend seien Reformen des Bildungswesens, die zu einer verstärkten Internationalisierung der Studentenschaft und des Studienangebotes beitragen. So könnte man unter jungen Talenten für den Bildungsstandort Deutschland werben.

Mecklenburg-Vorpommern Bausymposium des Wirtschaftsrates



„Es ist keine Frage, dass wir beim Thema Baugenehmigungsverfahren und Bebauungspläne eine Hand voll zu tun haben“, stellte Christian Pegel MdL, Minister für Bau und Inneres des Landes Mecklenburg-Vorpommern beim Bausymposium des Wirtschaftsrates fest. „Der Wirtschaftsrat hat das zu Recht bei seinen Forderungen ganz oben auf die Agenda gesetzt, genauso wie das Thema der energetischen Sanierung. Hierbei sollten wir auf die Sanierung von Bestandsbauten setzen, dann können wir viel mehr einsparen als beim Neubau.“ Obwohl Mecklenburg-Vorpommern seit der Wende über 200.000 Einwohner verloren hat, ist der Wohnraum knapp. Dies habe sicher auch damit zu tun, dass es mehr Einpersonenhaushalte gebe, so der Minister. „Bund, Land und die Kommunen müssen beim Thema „Bauen“ zusammenstehen, da alle Ebenen Kompetenzen in der Baupolitik haben. Nur so bekommen wir mehr PS auf die Straße“, sagte Christian Pegel.



Christian Pegel MdL, Minister für Inneres, Bau und Digitalisierung des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Foto: Wirtschaftsrat



Berlin-Brandenburg Traditionelles Spargelessen

Zum traditionellen Spargelessen hieß der Landesvorsitzende Dr. Nikolaus Breuel zahlreiche Gäste willkommen, darunter Generalsekretär Wolfgang Steiger und den Vorsitzenden der CDU Brandenburg, Dr. Jan Redmann MdL. Letzterer ging in einem Vortrag auf die Energiekrise, aktuelle Schwierigkeiten in der Bildungspolitik und die Flüchtlingswelle in Brandenburg ein. Er kritisierte den Ausstieg aus der Kernkraft und plädierte für die Wiederaufnahme des Betriebs, um die Energiesicherheit gewährleisten zu können und den Anstieg der CO₂-Emissionen durch die verstärkte Kohleverfeuerung zu unterbinden.



Zahlreiche Mitglieder und Gäste folgten der Einladung zum traditionellen Spargelessen

In seiner anschließenden Rede kritisierte Wolfgang Steiger die aktuelle politische Ausrichtung der Ampelkoalition. „Es braucht eine Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, die den Fleißigen belohnt. Wer morgens aufsteht und arbeitet, muss dafür immer deutlich mehr Geld erhalten, als derjenige, der Sozialleistungen bezieht.“ Der Generalsekretär appellierte an eine Mentalität des Anpackens, der Eigeninitiative. Anstelle ideologisch getriebener Entscheidungen wie der Abschaltung der Kernkraftwerke oder der kontinuierlichen Steigerung der Sozialausgaben auf inzwischen über 53 Prozent des Bruttoinlandsproduktes müsse man wieder zur Sozialen Marktwirtschaft zurückkehren, die Leistung entsprechend belohne.

Um die Verfügbarkeit bezahlbarer Energie für Industrie und Haushalte sicherzustellen, müsse die Politik dem Wiedereinstieg in die Kernkraft den Weg ebnen. Doch Wolfgang Steiger appellierte auch an jeden Einzelnen: „Für jeden gilt es, sich seiner Mündigkeit zu bekennen und Verantwortung zu übernehmen. Denn genau das sind die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft, die Ludwig Erhard gestaltete und mithilfe derer Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg in die wirtschaftliche und gesellschaftliche Freiheit geführt werden konnte.“



Bremen Soziale Marktwirtschaft und Technologieoffenheit sind der Zukunftsschlüssel

Die Rolle der Sozialen Marktwirtschaft bei der Energiewende stand im Mittelpunkt der Veranstaltung „Energiewende, Industrie und Infrastruktur: Das Land Bremen muss seine Chancen im internationalen Wettbewerb nutzen!“. Der Landesvorsitzende Jörg Müller-Arnecke skizzierte die aktuellen Missstände in der Landes- und Bundespolitik. „Insbesondere für Norddeutschland brauchen wir eine Rückkehr zu einer funktionierenden Infrastruktur und mehr verantwortungsbewusstes Unternehmertum. Wir müssen den Norden zum künftigen Energiestandort des gesamten Landes machen.“ Hierfür brauche es die Einbindung der Wirtschaft.

Der CDU-Bundesvorsitzende Friedrich Merz MdB stellte klar: „Marktwirtschaftliche Instrumente und Technologieoffenheit sind der Schlüssel zu einer geringeren Nutzung fossiler Brennstoffe. Dafür braucht es mutige Unternehmerinnen und Unternehmer.“ Es müssten Veränderungen stattfinden, um Wohlstand und Prosperität weiterhin gewährleisten zu können. „Dafür müssen wir als Bundesrepublik Deutschland wettbewerbsfähig bleiben. Gemeinsam mit den vielen tüchtigen Geschäftsleuten werden wir auch weiterhin für eine gute Industriepolitik sorgen und die Transformation zu den Erneuerbaren zu einem Erfolg machen“, betonte Friedrich Merz.

Anschließend ergriff der Bürgerschaftspräsident Frank Imhoff MdBB das Wort. Er stellte heraus, dass die Bremer Wirtschaftssenatorin während der zurückliegenden Legislaturperiode unzureichende Arbeit geleistet habe. Die hohe Arbeitslosenquote und die geringe Beteiligung der Unternehmer bei Schlüsselentscheidungen der Politik seien nicht zufriedenstellend. „Die Stärkung der Bremischen Wirtschaft ist ein eminentes Anliegen unserer Politik. Rheinmetall, unsere Häfen, Airbus, Mercedes oder OHB sind wichtige Triebfedern der hiesigen Wirtschaft“, betonte Frank Imhoff. □



Friedrich Merz MdB, Bundesvorsitzender der CDU Deutschlands und Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Foto: Wirtschaftsrat

„Gott begabt nicht, ohne zu berufen – und er beruft nicht, ohne zu begaben.“

Karl Barth

Peter E. Eckes

**Ehrenvorsitzender des Landesverbandes Rheinland-Pfalz
Träger der Ludwig-Erhard-Gedenkmünze
Ehrenmitglied**

* 02.09.1939 † 25.04.2023

Der Wirtschaftsrat trauert mit allen Angehörigen in tiefer Verbundenheit um Peter E. Eckes.

Mit ihm verlieren wir einen überzeugten Förderer der Sozialen Marktwirtschaft,
dessen großes politisches, kulturelles und soziales Engagement
weit über seine unternehmerische Verantwortung hinausreichte.

Peter E. Eckes hat durch seinen starken persönlichen Einsatz als Vorsitzender
des Landesverbandes Rheinland-Pfalz sowie als Mitglied des Präsidiums und des Bundesvorstandes
die Arbeit des Wirtschaftsrates über Jahrzehnte maßgeblich geprägt und mitgestaltet.
Wie kaum ein anderer stand er dabei für den Wirtschaftsrat als Brücke zwischen Wirtschaft und Politik.

Der Wirtschaftsrat ehrte Peter E. Eckes 2009 für seine besonderen Verdienste um den Wirtschaftsrat
und die Stärkung der Sozialen Marktwirtschaft mit der Verleihung der Ludwig-Erhard-Gedenkmünze.
Seine Stimme als kritischer Mahner und konstruktiver Gestalter wird uns sehr fehlen.
Wir werden Peter E. Eckes stets ein ehrendes Andenken bewahren.

In tiefer Trauer und herzlichem Mitgefühl für seine Familie.

Für den Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Astrid Hamker
Präsidentin

Wolfgang Steiger
Generalsekretär

Thomas Brahm
Landesvorsitzender

Impressum

Herausgeber:

Astrid Hamker, Präsidentin, für den Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Redaktion:

Klaus-Hubert Fugger, Chefredakteur / Katja Sandscheper, Redakteurin

Wissenschaftliche Beratung:

Simon Steinbrück

Gemeinsame Postanschrift:

Redaktion Trend
Luisenstraße 44, 10117 Berlin
Telefon 030/24087-300/301, Telefax 030/24087-305
Internet: www.trend-zeitschrift.de
E-Mail: pressestelle@wirtschaftsrat.de

Projektleitung: Information für die Wirtschaft GmbH

Geschäftsführer:

Iris Hund
Klaus-Hubert Fugger (v.i.S.d.P.)
Luisenstraße 44, 10117 Berlin
Telefon 030/24087-401, Telefax 030/24087-405

Bankverbindung:

Deutsche Bank AG/Bonn, 3105590 (BLZ 380 700 59)
IBAN: DE84 3807 0059 0310 5590 00, BIC: DEUTDE330380

Verlag: Information für die Wirtschaft GmbH

Anzeigenkontakt:

Katja Sandscheper, Telefon 030/24087-301

Gesamtherstellung:

Meinders & Elstermann GmbH & Co. KG
Weberstraße 7, 49191 Belm
Telefon 05406/808-0

Erscheinungsweise: quartalsweise

Anzeigenpreise: Zurzeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 17

Bestellungen: Beim Verlag

Bezugsbedingungen:

Einzelpreis 7,50 Euro (einschl. MwSt.) Jahresabonnement 25,- Euro (einschl. MwSt.), zzgl. Versandkosten. Abonnements (vier Ausgaben) werden für ein Jahr berechnet. Kündigungen müssen sechs Wochen vor Ablauf des Abonnements schriftlich vorliegen, andernfalls verlängert es sich für ein weiteres Jahr.



Foto: Fotolia.com ©mitria



Foto: Fotolia.com ©ivicaNS

Im Spiegel der Presse

In der **Augsburger Allgemeinen** am 25.03.2023

„Der Vorschlag des Verkehrsministers, per delegiertem Rechtsakt eine neue Fahrzeugkategorie nur für E-Fuels zu schaffen, ist zu begrüßen“, sagte Wirtschaftsrat-Generalsekretär Wolfgang Steiger. „Mit einer Fahrzeugkategorie nur für **E-Fuels** kann die EU tausende Arbeitsplätze in Europa retten und gleichzeitig einen bedeutenden Beitrag zum Klimaschutz leisten.“

WELT veröffentlicht am 29.03.2023

In einem Positionspapier zu seiner bevorstehenden Energieklausur fordert der Wirtschaftsrat, „falls erforderlich, einen Weiterbetrieb der **Kernkraftwerke** über den April 2023 nicht auszuschließen“. Auch müsse die Forschung an neuen Atom-Technologien verstärkt werden.

Die **Frankfurter Allgemeine Zeitung** berichtet am 04.04.2023

Wenn der Staat neue Ansprüche auf **Auszeiten** festlege, „muss er auch die Kosten dafür tragen und darf die Lasten nicht allein den Arbeitgebern aufbürden“, warnte Generalsekretär Wolfgang Steiger. Es gehe jetzt darum, die Wirtschaft mit Entlastungen „wieder auf den Wachstumskurs zu führen, auch im Interesse der Beschäftigten.“

Tagesspiegel Background am 06.04.2023

Die vom Maschinen- und Anlagenbau geprägte deutsche Wirtschaft hat enorme Chancen, unter Einsatz von **Künstlicher Intelligenz** in der digitalen Wertschöpfung in Führung zu gehen, ist Wolfgang Steiger vom Wirtschaftsrat überzeugt. Dafür darf der AI Act aber kein Regulierungsmonster werden, sondern sollte vielmehr die praktische Anwendung in den Blick nehmen.

Bild berichtet am 08.04.2023

Der Generalsekretär des Wirtschaftsrates Wolfgang Steiger gegenüber der Zeitung: „Welche Bank gibt Rentnern eine Finanzierung für die neue **Heizung** für ein Haus weitab von den starken Wirtschaftsregionen?“. Als Folge drohe der „Verkaufszwang des Eigenheims“, wenn Hausbesitzer nicht genug Ersparnisse hätten. Dabei sei die eigene Immobilie für viele Menschen Teil der Altersvorsorge, „die nun mit einem Federstrich entwertet wird“.

Die **Frankfurter Allgemeine Zeitung** schreibt am 12.04.2023

Der Wirtschaftsrat wertete Heils Mahnung zur Erhöhung des **Mindestlohns** als Ausdruck des Misstrauens gegen die Sozialpartner.

Die **Neue Zürcher Zeitung** publiziert am 18.04.2023

Der Generalsekretär des Wirtschaftsrates, Wolfgang Steiger, sieht Spahns Konzept kritisch. Die Zielrichtung des Konzepts sei zwar „grundrichtig“: Leistung müsse sich wieder lohnen und der Aufstieg zu mehr Wohlstand für jeden Einzelnen erleichtert werden. Von einer höheren **Besteuerung** von Gutverdienenden will aber auch er nichts wissen: „Die Gegenfinanzierung ist weitgehend durch Einsparungen in den öffentlichen Haushalten und auch die belegten Selbstfinanzierungseffekte durch mehr Wirtschaftskraft nach Steuerentlastungen möglich.“

In der **Lebensmittelzeitung** am 24.04.2023:

In einem Positionspapier, das der Lebensmittelzeitung vorliegt, moniert der Wirtschaftsrat fehlende rechtliche Grundlagen für Werbebeschränkungen und übt scharfe Kritik am **Kinder-Lebensmittel-Werbegesetz** des Bundesernährungsministeriums. Präsidentin Astrid Hamker sagte gegenüber der Redaktion: „Ein Verbot der Werbung für große Teile des Lebensmittel-sortiments ist kein adäquates Mittel, der steigenden Anzahl übergewichtiger Jugendlicher entgegenzuwirken.“

WELT am 26.04.2023

Der Wirtschaftsrat hat der Bundesregierung vorgeworfen, mit ihrem **Heizungsgesetz** „große Teile der Vermögen der Bundesbürger zu vernichten“. Viele Eigenheimbesitzer würden sich keine neue Heizung leisten können und ihr Haus verkaufen müssen, um horrenden Strafzahlungen abzuwenden, warnte Wirtschaftsrat-Generalsekretär Wolfgang Steiger. Die eigene Immobilie als Teil der Altersvorsorge werde „zur Kostenfalle für Millionen Bürger“.



©Klaus Suttman



130

Der Gesetzesentwurf des Wirtschaftsministeriums zum Verbot von neuen **Gas- und Ölheizungen** ab 2024 rechnet mit Kosten von 130 Milliarden Euro für den Kauf und Einbau von Wärmepumpen für Bürger. Die FDP hingegen taxiert die Kosten jedoch auf rund das Fünffache nämlich 620 Milliarden Euro.

Quelle: Focus online



424. 000.000.000

424 Milliarden Euro ist die Summe, die der Bund 2024 an Steuern einnimmt. Doch trotzdem klappt im **Bundeshaushalt** 2024 eine Lücke von 14 bis 18 Milliarden Euro. Aus diesem Grund wurde die Vorstellung des Haushalts vertagt, die Ampelkoalition musste darum ringen. Nach dem Wunsch des Bundesfinanzministers kann diese Lücke nur durch Verzicht geschlossen werden.

Quelle: Rheinische Post



100

Nur zwei Monate nach Einführung im Januar 2023 knackte die **künstliche Intelligenz** ChatGPT die Marke von 100 Millionen Nutzern und stieß TikTok vom Thron, was diese Zahl in neun Monaten erreichte.

Quelle: Chip



2.240

Mit dem Krieg in der Ukraine sind die weltweiten **Rüstungsausgaben** 2022 von 2.113 auf den Rekordwert von 2.240 Milliarden US-Dollar gestiegen. Insbesondere europäische Staaten investierten mehr nämlich rund 480 Milliarden US-Dollar – das ist ein Anstieg um 13 Prozent.

Quelle: Sipri



532.000.000.000

Die gesamte Bilanzsumme von **Pleitebanken** in den USA pro Jahr inflationsangepasst lag im ersten Quartal 2023 mit 532 Milliarden US-Dollar höher als im Jahr der Finanzkrise 2008 mit 524 Milliarden US-Dollar.

Quelle: Federal Deposit Insurance Corporation



2,4

Die Bundesregierung prognostiziert ein neues Defizit von 2,4 Milliarden Euro in der Pflege aufgrund steigender Zahlen von Pflegebedürftigen. Durch die Reformpläne von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach werden die Beiträge zur **Pflegeversicherung** in zwei Schritten weiter erhöht. Der erzielte Überschuss von 700.000 Euro reicht nicht aus, um die gesetzlich verpflichtenden Rücklagen zu gewährleisten.

Quelle: Bundesgesundheitsministerium



26,65

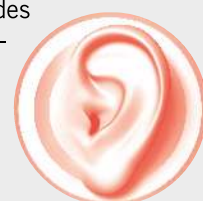
Bei rund 26,65 Milliarden Euro werden **flüchtlingsbezogene Ausgaben** des Bundes liegen. Darunter fallen alle Kosten, die der Bund mit Flüchtlingen in Verbindung bringt – auch gut zehn Milliarden zur Bekämpfung von Fluchtursachen.

Quelle: tagesschau

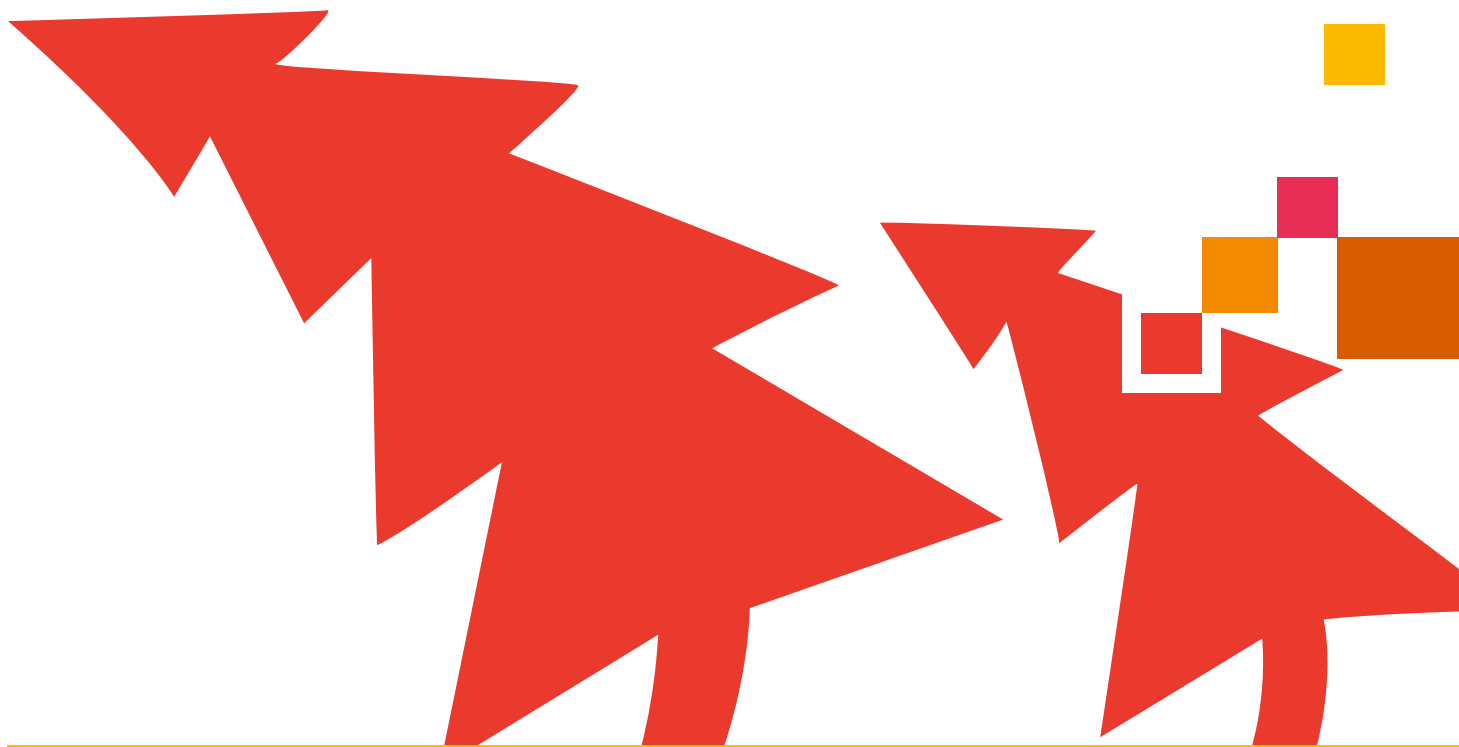
Zahlen des Quartals

ARD: Platte Plots

Manche ARD-Unterhaltungschefs lassen in Drehbüchern immer überspannter einseitige Weltbilder nachmalen. Beim RBB-Tatort aus Berlin mit der neuen Kommissarin Corinna Harfouch wurden an Ostern in zweimal 90 Minuten besonders viele Klischees bedient: Racial profiling und Übungen illegaler Verhöre in der Polizeischule. Immobilienhai beschäftigte Flüchtlinge schwarz auf gesundheitsschädlichen Baustellen, bestach Polizisten, finanzierte eine Terrorgruppe und schob einem Asylbewerber einen Polizistenmord unter. Polizei, Verfassungsschutz und ein weiterer rechtsextremer Unternehmer waren tief miteinander verstrickt. Am Ende zielte alles darauf, einen „fortschrittlichen“ Verfassungsgerichtspräsidenten vor seiner Ernennung zu ermorden, damit eine „rechte“ Stellvertreterin nachrücken und das höchste Gericht nach rechts „kippen“ sollte. Die Richterin Kirchhoff – sicher nicht zufällig der Name wie der zweier früherer Verfassungsrichter – trat auf Einladung eines Mitverschworenen schon in der Polizeischule auf. Kenner unseres bewusst stark konsensualen Auswahlverfahrens für das Bundesverfassungsgericht wissen, dass solche Personalien und ein „Kippen“ des höchsten Gerichts ausgeschlossen sind. Das hätte freilich das fulminante Finale dieses platten Plots verhindert.



Ihr Spindoktor

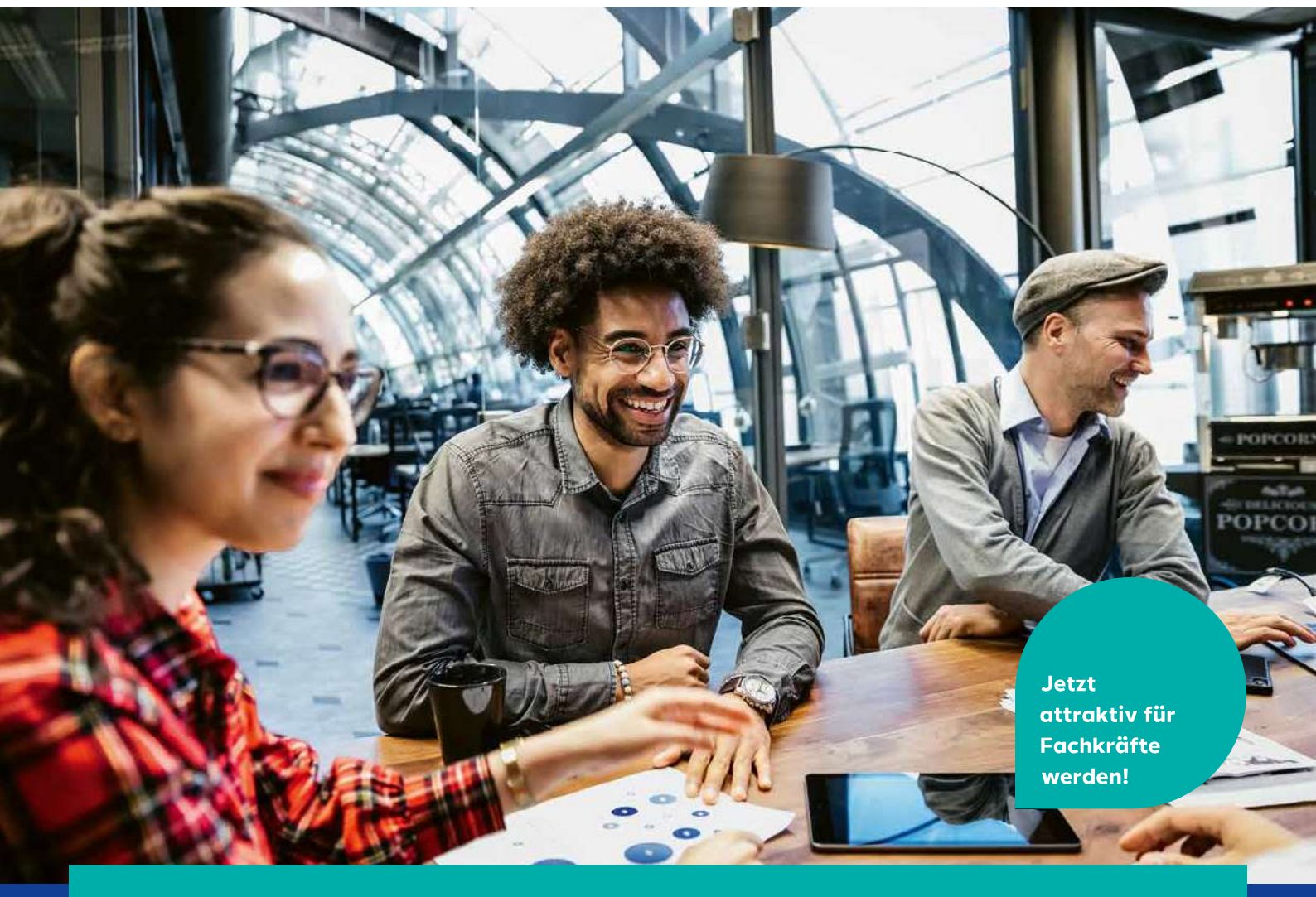


Damit Ihr Familienunternehmen
auch in stürmischen Zeiten nichts
so leicht umwirft.



Familienunternehmen: Vertrauen Sie auf ein Team, das langjährige Erfahrung mit mittelständischen und Familienunternehmen hat. Ein Team, das genau weiß, wie man diese durch schwierige Zeiten begleitet und noch besser und krisenfester macht. So schaffen wir gemeinsam mit Ihnen nachhaltige Werte und Vertrauen – heute und in Zukunft.

www.pwc.de/familienunternehmen



SIGNAL IDUNA 
füreinander da

Ihr PLUS auf dem Arbeitsmarkt.

Unsere betriebliche Krankenversicherung für Mitarbeitende.

Eine betriebliche Krankenversicherung von SIGNAL IDUNA kann für Ihr Unternehmen einen großen Unterschied machen. Investieren Sie in die Gesundheit Ihrer Mitarbeitenden mit Vorteilen für beide Seiten. Überzeugen Sie sich von unseren Leistungen.

signal-iduna.de/bkv+